Antifaschistisches info Blatt

Nr. 119 | Sommer 2018 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

ÖSTERREICH

WO RASSISMUS REGIERUNGSLINIE IST

www.antifainfoblatt.de

6

ÖSTERREICH

Seit Dezember 2017 regiert eine Rechts-Regierung aus ÖVP und FPÖ die Alpenrepublik. Es geht ihnen um nichts weniger als einen neoliberalen und autoritären Umbau des Staates. Das sollte auch für Deutschland ein Warnsignal sein.

22

TOP ODER FLOP?

Neonazistische Großkonzerte haben gemessen an den BesucherInnenzahlen in diesem Jahr bisher nicht das Niveau von 2017 erreichen können. Woran könnte das liegen und warum bleibt RechtsRock dennoch ein verbindendes Element der NS-Szene?

34

OSANPO (SPAZIERGÄNGE)

Nach der Fukushima-Katastrophe im Jahr 2011 kam es in Japan zu einem Wiedererstarken der linken Szene. Im Zuge dessen konnten sich auch antifaschistische Gruppen in ganz Japan verbreiten — für Japan ein Novum.

50

TERRORVORWURF GEGEN ANTIRAS

In Großbritannien läuft derzeit ein Prozess gegen 15 Antira-Aktivist_innen, die mit einer spektakulären Aktion eine Sammelabschiebung verhinderten. Ihr Handeln wird nun als Terrorismus kriminalisiert, ihnen drohen lebenslange Haftstrafen.

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

DISKUSSION

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

Als im Februar 2000 die erste gemeinsame Regierung von ÖVP und FPÖ verkündet wurde, galt diese Zusammenarbeit von Konservativen und Rechten als Tabubruch. Ein solcher Koalitionsbeschluss führte damals nicht nur zu Sanktionen durch die EU, auch in Österreich regte sich enormer Widerstand und zu einer ersten Kundgebung in Wien kamen über 150 000 Regierungskritiker_innen zusammen. 18 Jahre später haben sich die politischen Koordinaten weit nach rechts verschoben und das ehemalige Tabu ist zum Vorbild geworden. Für die CDU/CSU Ansporn ihr reaktionäres, rassistisches und autoritäres Profil zu schärfen, für die AfD ein weiterer Hinweis darauf, dass sich eine rechte Wende in Europa vollzieht. Tatsächlich scheinen die Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen von Rechten und Konservativen — wie zuletzt in Italien und Ungarn — dieses Bild zu bestätigen.

Die europäische Zusammenarbeit rechter Politiker wurde kürzlich offen angepriesen. Nach einem Treffen mit Bundesinnenminister Horst Seehofer in Berlin im Juni 2018 erklärte Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz, den „Schutz der EU-Außengrenzen" mit ähnlich gesinnten Mitgliedsländern weiter vorantreiben zu wollen: „Unser Meinung nach braucht es im Kampf gegen illegale Migration eine Achse der Willigen". Via Twitterbotschaft schwärmte Kurz von einer „Achse der Willigen zwischen Rom-Berlin-Wien". Historisch betrachtet eine deutliche politische Positionierung. Als „Achse Berlin-Rom" wurde das Bündnis zwischen den Machthabern Adolf Hitler in Nazi-Deutschland und Benito Mussolini in Italien bezeichnet, das diese 1936 besiegelten. Nach dem sogenannten Anschluss Österreichs 1938 gehörte dann auch Wien zu dieser „Achse".

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni druckte die britische Zeitung „the guardian" eine 52 Seiten lange Liste mit 34.641 Toten — Menschen, die seit 1993 bei dem Versuch nach Europa zu fliehen, ihr Leben ließen. Viele internationale Medien berichteten anschließend über diese Liste. Geführt wird diese Liste von unserem befreundeten Projekt UNITED aus den Niederlanden. Es ist unendlich wertvoll, eine solche Liste zu führen, und es ist unendlich wertvoll, eine solche Liste so breit wie möglich in der Öffentlichkeit zu platzieren, wie es der „guardian" getan hat. Die Menschen, die täglich an Außengrenzen der EU sterben, nicht zu vergessen und jene zu bekämpfen, die die Grenzen noch dichter und noch tödlicher gestalten wollen, ist unsere Pflicht. Das Projekt und die Liste findet ihr unter: www.unitedagainstrefugeedeaths.eu

Am 23. März 2018 wurde in Paris die 85-jährige jüdische Holocaust-Überlebende Mireille Knoll aus antisemitischen Motiven in ihrer Wohnung brutal erstochen und teilweise verbrannt. Wir wollen an dieser Stelle auch Mireille gedenken — „Contre l'antisémitisme!"

Mit Trauer und Wut erfüllt uns die Nachricht von einem weiteren rechten Mord, die uns in der Endredaktion erreichte. In den letzten Wochen kann es zu mindestens fünf schweren Angriffen auf Roma in der Ukraine. Bei dem jüngsten Überfall am 23. Juni auf ein Camp nahe Lviv wurden mindestens vier Menschen verletzt, ein 24-jähriger wurde mit sieben Messerstichen getötet. Die Täter, die mit Schlagstöcken und Messern vorgingen, kommen aus dem Umfeld der Neonazi-Organisation Misanthropic Division. •

Wir trauern um Hans Erxleben

Am 29. April 2018 ist unser Mitkämpfer und Freund Hans Erxleben verstorben. Hans engagierte sich viele Jahre für den Kampf gegen Neonazis in dem Berliner Ortsteil Adlershof, im Bezirk Treptow-Köpenick und darüber hinaus. Er war Anmelder zahlreicher Demonstrationen und Kundgebungen, die sich gegen neonazistische Aufmärsche und Treffpunkte richteten. Dafür wurde er bedroht, es gab Anschläge auf sein Haus und sein Auto, das war ihm Ansporn, erst recht weiterzumachen. Wir konnten uns immer auf Hans verlassen. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, seinen Freund_innen und seinen anderen Mitstreiter_innen.

Wir verlieren mit Hans einen Freund, Genossen und bedeutenden Antifaschisten.

Leipzig: Prozess gegen Neonazi Riccardo Sturm

Der Leipziger Neonazi Riccardo Sturm geriet Ende Mai 2018 erneut in die Medienöffentlichkeit. Journalist_innen von MDR-Investigativ hatten berichtet, dass er wegen illegaler Müllentsorgung und anderer Umweltvergehen vor dem Landgericht Leipzig angeklagt gewesen war. Er wurde zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er rund 100 Autowracks und anderen gefährlichen Müll auf seinem Grundstück auf einer Art Privat-Müllhalde ohne Genehmigung verrotten ließ. Bereits in den früheren 1990er Jahren war Riccardo Sturm Leipziger Antifaschist_innen als gewalttätiger, bundesweit aktiver Neonazi bekannt. Auch seine damalige Firma „Auto Sturm" für „Autoverwertung und Gebrauchtwagen in Leipzig-Lützschena" war bereits 1995 in der Antifa-Broschüre „Leipzig ganz rechts" thematisiert worden. Im Oktober 2009 geriet er durch seine Beteiligung an einem gewalttätigen Neonazi-Überfall auf Fußballspieler des Vereins „Roter Stern Leipzig" im Stadtteil Brandis erneut in die Schlagzeilen. Sein Versuch, dem Antifaschistischen Infoblatt (AIB) gerichtlich die Berichterstattung hierüber zu untersagen, zog er jedoch zurück. Seit 2010 beschäftigte seine Müllhalde die lokalen Behörden, ohne dass es bisher zu ernsthaften Konsequenzen für ihn gekommen wäre. Möglicherweise steht Riccardo Sturm bald erneut vor Gericht, laut Medienberichten soll er zu den Tatverdächtigen für einen Neonazi-Überfall auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016 zählen. •

Foto: Recherche Nord

Angriff auf linkes Zentrum und rechte Gewalt in Salzwedel

In der Nacht zum 5. Juni 2018 überfiel eine Gruppe vermummter Neonazis das autonome Zentrum „Kim Hubert" in Salzwedel. Sie drangen in das Gebäude ein und stürmten mehrere Zimmer, in denen teilweise Personen schliefen. Diese wurden von den Rechten mit Pfefferspray angegriffen und Zimmereinrichtungen mit Schlagwerkzeugen verwüstet. Auf dem Rückzug aus dem Gebäude wurden systematisch noch weitere Fensterscheiben und Mobiliar zerstört, Spuren deuten dabei auch auf eine Axt als Tatwerkzeug hin. Ihre Flucht sicherten die Angreifer mit einer Rauchbombe im Treppenhaus.

Zurück blieben schockierte und verletzte linke Aktivist_innen, Nebelschwaden aus dichtem Rauch und Pfefferspray sowie zahlreiche Sachschäden. Bereits in den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Attacken gegen das Zentrum. 2010 stürmte eine Gruppe vermummter Neonazis eine Infoveranstaltung der lokalen Antifa, 2011 und 2016 kam es zu Brandschlägen auf das Gebäude.

Der Angriff Anfang Juni ist Höhepunkt einer Welle rechter Gewalt in Salzwedel, bei der es aktuell immer wieder zu Angriffen durch die lokale Neonaziszene auf politische Gegner_innen kommt. Besonders im Fokus stehen dabei junge Erwachsene, die der Antifa oder dem Umfeld des autonomen Zentrums zugerechnet werden. Diese Personen werden regelmäßig von Rechten in Autos verfolgt, bedrängt und angegriffen. Betroffene berichten, dass dabei sogar mit einer Schreckschusspistole geschossen wurde. Für Schlagzeilen sorgte ein brutaler Angriff einer Gruppe Salzwedeler Neonazis auf einen jungen Mann im Januar 2016. Auf ihn wurde mit Metallstangen eingeschlagen, dabei wurden ihm an beiden Händen mehrere Finger gebrochen, er erlitt bleibende Schäden. Die Gerichtsverhandlung brachte das Motiv zutage: Der junge Mann wurde Opfer einer Verwechselung, die Neonazis hatten geglaubt, einen Aktivisten der Antifa vor sich zu haben.

Betroffene aus dem autonomen Zentrum beklagen, dass trotz der vielen Vorfälle eine breite Positionierung gegen die rechte Gewalt in Salzwedel weiterhin ausbleibt. Auch kritisieren sie die Polizei, die in Salzwedel keine organisierte rechte Szene erkennen will. Das lässt sich jedoch nicht nur durch die gezielte Gewalt widerlegen. Einige altmärkische Neonazis sind mittlerweile im Umfeld der AfD und der Jungen Alternative organisiert. Einer der Angeklagten des geschilderten Prozesses ist nach AfD-Angaben Parteimitglied und auch der Kreisverbandsvorsitzende stammt aus dem Umfeld der Neonaziszene. •

Täter-Opfer-Umkehr nach Überfall in Thüringen

Nach einem Neonazi-Überfall auf Journalisten kritisiert die Opferberatungsstelle „ezra“ die Staatsanwaltschaft Mühlhausen für verschleppte Ermittlungen und Täter-Opfer-Umkehr. Zwei Journalisten waren am 29. April 2018 in Fretterode / Hohengandern im thüringischen Eichsfeld bei Recherchen im Wohnumfeld des Neonazis und NPD-Funktionärs Thorsten Heise brutal angegriffen worden. Die Journalisten hatten zu Recherchezwecken Foto- und Filmaufnahmen des Grundstücks angefertigt, auf dem regelmäßig Neonazitreffen stattfinden, als zwei Männer aus dem Wohnhaus Heises stürmten und die beiden zunächst zu Fuß und dann mit dem Auto verfolgten. Als die Angreifer die Journalisten auf der Landstraße einholten, attackierten sie diese mit einem Messer und einem Schraubenschlüssel. Die betroffenen Journalisten trugen erhebliche Verletzungen davon. Die Neonazis raubten den Betroffenen zudem ihre Fotoausrüstung und zerstörten ihr Auto. Obwohl den Ermittlungsbehörden neben den Fotos der tatbeteiligten Neonazis umfassende Zeugenaussagen der Betroffenen vorliegen und nicht zuletzt die schweren Verletzungen und das zerstörte Auto den Angriff beweisen, scheinen im Fokus der Ermittlungen mögliche manipulierte Fotos zu stehen. Eine Beraterin von ezra erklärte: „Wir verurteilen die öffentlichen Äußerungen des Staatsanwalts aufs Schärfste, im Fall des neonazistischen Angriffs (...) würden die Ermittlungen der Täter unter anderem deshalb schwierig verlaufen, weil die von den Betroffenen zur Verfügung gestellten Fotos manipuliert sein könnten (...) Angesichts der Tatsache, dass es sich bei dem Angriff um eine versuchte Tötung handelt und die Täter aus dem organisierten, militanten Neonazi-Spektrum stammen, sind unserer Meinung nach Haftgründe wie Flucht- oder Verdunklungsgefahr gegeben.“ •

Weitere Informationen unter:
www.ezra.de
Spenden an die Betroffenen:
Umweltgewerkschaft
Sparkasse Darmstadt
IBAN: DE16508501500111098808
Verwendungszweck:
Neonaziangriff Fretterode

Wehrhahn-Anschlag: Gericht hebt Haftbefehl auf

In Düsseldorf läuft seit Ende Januar 2018 der Prozess gegen den (früheren) Neonazi Ralf Spies wegen eines Sprengstoffanschlags auf eine Gruppe Sprachschüler_innen aus mehreren Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, unter ihnen sechs Jüdinnen und Juden.

Der unter anderem des Mordversuchs angeklagte Ralf Spies streitet ab, die Tat begangen zu haben. Bei dem Anschlag in Düsseldorf-Wehrhahn wurden zehn Menschen verletzt. Einige schwebten temporär in Lebensgefahr, eine Schwangere verlor ihr ungeborenes Kind (Vgl. AIB Nr. 118). Der Anschlag ereignete sich im Juli 2000.

Mitte Mai 2018 hat die 1. große Strafkammer des Landgerichts Düsseldorf den Haftbefehl gegen den Angeklagten Spies aufgehoben und seine Entlassung aus der Untersuchungshaft angeordnet. Aufgrund des vorläufigen Ergebnisses der Hauptverhandlung sieht das Gericht keinen dringenden Tatverdacht mehr. Es gilt unter Prozessbeobachter_innen als eine Art offenes Geheimnis, dass grobe Fehler bei den Ermittlungen gemacht wurden, die mit dafür verantwortlich gewesen sein könnten, dass nicht schon viel früher Anklage erhoben werden konnte und die Anklage vor allem auf Indizien beruht. Die Prozessbeobachtung der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ erklärte: „Sogar ein Freispruch ist jetzt denkbar. Ralf S. hat im Verlaufe des Prozesses versucht, sich als harmlosen Spinner darzustellen. Es sieht fast so aus, als könnte er damit durchkommen. Nach den bisherigen Erkenntnissen gehen wir weiterhin von der Täterschaft des Angeklagten aus. Der Wehrhahn-Anschlag ist ohne eine Beteiligung von Ralf S. nicht denkbar. Die Indizienkette der Staatsanwaltschaft zeichnet ein deutliches Bild. Die jetzige schwierige Lage ist nicht unwesentlich auf die gravierenden Ermittlungsfehler im Jahr 2000 zurückzuführen.“ •

Ausführliche Informationen unter:
www.mobile-beratung-nrw.de/
wehrhahn-prozess

Abschottung, Aufrüstung, Sozialabbau

Wien, 18.12.2017: Vereidigung der Bundesregierung von ÖVP und FPÖ

TITEL

Seit Dezember 2017 regiert eine Rechts-Regierung aus ÖVP und FPÖ die Alpenrepublik. Es geht den Parteien offensichtlich um nichts weniger als einen neoliberalen und autoritären Umbau des Staates. Das sollte auch für Deutschland ein Warnsignal sein.

MICHAEL BONVALOT

Es wird kräftig umgebaut. Im Mai 2018 hat die österreichische Bundesregierung bekannt gegeben, dass sie das gesamte Sozialversicherungssystem umkrempeln möchte. Bisher hatten Gewerkschaften und Arbeiterkammer in den Krankenkassen eine 4/5 Mehrheit. Den Rest stellten Delegierte der Arbeitgeber-Verbände. Diese Übermacht war durchaus schlüssig, schließlich werden in den Kassen die Beiträge der lohnabhängigen Bevölkerung verwaltet. Nach den Vorstellungen von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Freiheitlicher Partei Österreichs (FPÖ) soll es in der Sozialversicherung künftig eine 50-50-Parität zwischen Gewerkschaften und Unternehmen geben. Gemeinsam mit GewerkschafterInnen der „schwarzen" ÖVP und der „blauen" FPÖ hätte die Regierung eine Mehrheit in allen Gremien, die Selbstverwaltung wäre Geschichte.

Parallel dazu soll im Gesundheitssystem kräftig gekürzt werden. Die Zahlen, die ÖVP und FPÖ dabei nennen, wirken teilweise fast surreal. 500 Millionen Euro jährlich will Sozialministerin Beate Hartinger-Klein von der FPÖ allein bei der Unfallversicherung und den angeschlossenen Unfallspitälern kürzen — mehr als ein Drittel des Gesamtbudgets.

Es ist nicht die einzige Umbauaktion der vergangenen Monate. Das wichtigste Gremium des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ORF ist der Stiftungsrat. Sein neuer Präsident ist seit Mai 2018 Norbert Steger, zwischen 1980 und 1986 Vorsitzender der FPÖ. Wie er sein Amt ausüben möchte, hat er bereits im Vorfeld angekündigt. Die Berichterstattung zur Wahl in Ungarn sei ihm zu „einseitig" abgelaufen. Wenn die Auslandskorrespondenten sich weiter „nicht korrekt verhalten", würde ein Drittel der Posten gestrichen.

Und schließlich sind da die Geheimdienste. Die FPÖ kontrolliert mit dem Innenministerium und dem Verteidigungsministerium beide „Uniform-Ministerien" und damit alle Geheimdienste. Im März gab es eine überfallartige Razzia bei MitarbeiterInnen des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT), also dem Inlandsgeheimdienst. Der Chef des BVT wurde von Innenminister Herbert Kickl suspendiert. Die Suspendierung durch den ehemaligen Generalsekretär und Einpeitscher der FPÖ wurde dann Ende Mai von einem Gericht wieder aufgehoben.

Inzwischen wird spekuliert, dass es sich bei den Razzien um eine Retourkutsche der FPÖ handeln könnte. Im BVT wurde offenbar verstärkt überlegt, gegen Burschenschaften zu ermitteln. Kurz vor der Landtagswahl in Niederösterreich im Januar 2018 tauchte dann ein Liederbuch der Burschenschaft Germania Wiener Neustadt auf. Einer der Texte: „Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million". Stellvertretender Vorsitzender der Burschenschaft war Udo Landbauer, Spitzenkandidat der FPÖ bei diesen Wahlen. Nun verdichtet sich das Gerücht, dass das Liederbuch aus dem BVT geleaked worden sei. Die FPÖ soll als Rache gegen die Geheimdienstspitze vorgegangen sein. Zumindest gewiss ist, dass sich die FPÖ als traditionelle Anwältin der Burschenschaften versteht. Schließlich ist die FPÖ der parlamentarische Arm der deutschnationalen Verbindungen, die meisten wichtigen männlichen Funktionäre sind „korporiert".[1]

Die aktuellen Entwicklungen sollten niemanden überraschen. Bereits vor den Wah-

len im Oktober 2017 war de facto klar, dass ÖVP und FPÖ eine Regierung bilden werden, wenn sie eine Mehrheit erhalten. Auch die weitreichenden Umbaupläne wurden keineswegs versteckt.

Die Stärke der Rechten

Die FPÖ ist im politischen Gefüge fest verankert. Sie ist seit vielen Jahren die mit weitem Abstand stärkste extrem rechte Partei in Westeuropa. Auf Ebene von Ländern und Städten regiert sie bereits seit einiger Zeit, so sitzt sie etwa in zwei von neun Landesregierungen. In Oberösterreich regiert sie mit der ÖVP, im Burgenland mit der Sozialdemokratie. In der zweitgrößten Stadt des Landes, in Graz, sitzt sie in einer Koalition mit der ÖVP, in der drittgrößten Stadt des Landes, in Linz, in einer De-facto-Koalition mit der SPÖ. Doch die Bundespräsidentschaftswahl 2016 war für die Freiheitlichen nochmals ein Quantensprung. Damals hatte der Kandidat der FPÖ, der jetzige Infrastrukturminister Norbert Hofer, in einer hoch polarisierten Volkswahl fast 50 Prozent der Stimmen gegen den Kandidaten der Grünen erhalten. Eine jüngere Generation von ÖVP-Kadern rund um den damaligen Außenminister Sebastian Kurz hatte diese Wahl aufmerksam analysiert. Viele in der ÖVP, der Schwesterpartei von CDU/CSU, gingen offen ins „schwarz-blaue" Lager über. Die Gruppe rund um Kurz sah ihre Chance und wollte auch im Bund die Koalition mit der Sozialdemokratie durch eine Bürgerblock-Regierung ersetzen. Die Voraussetzungen dafür waren mehr als günstig — schließlich gibt es in Österreich seit 1983 eine parlamentarische Mehrheit rechts von Sozialdemokratie und Grünen.

Die Bürgerblock-Mehrheit wurde bisher allerdings nur einmal abgerufen, in der Periode zwischen 2000 und 2006. Im Hintergrund steht die Schwäche des österreichischen Bürgertums im Verhältnis zur ArbeiterInnenbewegung. Damals bildeten ÖVP und FPÖ eine erste schwarz-blaue Koalition — die im Chaos versank. Die FPÖ spaltete sich mehrmals, sogar Obmann Jörg Haider gründete eine neue (offen neoliberale) Partei. Zu deutlich war der Widerspruch zwischen der sozial-radikalen FPÖ-Rhetorik in der Opposition und dem Sozialabbau und den Privatisierungen in der Regierung.

In der Opposition hatte sich Haider noch als Vertreter des „kleinen Mannes" gegen „die Bonzen" verkauft (während er gleichzeitig in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine" bereits den Sozialabbau predigte). An der Regierung bauten ÖVP und FPÖ dann unter anderem das Pensionssystem radikal um, deutliche Pensionsverluste waren und sind die Folge. Aus dem Staatseigentum verkauft wurden etwa die letzten wesentlichen Industriebeteiligungen, Immobilien oder große Teile der Post. Die zahlreichen Korruptionsfälle in den Reihen von ÖVP und FPÖ, die mit diesen Privatisierungen teils einhergingen, beschäftigen bis heute die Gerichte.

Die FPÖ konnte sich allerdings danach wieder aufbauen, der Rassismus überlagerte offensichtlich die Erinnerung an den Sozialabbau. Die Gruppe Kurz beschloss nun, die Felder Migration und Flucht selbst weit rechts zu besetzen. Damit und mit starker Unterstützung mehrerer Boulevard-Medien gelang es, Kurz als neuen rechten Shooting-Star zu platzieren.

Zahlreiche Überschneidungen

Politisch gab es zwischen ÖVP und FPÖ immer schon Anknüpfungspunkte. Beide sind Parteien des Kapitals und der Eliten. Bei der ÖVP ist das in der Bevölkerung allgemein bekannt. Weniger klar ist es für viele bei der FPÖ. Doch auch die FPÖ wurde bereits in ihren Gründungsjahren ab 1949 vor allem von protestantischen industriellen Kreisen gefördert. Auf Funktionärsebene kann sie von ihrer Gründung bis heute als Partei des elitär-burschenschaftlich-bürgerlichen Milieus, von deutschnationalen Schichten im bäuerlichen Raum, von dörflichen und kleinstädtischen Eliten sowie von industriellen Finanziers gelten.[2] Dazu kommen inzwischen Polizei und Heer.

Inhaltlich überschneiden sich die beiden Rechts-Parteien in ihrem Gesellschaftsbild, ihrer Position zu Migration, ihrem Wunsch nach Aufrüstung und Festigung der EU-Außengrenzen sowie seit 2017 auch im Bekenntnis zu EU und Euro (wo es bei der FPÖ lange unklare Positionen gab). Beide haben auch eine faschistische Traditionslinie. Die FPÖ war nach 1945 die Partei jener Nazis, die der Fahne treu bleiben wollten. Die ÖVP ist die Partei des katholischen Austrofaschismus zwischen 1934 und 38 (in der dann nach 1945 ebenfalls zahlreiche Nazis aufgenommen wurden).

Neoliberaler Rammbock

Vor allem aber überschneiden sich beide Parteien in ihrem Wirtschaftsprogramm. Die ÖVP gilt ohnehin als Sprachrohr der österreichischen Unternehmen. Doch auch die FPÖ zeigte sich etwa mit ihrem neuen Wirtschaftsprogramm im Wahlkampf 2017 offen unternehmerfreundlich. Tatsächlich aber war das auch für die FPÖ keine neue Entwicklung. Die wirtschaftspolitischen Positionen der Freiheitlichen waren im Einklang mit ihrer sozialen Basis schon immer ausnehmend neoliberal. Das war auch ein wesentlicher Grund, warum Jörg Haider in den 1990ern zum gut finanzierten Darling der österreichischen Industrie aufsteigen konnte.

Apropos Finanzen: Vor allem die ÖVP wurde im Wahlkampf 2017 von Großspendern unterstützt. Mindestens zwei Millionen Euro hat die Partei an Spenden erhalten, eine Aufzählung von Oktober 2017 wirkt wie ein Who is Who des österreichischen Kapitalismus: Auf der Liste finden sich etwa Industrielle, Tourismus-Magnaten, GroßgrundbesitzerInnen und große Player im Immobilienbusiness. Zum Vergleich: Die Sozialdemokratie hatte zum gleichen Zeitpunkt gerade einmal etwas über 150.000 Euro eingesammelt. Die FPÖ wollte ihre Zahlen nicht offenlegen — was ebenfalls durchaus aufschlussreich ist. Die FPÖ zeigt seit Jahren wenig Interesse, ihre Finanzquellen darzulegen. Doch immer wieder gibt es Gerüchte, dass die FPÖ mit hohen Beiträgen aus Wirtschaft und Industrie finanziert wird.

An der Regierung liefern ÖVP und FPÖ nun. Da sind zum einen 12-Stunden-Tag und 60-Stunden-Woche. Möglicherweise bereits ab Herbst soll es erlaubt werden, jeden Tag bis zu 12 Stunden zu arbeiten.

1 Mehr in: Bonvalot, Michael: Biertonnen, Terror und Faschismus. Deutschnationale Burschenschaften spielen eine zentrale Rolle in der rechten Szene in: FM4, 30.01.2017 **2** Mehr in: Bonvalot, Michael: Die FPÖ - Partei der Reichen, Wien 2017 **3** Gesunde Arbeit: Fast 96.000 Arbeitsunfälle in Österreich, 25.07.2017 **4** Die Presse: SPÖ kontert Strache: „Kreisky würde sich im Grabe umdrehen", 13.01.2018

Auch die erlaubte Wochenarbeitszeit soll erhöht werden. Es ist eine lang ersehnte Forderung aus der Industrie: Mit einem 12-Stunden-Tag können die Bänder im Zwei-Schicht-Betrieb laufen. Für alle Beschäftigten sind das enorm schlechte Nachrichten. Der Arbeitsdruck würde drastisch steigen, nach Studien geht auch die Unfallhäufigkeit dramatisch nach oben.[3] Unklar ist, in welcher Form es künftig noch Überstundenzuschläge geben soll.

Die Arbeitslosenversicherung soll ebenfalls dramatisch verschlechtert werden. Bisher konnte eine sogenannte Notstandshilfe zeitlich unbeschränkt bezogen werden. Künftig sollen Menschen, die arbeitslos werden, zuerst die Ersparnisse ihres Lebens auflösen. Vorbild der Regelung sind die deutschen „Hartz IV"-Gesetze. In ihrem zentralen programmatischen Text „Handbuch freiheitlicher Politik" fordert die FPÖ sogar, dass „Berufsarbeitslose" überhaupt keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten. MigrantInnen sollen laut FPÖ-Handbuch keinerlei Arbeitslosen-Unterstützung mehr bekommen. Das würde rund 15 Prozent der Bevölkerung treffen. So würde ein gigantischer Sektor entstehen, in dem Menschen aus Angst um ihre physische Existenz, Lohndruck, Verstöße gegen das Arbeitsrecht und Übergriffe hinnehmen müssten. Diese Menschen wären ein Rammbock, um insgesamt die Standards drastisch zu senken. Dazu passt, dass ÖVP und FPÖ Strafen bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht deutlich reduzieren wollen. Auch auf anderen Ebenen verteilen ÖVP und FPÖ Geschenke an Österreichs Unternehmen. So soll es etwa Senkungen von Unternehmenssteuern in Milliardenhöhe geben. Die fehlenden Mittel im Staatshaushalt werden vermutlich nur mit drastischen Sozialabbau-Maßnahmen gegenfinanzierbar sein.

Über den gesamten Bereich Soziales spricht die Regierung allerdings wenig. Kaum verwunderlich: Immer, wenn dazu etwas bekannt wird, gibt es etwa auf der Facebook-Seite von FPÖ-Chef Strache wütende Proteste. Nach Bekanntwerden der Pläne zum 12-Stunden-Tag musste Strache mehrmals ausrücken, um die Gemüter zu beruhigen. Das gelang kaum, viele drohten, künftig nicht mehr FPÖ zu wählen. Einer fasste es besonders prägnant zusammen: „Den Arbeitnehmer die Überstundenzuschläge wegnehmen! Super Leistung! Ihr Verbrecher!"

Migration, Repression, Reaktion

Die Regierung versucht, vor allem das Thema Migration am Kochen zu halten. So soll geflüchteten Menschen künftig ihr Bargeld weggenommen werden, Handydaten sollen ausgelesen werden. Auch das Thema Sicherheit wird stark gemacht. Die Polizei soll massiv ausgebaut werden, die Geheimdienste sollen mit Überwachungspaketen deutlich mehr Kompetenzen erhalten. Neue „Terrorismus"-Gesetze könnten verstärkt linke Organisationen treffen. FPÖ-Innenminister Kickl treibt Prestige-Projekte wie eine berittene Polizei in Wien voran. In Österreich war das nach den Erfahrungen des Juli 1927 bisher ein No-Go. Damals war berittene Polizei in Wien gegen eine Demonstration von ArbeiterInnen vorgegangen. Bei den folgenden Auseinandersetzungen starben 89 DemonstrantInnen und es gab fünf Todesopfer auf Seiten der Polizei.

Außenpolitisch orientieren sich ÖVP und FPÖ verstärkt an den Ländern Mittel- und Osteuropas. Strache hatte im Wahlkampf sogar angedeutet, dass Österreich Mitglied der Visegrád-Gruppe von Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn werden solle. Auch die Kontakte zu Russland sollen verbessert werden. Das ist nur folgerichtig, gibt es doch seit Dezember 2016 sogar einen offiziellen Kooperationsvertrag zwischen der FPÖ und der Putin-Partei „Einiges Russland".

Gleichzeitig gibt es Annäherungen an andere reaktionäre Regierungen, etwa das Erdoğan-Regime in der Türkei und die USA unter Donald Trump. So war Österreich etwa bei der Auftaktveranstaltung zur Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem präsent — außer Österreich nahmen daran aus der EU nur Ungarn, Tschechien und Rumänien teil. Schließlich stehen ÖVP und FPÖ zum Beitritt des Landes zum EU-Militärbündnis PESCO, bereits mittelfristig ist eine intensive Aufrüstung geplant.

Wichtiger Blick nach Süden

Aktuell sind ÖVP und FPÖ in den Umfragen stabil, beide Parteien halten ihr Niveau der Wahl 2017. Ob das so bleibt, wenn die Auswirkungen der Sozialabbau-Maßnahmen spürbar werden, bleibt abzuwarten. Auch enttäuschte rassistische WählerInnen sind weiterhin rassistisch — doch könnte die soziale Ebene erste kritische Überlegungen begünstigen. Von der Opposition ist aktuell wenig zu erwarten. Die Sozialdemokratie versucht, die FPÖ von rechts zu kritisieren und behauptet, dass Jörg Haider „heute wahrscheinlich SPÖ wählen würde".[4] Die Gewerkschaften sind auf der Suche nach einer neuen Rolle und einer Position zur FPÖ — gab es doch in einigen Gewerkschaften enorme Sympathien für die Blauen. Bei der Abschottung gegen MigrantInnen fanden sich oft inhaltliche Überschneidungen, gleichzeitig wurde die FPÖ — aus nicht nachvollziehbaren Gründen — als soziale Alternative zur ÖVP gesehen. Die Grünen sind nach dem Verlust der parlamentarischen Präsenz mit der Selbstfindung beschäftigt, das gleiche gilt für ihre Abspaltung „Liste Pilz", die im Wahlkampf mit nationalistischen Tönen aufhorchen ließ und nun im Parlament sitzt. Die neoliberalen NEOS sind mit dem Programm der Regierung ohnehin auf vielen Ebenen zufrieden. Die außerparlamentarische Linke hat zwar bereits einige große Mobilisierungen auf die Beine gestellt, etwa den „Neujahrsempfang gegen Schwarz-Blau" mit rund 40.000 TeilnehmerInnen in Wien. Ob sie es schaffen wird, auch in sozialen Auseinandersetzungen eine Rolle zu spielen, wird sich zeigen.

Für Deutschland ist die Situation in Österreich auf vielen Ebenen relevant. Sowohl CDU/CSU als auch AfD blicken nach Süden. Für Konservative ist die ÖVP Vorbild für eine Rechts-Regierung. Für die AfD steht ihre Schwesterpartei FPÖ dort, wo sie gerne wäre: im Zentrum der Macht. Dementsprechend sollten sich auch AntifaschistInnen und Linke in Deutschland verstärkt mit der Situation in Österreich auseinandersetzen und so Schlüsse für die eigene Arbeit ziehen. •

Michael Bonvalot ist Journalist und Autor in Wien. Er schreibt und hält Vorträge zur extremen Rechten, zu Migration und Sozialpolitik. Seine Artikel erscheinen unter anderem auf Vice, ORF/FM4 sowie in Neues Deutschland. Im Herbst 2017 veröffentlichte er das Buch „Die FPÖ — Partei der Reichen" über Geschichte und neoliberale Grundlagen der FPÖ.

TITEL

Die extreme Rechte in Österreich

Zwischen Regierung und außerparlamentarischer Opposition

ANDREAS PEHAM

Als kurz nach der Jahrtausendwende die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in eine Koalitionsregierung mit der konservativen Österreichischen Volkspartei (ÖVP) genommen wurde, waren die gezeigte Freude und Aufbruchstimmung im heimischen Neonazismus groß. Nicht zu Unrecht: Zwischen 2000 und 2005 durften Neonazis als solche demonstrieren, erst nachdem im April 2005 die Rest-FPÖ unter Heinz-Christian Strache aus der Regierung geflogen war, kam das NS-Verbotsgesetz auch in Bezug auf die Zulassung von Aufmärschen wieder zur Anwendung. Als im Dezember 2017 neuerlich eine Koalitionsregierung aus ÖVP und FPÖ angelobt (vereidigt, Anm. d. Red.) wurde, waren die Reaktionen unter Neonazis verhaltener. Warum?

„Führerloser Widerstand"

Zunächst ist die Schwächung der Neonaziszene bis zur „Flüchtlingskrise" 2015 für deren verhaltene Reaktionen verantwortlich zu machen. Nur in Vorarlberg sowie in Teilen Oberösterreichs und der Steiermark konnte sich eine neonazistische Subkultur weitgehend erhalten. Demgegenüber war die ostösterreichische Szene rund um Gottfried Küssel nach der Zerschlagung der Alpen-Donau-Gruppe und der Verhaftung ihrer Anführer im Frühjahr 2011 zunächst durch Desorientierung und Schockstarre geprägt. Aber schon nach der Haftentlassung des engen Küssel-Vertrauten Felix Budin Anfang 2015 und den damals beginnenden Freigängen Küssels, des unangefochtenen Anführers, nahmen die einschlägigen Aktivitäten wieder zu.

Wieder andere besannen sich unter dem Druck der damaligen Repression auf das „Frontkonzept" aus den frühen 1990er Jahren und begannen in der FPÖ und ihrem korporierten Umfeld, Unterschlupf und Betätigungsfeld zu suchen. Beides wird von der nunmehrigen Regierungspartei jedoch nur gewährt, wenn sie sich zumindest nicht öffentlich entsprechend ihrer Weltanschauung äußern. Sickert einmal aus dem Inneren des Milieus die dort tatsächlich gepflogene Gesinnung durch — zuletzt in Form antisemitischer Hetzlieder von eng mit der FPÖ verflochtenen Burschenschaften — muss mittlerweile die Härte des Gesetzes gezeigt werden. Aber weil sich der Rechtsstaat einmal mehr als zahnlos erweisen wird, sind die betroffenen FPÖ-Kader schon wieder im Amt oder auf dem Rückweg dorthin.

So Herwig Götschober von der Burschenschaft Bruna Sudetia, dem ein antisemitisches Liederbuch zugeschrieben wird: Seine Beurlaubung als Social-Media-Beauftragter des Infrastrukturministers Norbert Hofer dauerte gerade einmal ein paar Tage. Götschober werden gute Kontakte in die einschlägige Szene attestiert, 2010 war er etwa dafür verantwortlich, dass der Blood & Honour-Kader Gregor Tschenscher die FPÖ-Security verstärken konnte. Ein Jahr davor marschierte er im Pulk mit Küssel-Gefolgsleuten am Grab eines Nazi-Kriegshelden am Wiener Zentralfriedhof auf. Götschobers Vorgesetzter ist heute René Schimanek, den Hofer zu seinem Kabinettschef ernannt hat. Auch Schimanek weist eine einschlägige Vergangenheit auf: Er war bis in die späten 1980er Jahre in Küssels VAPO aktiv, übernahm aber im Gegensatz zu seinem Bruder Hans-Jörg dort keine Führungsfunktionen. Was man von Hubert Erhardt nicht behaupten kann: Der von FPÖ-Klubchef Johann Gudenus als Sprecher geholte „Alte Herr" der Burschenschaft Teutonia Wien hatte es bei der VAPO zum „Kameradschaftsführer" gebracht.

Grenzverwischungen

Wie stark die Grenzen zwischen extremer Rechter und Neonazismus hierzulande verschwommen sind, zeigte sich etwa 2016 in Linz: Beim „Kongress ›Verteidiger Europas‹" sprach der nunmehrige Innenminister Herbert Kickl. Oberösterreich kann geradezu als Laboratorium der Neustrukturierung des Dritten Lagers (Bezeichnung für deutschnationale und nationalliberale Gruppierungen und Parteien, Anm. d. Red.) gesehen werden: Hier haben sich ehemalige Kader des neonazistischen Bundes freier Jugend (BfJ) rund um Stefan Magnet früh im engsten Umfeld der FPÖ

angesiedelt und zusammen mit den Recken von der Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz prägen sie heute insbesondere die Linzer FPÖ unter Detlef Wimmer, auch er ein Armine. Ex-BfJ-Kader und Arminen gründeten im Frühjahr 2015 das aufwendig produzierte Hochglanzmagazin Info Direkt, das gemeinsam mit der freiheitlichen Hetzseite unzensuriert.at und der deutschen Geldbeschaffungstruppe „Ein Prozent“ zum Linzer Kongress einlud.

unzensuriert.at wurde bis zu den Wahlen vom Verfassungsschutz dem „nationalistischen Lager“ zugeordnet. Nachdem Alexander Höferl, „Alter Herr“ der Burschenschaft Gothia und unzensuriert-Chefredakteur von Innenminister Kickl zum Kommunikationschef bestellt worden war, hat letzterer in einer seiner ersten Amtshandlungen den Chef des Verfassungsschutzes suspendieren und bei Hausdurchsuchungen kistenweise vertrauliche Akten über die Neonaziszene mitnehmen lassen. Nach anfänglichem Leugnen muss heute sogar die Justiz einräumen, dass diese wohl illegal kopiert worden seien. Neben freiheitlichen Begehrlichkeiten gegenüber dem Wissensstand des Verfassungsschutzes sind wohl Revanchegelüste für die personellen Säuberungen im Innenministerium verantwortlich zu machen.

Tatsächlich haben Burschenschafter noch Rechnungen offen: Laut Medienberichten soll der Verfassungsschutz, der offiziell seit 2001 — nach Interventionen der damaligen Regierungspartei FPÖ — die deutschvölkischen Verbindungen nicht mehr beobachtete, sein Augenmerk zuletzt wieder auf dieses Milieu gerichtet haben. Dass der Innenminister mit Roland Teufel ausgerechnet einen „Alten Herren“ der Innsbrucker Brixia zum Kabinettschef gekürt hat, lässt nichts Gutes erwarten.

Spaltungslinien

Nicht nur der Umbau des Verfassungsschutzes im freiheitlichen Sinne, das gesamte „Reformprojekt“ mit all seinen Grausamkeiten für Geflüchtete und sozial Schwächere wäre durch unbedachten Aktivismus des „Narrensaumes“ (Bezeichnung für extremistische, fanatische oder exzentrische Strömungen, Anm. d. Red.) des freiheitlichen Lagers gefährdet. Eben darum verhält sich dieser momentan so auffällig ruhig. Jene, die ausscheren, werden künftig wohl weiterhin und auch verstärkt die Härte des NS-Verbotsgesetzes spüren — was für die FPÖ den positiven Nebeneffekt hat, sich nicht wie nach der Jahrtausendwende eine Begünstigung des Neonazismus nachsagen lassen zu müssen. Der extrem rechte Marsch durch die Institutionen fordert Opfer unter jenen, die sich dem neuen Kurs und der neuen Sprachregelung nicht anpassen wollen.

Bild oben: Herwig Götschober (1) im Neonazi-Pulk auf dem Weg zum Grab eines Nazi-Idols, Wien 2009 (Foto: DÖW)

Dabei scheint die Parteispitze, nicht einmal vor verdienten Kameraden Halt machen zu wollen: Rund um die diesjährigen Gedenkfeiern zur Befreiung vom Nazismus verstärkte sich die Kritik an der FPÖ, die einerseits der jüdischen Opfer gedenke und andererseits es zulasse, dass im freiheitlichen Akademikerblatt Die Aula KZ-Überlebende als „Massenmörder“ und „Landplage“ bezeichnet werden. Nach jahrelanger schweigender Zustimmung zu den Inhalten des „freiheitlichen Magazins“, das die FPÖ auch mittels Inserate unterstützte, musste die FPÖ-Führung nun die Notbremse ziehen: Bei einer ORF-Diskussion anlässlich der Befreiungsfeier in Mauthausen, zu welcher FPÖ-Kader explizit nicht eingeladen worden waren, kündigte Nationalratsabgeordneter Walter Rosenkranz, „Alter Herr“ der Burschenschaft Libertas, Anfang Mai dieses Jahres an, der Aula jede finanzielle Unterstützung der Mutterpartei entziehen zu wollen.

Jedoch zeigte sich bald, dass nicht einmal unter den freiheitlichen Führungskadern diesbezüglich Einigkeit besteht — was die Chancen auf eine tatsächliche Kursänderung von FPÖ und/oder Aula deutlich verringert.

Wenn nun die wieder in eine Regierung geführte FPÖ ernst machte mit der Abgrenzung von ihrem „Narrensaum“, wäre wohl eine Spaltung die Folge.

Kaderdisziplin

Abgesehen von den Unwiderstehlich-Maulhelden (Die Facebookseite „Unwiderstehlich Österreich“ wird von der Antifa Recherche Wien dem organisierten Rechtsextremismus zugerechnet, Anm. d. Red.) und einiger weniger freiheitlicher Einzelkämpfer scheinen die Reihen aber noch dicht geschlossen. Es spricht leider für die Disziplin in der Szene, wenn diese jeden Verrat der FPÖ-Spitze noch weitgehend ohne viel lautes Murren hinnimmt. Offenbar hat sich die Erkenntnis verbreitet, dass der unmittelbare Zugang zur politischen Macht und das Gesamtprojekt eines autoritären Staates nach ungarischem Vorbild durch allzu viele Querschüsse von rechtsaußen Schaden nehmen könnte. Und weil neonazistischer Aktivismus angesichts seiner vielen Verstrickungen mit der FPÖ dieser in der Öffentlichkeit schaden könnte, wurde er seit dem Herbst 2018 merklich heruntergefahren. Sogar die auf Daueraktivismus abonnierten Identitären halten sich seit einiger Zeit auffallend zurück. Was eine gute Nachricht wäre, ist ein Grund zur Beunruhigung. •

TITEL

Seit Ende April ist die „Identitäre Bewegung Österreich" (IBÖ) wieder in den Schlagzeilen. Diesmal waren es keine aufwendig inszenierten Aktionen, die die rechtsextreme[1] Gruppe ansonsten allzu leicht auf die Titel- und Startseiten der Medien spülen, sondern ein Repressionsschlag der auch international für Aufsehen sorgte.

Identitäre Niederlagen

Anmerkungen zu den andauernden Misserfolgen der IBÖ

JOSEPH MARIA SEDLACEK, JUDITH GOETZ, ALEXANDER WINKLER*

Die österreichischen Ermittlungsbehörden führten Ende April Durchsuchungen in sechs Privatwohnungen und vier Vereinslokalen in Wien, Graz, Linz und Griffen, sowie Beschlagnahmungen zahlreicher Datenträger und Dokumente durch. Anschließend wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Graz gegen 17 AktivistInnen der IBÖ Anklage wegen Verhetzung und Bildung einer kriminellen Vereinigung erhebt. Dieser erste Schlag von Polizei und Staatsanwaltschaft folgt einer Reihe von politischen Misserfolgen und Rückschlägen im Milieu der „Identitären".

Von „Defend Europe" bis „#120db"

Vergangenen Sommer landeten die „Identitären" den letzten großen Coup. Mit einem gecharterten Schiff sollte die zivile Seenotrettung von Geflüchteten vor der libyschen Küste behindert werden. In den Monaten zuvor war es bereits ruhiger um die selbsternannten Abendlandretter geworden. Ihre menschenverachtende Aktion im Mittelmeer wurde zu einem organisatorischen und technischen Fiasko, medial hingegen ein voller Erfolg. Über Wochen hinweg waren die „Identitären" beinahe täglich auf den Startseiten der europäischen Medien vertreten und nicht selten wurden dabei ihre rassistischen Forderungen unkommentiert reproduziert. Mit dem Ende ihrer „Mission" auf hoher See setzte die Flaute wieder ein. Für die nunmehr seltener gewordenen Aktionen, die eine größere Zahl an Personen voraussetzen, werden eigens AktivistInnen aus allen möglichen Regionen herangekarrt.

Den obligatorischen Stärkebeweis auf der Straße soll ein Großevent pro Jahr mit internationaler Mobilisierung liefern. Während in den Jahren 2014 bis 2016 Wien als Schauplatz des Hauptevents auserkoren wurde, fand die Demonstration im vergangenen Jahr in Berlin statt. Auch hier zeigte sich, dass jene Aktionen der „Identitären", die auf Masse setzen, ausnahmslos floppen.

Von Burschenschaften, über PEGIDA bis zur NPD wurde monatelang mobilisiert und am Ende fanden sich nur circa 600-700 TeilnehmerInnen in Berlin ein. Der Aufmarsch konnte dank antifaschistischer Proteste nicht wie geplant laufen und musste nach wenigen hundert Metern abgebrochen werden. Ebenfalls erfolglos blieb die Online-Kampagne #120db, mit der die „Identitären" versuchten ein rechtes Pendant zu #metoo[2] anzustoßen. Bislang ist es ihnen jedoch nicht gelungen, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, da #120db einerseits vor allem im rechten Spektrum selbst rezipiert wurde und andererseits die — verglichen mit anderen Aktionen der Gruppen — eher geringe mediale Berichterstattung durchweg kritisch ausfiel.

Stagnation

Wie Martin Sellner, einer der wichtigsten österreichischen Köpfe der Gruppe, in der rechten Zeitschrift Sezession eingestand, stagniert die Gruppe bzw. deren „metapolitischer Output" derzeit. Dies ist auch nach außen hin nicht mehr zu verbergen. Als Reaktion darauf setzen die „Identitären" nun scheinbar auf wenige spektakuläre und große Projekte mit hohem finanziellen Aufwand, die von einem kleinen Kreis getragen werden. Dies entspricht einem stärkeren Besinnen auf das oft beschworene Ideal der „patriotischen NGO". AktivistInnen sind hierbei eher ein Risikofaktor, wohingegen bei Kadern auf strikte Disziplin und Pro-forma-Distanzierung von Gewalt vertraut werden kann. Parallel dazu wird die Infrastruktur massiv ausgebaut. Es gibt Firmengründungen in den Bereichen IT, Grafikdesign und Publizistik sowie einen Onlineversand.

Die Inszenierung der „Identitären" als patriotische jugendliche Massenbewegung wurde bereits wiederholt enttarnt. Allerdings müssen wir konstatieren, dass hinter dieser Fassade „ein ökonomisch potenter und inhaltlich autoritär agierender Propagandaapparat steht, dessen alleiniger Zweck es ist, die rechtsextreme Agenda als Medienevent in der breiten Öffentlichkeit zu verankern"[3], wie es unsere Genoss_innen aus Graz in einer ihrer Recherchen treffend formulieren.

links: Ein antifaschistisch beschirmter Infostand der Identitären in Österreich
oben: Martin Sellner

„Identitäre" unter der schwarzblauen Regierung

An der Inszenierung als „patriotischer NGO" ändert auch der schwarzblaue Regierungswechsel in Österreich nichts. Man ist sich der Arbeitsteilung im rechtsextremen Lager durchaus bewusst und so kündigte Sellner mit großen Worten an, seine Gruppe werde „Wächter der patriotischen Wende" sein. Gleichzeitig konnte er seine Vorfreude über die von der rechtskonservativen Regierung zu erwartende Politik kaum verbergen. Umso ernüchternder muss es gewesen sein, als eines Morgens eine handvoll Beamt_innen aus dem FPÖ-geführten Innenministerium u.a. Sellners Wohnung durchsuchten. Gegen ihn und 16 weitere AktivistInnen hat die Staatsanwaltschaft Graz nun Anklage wegen Verhetzung, Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Nötigung und Sachbeschädigung erhoben. Solidarität mit den angeklagten „Identitären" kam kurz darauf nicht nur von Seiten der inzwischen weit ausgebauten österreichischen rechtsextremen Medienlandschaft, die sich über die Hausdurchsuchungen wie auch die Anklage empörten, sondern vereinzelt auch von (ehemaliger) politischer Prominenz. So echauffierte sich beispielsweise der ehemalige Chef der FPÖ-Abspaltungspartei BZÖ, Gerald Grosz, in einem an den Justizminister Josef Moser (ÖVP) gerichteten Facebook-Kommentar darüber, ob dieser „politischen Aktivismus und politische Meinungsäußerung in Zukunft unter dem Mafiaparagrafen aburteilen lassen"[4] wolle. Indem er zudem fragt, ob „Greenpeace" oder „Global 2000" als nächstes kommen würden, übernimmt er die verharmlosende (Selbst-)Inszenierung der Gruppe als eine NGO unter vielen. Geteilt wurde der Kommentar auch von Vizekanzler Heinz-Christian Strache — auf seinem „privaten" Account.

Tatsächlich wurde der Paragraf ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung' in Österreich in der Vergangenheit auf fragwürdige Weise gegen organisierte Tierrechts- und Refugee-Aktivist_innen angewendet. Wenngleich sich die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage vor allem auf den Verhetzungsparagraf bezieht, der erst nach der Strafrechtsnovelle 2016 — und damit nach beiden erwähnten Prozessen — ergänzt wurde, ermöglicht das behördliche Vorgehen den „Identitären" sich einerseits in die Tradition unverhältnismäßiger Repression gegen politische Aktivist_innen zu stellen und sich so (erneut) als Opfer einer „Gesinnungsjustiz" zu inszenieren. Andererseits ist ihnen dadurch abermals mediale und politische Aufmerksamkeit sicher. So mag es auch nicht verwundern, dass AktivistInnen der „Identitären" selbst versuchen, an die „anständigen Leute" zu appellieren, die zwar nichts von der Gruppe halten mögen oder erklärte politische Gegner_innen seien, aber doch zumindest die Anwendung des Organisationsparagrafen gegen sie verurteilen sollten.

Insgesamt ist der anstehende Prozess durchweg ambivalent einzustufen. Einerseits könnte er den „Identitären" insofern schaden, als dass er vermutlich große zeitliche und finanzielle Ressourcen der Gruppe in Anspruch nehmen wird, die politischen Aktivismus und andere Projekte in der Hintergrund treten lassen. Andererseits ist absehbar, dass die „Identitären',dadurch erneut starke mediale und öffentliche Aufmerksamkeit für ihre politische Propaganda erhalten werden und insbesondere ein möglicher Freispruch zur endgültigen Legitimation ihrer menschenverachtenden Politik führen würde. •

*Joseph Maria Sedlacek, Judith Goetz und Alexander Winkler haben den Sammelband „Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären'" herausgegeben.

1 In der Verwendung des Begriffs ‚Rechtsextremismus' beziehen wir uns auf den kritischen Arbeitsbegriff von Willibald Holzer (1993), der Rechtsextremismus über die dahinter stehenden Ideologien, allen voran den Antiegalitarismus, definiert, und nicht wie gängige Extremismustheorien die Gesellschaft wie ein Hufeisen mit zwei extremistischen Rändern und einer vermeintlich gesellschaftlich neutralen Mitte denkt. Der Kern rechtsextremen Denkens ergibt sich folglich aus der Ablehnung der Idee der Gleichheit aller Menschen, Berufung auf das Prinzip der Natur/Natürlichkeit sowie undemokratischen und antipluralistischen Einstellungsmustern. **2** Hier berichten Betroffene sexualisierter Gewalt von ihren Erlebnissen, Anm. d. Red. **3** https://recherchegraz.noblogs.org/post/2017/08/13/hinter-dem-neofaschistischem-spektakel/ **4** https://derstandard.at/2000079867663/Identitaere-Strache-teilt-Angriff-auf-Moser

TITEL

„Hier dürfen wir alles“

Das alljährliche Ustaša-Gedenken in Bleiburg

AK BLEIBURG/PLIBERK

Jedes Jahr im Mai pilgern tausende Reaktionäre aller Couleur nach Bleiburg/Pliberk im Süden Österreichs. Konservative, FaschistInnen, alte und neue Nazis, dazu kirchliche WürdenträgerInnen, Nonnen und Kleriker finden sich hier ein — alle im Geschichtsrevisionismus vereint. Offizielle Veranstalterin ist die katholische Kirche, Schirmherrschaft trägt das kroatische Parlament und die Organisation übernimmt der Verein „Bleiburger Ehrenzug“. Das postnazistische Österreich zeigt sich von seiner besten Seite: Die Behörden wollen nicht handeln, Ausreden folgen auf Ausreden und überhaupt sei das ja ein legitimes Totengedenken. Dieses Jahr gab es eine größere mediale Debatte und erstmals seit zehn Jahren eine Gegenkundgebung.

Der Bleiburger Opfermythos

In Erwartung der bevorstehenden Niederlage des Nationalsozialismus im Mai 1945 schlossen sich aus dem mit den Achsenmächten verbündeten NDH-Staat, dem kroatischen Ustaša-Staat, zahlreiche Personen den ins Reich flüchtenden Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Einheiten an, darunter Soldaten der Ustaša, Domobranen und NDH-Armee, Funktionäre, Sympathisant_innen, KZ-Wachmannschaften. Um sich den vorrückenden Partisan_innen und deren Vergeltung zu entziehen, wollten sie die britische Armee erreichen, die bereits in Kärnten/Koroška stand. Die Ersten erreichten am 14./15. Mai das Loibacher Feld/Libuško polje bei Bleiburg/Pliberk, wo die britischen Truppen die Kapitulation jedoch mit Verweis auf alliierte Abmachungen ablehnte. Von der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee wurden die Zurückgewiesenen auf jugoslawisches Staatsgebiet gebracht, wo es zu Racheaktionen kam: Zehntausende wurden getötet, ein kleiner Teil in Jugoslawien vor Gericht gestellt. Aus diesen Ereignissen wurde der Bleiburger Opfermythos konstruiert, maßgeblich getragen von den Communities im Exil. Laut diesem soll es auf dem Loibacher Feld/Libuško polje nach dem „Verrat der Briten“ zu einem Massaker an Hunderttausenden Soldaten, Frauen und Kindern gekommen sein. Fakt ist jedoch, dass es vor Ort nie zu einem solchen kam. Die einzigen Toten auf diesem Feld waren Ustaša, NDH-Soldaten und Offiziere, die Selbstmord begingen, um sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Als Beispiel sei hier der Ustaša-General Tomislav Rolf genannt, der vor Ort seine Familie und sich mit Gift ermordete.

Bleiburg/Pliberk, die kroatische Emigration und die Republik Kroatien

Das Gedenken bei Bleiburg/Pliberk wurde bis in die 1990er Jahre ausschließlich von exilkroatischen Gruppen organisiert. Die Errichtung eines ersten Gedenksteins am Feld 1987 wurde vor allem aus Australien finanziert. Der Bleiburger Ehrenzug (PBV) — Organisator der Bleiburggedenkfeiern — wurde in den 1950er Jahren in Klagenfurt/Celovec gegründet. Bis 1990 nahmen an diesem Gedenken höchstens einige hundert Menschen teil. In diesem Jahr wurden erste freie Wahlen in Kroatien abgehalten, die die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ (HDZ) unter Franjo Tuđman für sich entscheiden konnte. Seine Politik war von völkischem Nationalismus, Autoritarismus, eingeschränkter Pressefreiheit und Geschichtsrevisionismus geprägt. Die 1991 gegründete Republik bezog sich fortan offen positiv auf den Ustaša-Staat und griff zur Legitimation den Bleiburg-Mythos dankbar auf. Partisan_innendenkmäler wurden entfernt, Antifaschismus diskreditiert, die Währung und das Parlament wurden umbenannt (Kuna, Sabor). Kroatien ging nun aktiv auf die Exil-Communities zu. Das Gedenken in Bleiburg/Pliberk wurde Teil der offiziellen kroatischen Politik und Symbol des „Leidens des kroatischen Volkes“. Im Jahr 1995 übernahm das kroatische Parlament dann offiziell die Schirmherrschaft. Diese besteht, mit einer kleinen Unterbrechung von 2011-2015 durch eine sozialdemokratische Regierung, bis heute. Ab 1991 stieg die Anzahl der TeilnehmerInnen am Treffen in Bleiburg/Pliberk massiv an. 1991 waren es 1100, 1993 mehrere Tausend und 1995 schon 15.000. Das Gedenken wurde 1995 auf „alle für Kroatien Gefallenen“ erweitert, womit die Soldaten des Kroatienkriegs (1991-1995) mitumfasst sind. Der positive Bezug auf die Veteranen des Kroatienkrieges und der paramilitärischen HOS, die jeweils als Fortsetzung des Kampfes bis 1945

bzw. der Ustaša gesehen werden, sind seitdem fixer Bestandteil des Gedenkens.

Das Gedenken in den letzten Jahren

Die Zahl der BesucherInnen blieb konstant über 10.000. Zum 70. Jubiläum im Jahr 2015 nahmen 30.000 Menschen am Gedenken teil. Die Feier beginnt am Friedhof in Unterloibach/Spodnje Libuče, hier befindet sich ein Kriegergrab für eine handvoll Soldaten. Dem schließt sich ein Marsch (bzw. Prozession) zur Gedenkstätte am Loibacher Feld/Libuško polje mit dem zentralen Gedenkstein an. Die Gedenkstätte wurde in den letzten Jahrzehnten massiv ausgebaut: Um den Gedenkstein herum wurde das Gelände gestaltet, Bäume gepflanzt und eine Bühne erbaut. Auch eine Büste von Vilim Cecelja, Ustaša-Priester und zentrale Figur der kroatischen Emigration nach 1945, wurde errichtet. Der Plan für einen Friedhof, um dort sterbliche Überreste aus Österreich oder Slowenien zu begraben, konnte vorerst nicht umgesetzt werden. Auf dem Gedenkstein selbst findet sich das Wappen des NDH (weiß-rotes Schachbrettmuster, beginnt links oben mit weiß) und nicht etwa das Wappen der Republik Kroatien (beginnt links oben mit rot), ein Stern mit Halbmond (ein Verweis auf die mehrheitlich muslimische 13. Division der Waffen-SS „Handschar") sowie eine zweisprachige Inschrift auf Deutsch und Kroatisch, die seit 1987 vorgibt eine Übersetzung zu sein. Während auf Deutsch den „gefallenen Kroaten" gedacht wird, lautet der kroatische Text übersetzt „Zu Ruhm und Ehren der gefallenen kroatischen Armee Mai 1945"[1].

Auf der Bühne findet die eigentliche Feier, bestehend aus Messe, Gesang und Reden, statt. In der ersten Reihe sitzen dabei hochrangige Politiker_innen aus Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Am Gelände vor der Messe gab es bis inklusive 2017 Bierzelte, Essens- und Verkaufsstände bei denen Souvenirs, revisionistische Literatur, nationalistischer und militaristischer Merchandise sowie Ustaša-Devotionalien erstanden werden konnten. Offiziell gibt es eine Hausordnung, diese wird aber ignoriert, sodass ustaša-verherrlichende Lieder, Uniformen und Hitlergrüße allgegenwärtig sind. Im Laufe des letzten Jahres gerieten die zuständigen Stellen zunehmend unter Druck: Die lokale Behörden, weil sie die Veranstaltung mit klar politischer Agenda als ausschließlich „kirchliche Feier" begriffen; die österreichische katholische Kirche, weil sie diesen Status nicht aberkannte; die Polizei, weil sie die relevanten antifaschistischen Gesetze vor Ort nicht anwenden wollte; der Verfassungsschutz, weil er Hitlergrüßen von Kroaten zu „kroatischen Grüßen" machte und so kurzerhand erlaubte. Der steigende Druck ist nicht zuletzt dem Einsatz antifaschistischer Aktivist_innen, Opferverbänden und Organisationen der Erinnerungskultur geschuldet. Infolge des Drucks erließ die katholische Kirche für die Gedenkfeier im Mai 2018 erstmals Regeln und Bedingungen, unter denen das Treffen weiterhin stattfinden dürfe. Dass es, wie oben erwähnt, schon 2017 Regeln gab, ist in der medialen Debatte nicht aufgegriffen worden. Die Polizei wies jeglichen Vorwurf der Untätigkeit zurück, was trotz der eindeutigen Beweislage zu erwarten war, und versprach für 2018 ein strenges Durchgreifen.

Das diesjährige Gedenken

Rund 10.000 Personen nahmen am 12. Mai 2018 an der Veranstaltung teil. Angesichts der breiteren medialen Berichterstattung im Vorfeld des Ereignisses sowie des großen politischen Drucks, bemüßigten sich Behörden und die katholische Kirche Kärntens, erstmals Auflagen für das Treffen zu formulieren und zum Teil auch durchzusetzen. So verbot man Ausschank, Zelte und Verkaufsstände, um den Anschein einer kirchlichen Feier wahren zu können und setzte dies auch tatsächlich um. Das Verbot politischer Reden, das Tragen politischer Abzeichen, Plakate und Transparente oder das Erscheinen in Uniformen und uniformähnlicher Bekleidung wurde hingegen weitgehend ignoriert. Zum Teil wurde das Problem der faschistischen Manifestation durch die Vorgaben 2018 noch offensichtlicher: Die von der kirchlichen Feier wegen ihrer Tattoos, Fahnen oder T-Shirts abgewiesenen Ustaša-Fans zogen durch die nahen Ortschaften, auf der Suche nach Bier oder der antifaschistischen Gegenkundgebung. Am späten Nachmittag hallten dann die faschistischen Rufe „Za dom spremni" („Für die Heimat — Bereit!") durch Bleiburger Gaststätten. Das Umfeld der Feier veränderte sich dabei kaum, so verkaufte man Ustaša-Fahnen, revisionistische Bekleidungsstücke und Abzeichen verbotener Organisationen auf den Parkplätzen aus dem Kofferraum heraus. Auch der politische Charakter blieb erhalten: Kurz vor zehn Uhr ertönte am Friedhof in Unterloibach/Spodnje Libuče die erste politische Rede: Tomo Bilogrivić von der „Vereinigten kroatischen Rechten" forderte die Streichung des Antifaschismus aus der kroatischen Verfassung und das Publikum applaudierte. NeofaschistInnen und extreme Rechte aus der ganzen Welt erschienen auch 2018 wieder am Feld. So sind hier zum Beispiel der kroatische Neofaschist und Journalist Velimir Bujanec oder der Australier John Ovcaric, der von Melbourne aus eine Ustaša-verherrlichende Facebook-Seite betreibt, zu nennen.

Polizei, Verfassungsschutz und Justiz reagierten zuletzt auf die Vorwürfe, in den letzten Jahren aktiv weggesehen und antinationalsozialistische Bundesgesetze ignoriert zu haben: Immerhin 14 Anzeigen wurden am 12. Mai 2018 direkt ausgesprochen, neun davon wegen Verstoß nach dem Verbotsgesetz. Sieben Personen saßen deswegen auch zwei Wochen nach der Feier noch in Untersuchungshaft.

Fazit

Geändert hat sich also nicht viel. Das Gedenken bei Bleiburg/Pliberk ist und bleibt das, was es ist: ein geschichtsrevisionistisches Gedenken mit faschistischem Charakter. Im Juli diesen Jahres will die Bischofskonferenz entscheiden, ob sie die Messe in Zukunft verbietet oder nicht. Es heißt also weiter abwarten. Ein Verbot der Messe würde das Treffen zwar zusammenschrumpfen lassen, ein Gedenken an den faschistischen und mit dem Dritten Reich kollaborierenden NDH-Staat würde aber wohl trotzdem stattfinden. •

1 U ČAST I SLAVU POGINULOJ HRVATSKOJ VOJSCI SVIBANJ 1945

TITEL

Zwickt's mi, i man i tram!

Über die Herausforderungen für die antifaschistische Linke unter Schwarz-Blau

AUTONOME ANTIFA [W]

■ In den frühen Morgenstunden des 18. Dezember 2017 gingen über 8.000 Menschen in Wien auf die Straße, um gegen die Amtseinführung der Regierung der rechtsextremen „Freiheitlichen Partei Österreichs" (FPÖ) und der konservativ-autoritären „Österreichischen Volkspartei" (ÖVP) zu protestieren. Verschiedenste linke Gruppen, Bündnisse, Parteien und ein Schüler*innenstreik trafen im Zuge eines Sternmarsches auf dem Heldenplatz zusammen, wo es zu dem Versuch kam, die Absperrungen der Polizei zu überwinden. Als antifaschistische Gruppe hatten wir bereits früh zusammen mit dem linksradikalen Zusammenschluss „Plattform Radikale Linke" zu Protesten für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FPÖ aufgerufen. Denn bereits vor der Wahl im Oktober verdichteten sich die Anzeichen für dieses Szenario, bei der auch die situationselastisch-antifaschistische Sozialdemokratie durch plötzliche Anbiederungsversuche ins Blaue hinein auffiel. Im Burgenland sind sie schon seit einer geraumen Zeit in einer Koalition mit der FPÖ. Der Großteil der (radikalen) Linken und der Zivilgesellschaft blieb trotz dieser eindeutigen Entwicklung überraschend ruhig und es wurde teilweise beschwichtigt. Es hatte den Anschein, als ginge der Aufstieg der extremen Rechten in Österreich so kontinuierlich und scheinbar unaufhaltsam voran, dass eine erneute Regierungsbeteiligung der FPÖ keine Verwunderung oder gar Aufregung mehr hervorrufen könne.

In den Koalitionsverhandlungen wurde immer klarer, was das autoritär-konservative Regierungsprojekt für die meisten Menschen konkret bedeuten wird: Eine noch restriktivere Asylpolitik, die Implementierung eines völkischen Frauen- und Familienbildes im Regierungsprogramm, an Hartz IV angelehnte sozialpolitische Maßnahmen und ein neues Überwachungspaket sind da nur einige Stichworte. Mit Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) steht der Polizei, den Abschiebebehörden sowie den Geheimdiensten ein stramm-rechter Ideologe vor. Als im Herbst 2017 immer mehr dieser Pläne und Maßnahmen konkrete Gestalt annahmen, regte sich endlich breiterer Widerstand. Egal ob Gewerkschaften oder Studierendenvertretungen, feministische, antirassistische und antifaschistische Zusammenhänge — vielen wurde deutlich, dass es Widerstand gegen diese Regierung geben muss, um einerseits einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse und der Verrohrung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung etwas entgegenzusetzen und um andererseits die Perspektive auf eine bessere, solidarische Gesellschaft jenseits von Herrschaftsverhältnissen aufrecht erhalten zu können. Im Anschluss an die Proteste am Tag X, dem Tag, an dem die neue Regierung ins Amt eingeführt wurde, beteiligten sich an der Großdemonstration zum „Neujahrempfang" in Wien am 13. Januar rund 60.000 Menschen. Es war eine der größten und eindrucksvollsten Demonstrationen der letzten Jahre, viele sprachen vom Beginn einer Bewegung gegen Schwarz-Blau. Doch so wichtig diese Proteste waren, um einen Kontrapunkt gegen die allgemeine Lethargie und Ohnmacht zu setzen, wurde es im weiteren Verlauf des Jahres nicht geschafft, an diese Mobilisierungen anzuknüpfen und sie in alltägliche Kämpfe zu übersetzen.

Dilemmata im Umgang mit der FPÖ

Unter dem Banner des Antifaschismus war es schon in der Vergangenheit gelungen, eine nicht unbeträchtliche Anzahl an Menschen zu mobilisieren und zu bestimmten Anlässen auf die Straße zu bringen. Die sich immer weiter ausbreitende extreme Rechte und ihrer Netzwerke in Österreich sowie deren ohnehin traditionelle Stärke machten antifaschistische Proteste immer auch zu Protesten gegen die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse im Land. Stellenweise nahmen sie den Charakter einer sozialen Bewegung an. So war auch

unsere Gruppe über Jahre hinweg an der Mobilisierung gegen den Ball der deutschvölkischen Studentenverbindungen in Wien beteiligt. Hier ist es gelungen, die starken personellen wie inhaltlichen Verbindungen zwischen Burschenschaften und der FPÖ zum Thema zu machen. Nur: Geschadet hat es der FPÖ nicht. Sogar dann nicht, als durch den Druck der antifaschistischen Proteste der damalige WKR-Ball nicht mehr unter diesem Namen in der Wiener Hofburg, dem Sitz des österreichischen Bundespräsidenten, stattfinden konnte. Beispielhaft für die Österreichischen Zustände sprang den Schmissgermanen ihre politische Vertretung — die FPÖ — zu Hilfe und die Wiener Landesgruppe meldete ab 2012 den Akademikerball unter ihrem Namen als Fortführungsveranstaltung an. Die Partei bewies einmal mehr, wie stark sie hinter ihren Korporationen steht.

Hier zeigt sich ein allgemeines Dilemma im Umgang mit der FPÖ: Wer Skandalträchtiges in Bezug auf die FPÖ und die extreme Rechte finden will, macht sich auf die Suche nach dem Heu im Heuhaufen. Was soll man noch über eine Partei sagen, die als Sammelbecken ehemaliger Nazis gegründet wurde, deren erster Bundesparteiobmann SS-Brigadeführer war, deren aktuelle Führung in antisemitischen Burschenschaften korporiert ist und vor nicht allzu langer Zeit sich mit Neonazis bei Wehrsportübungen in den Kärntner Wäldern auf den nationalen Ernstfall vorbereitete? Wie viele „Einzelfälle" braucht es denn noch, wie viele Hitlergruß-Fotos, NS-Facebookpostings und Holocaust-besingende Liederbücher? Wie viele Recherchen müssen noch veröffentlicht werden über das direkte publizistische Umfeld der FPÖ, in denen das antisemitische, rassistische und antifeministische Gedankengut noch krasser hervortritt, um sich über den ideologischen Charakter dieser Partei im Klaren zu werden? Hier stößt Aufklärung an ihre Grenzen. Was vor der extrem rechten Regierungsbeteiligung nur antifaschistischen Zusammenhängen und einigen wenigen Journalist*innen vorbehalten war, ist jetzt zum journalistischen Tagesgeschäft geworden: Durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ werden deren extrem rechte bis neonazistische Umtriebe verstärkt von bürgerlichen Medien aufgegriffen und skandalisiert. Doch die FPÖ wird nicht trotz sondern wegen ihres völkischen Rassismus gewählt. Auch wenn diese Skandalisierung des extrem rechten Charakters der FPÖ nicht schadet, kann aus diesem Misslingen der Aufklärung nicht der Schluss gezogen werden, jenes Misslingen noch voranzutreiben, in dem man gänzlich auf Aufklärung verzichtet. Es zeigt sich hier aber, dass es (zusätzlich) eine andere, tiefergehende antifaschistische Strategie braucht, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck etwas entgegenzusetzen.

Der gesellschaftliche Rechtsruck wurde nicht alleine von der FPÖ losgetreten und endet auch nicht mit ihr. Auch alle anderen Parteien und die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung haben sich ein gutes Stück weiter nach rechts verschoben. Selbst wenn rassistische Ressentiments schon immer in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verankert waren, hat sich die Grenze des Sagbaren zu Gunsten der extremen Rechten verschoben. Damit wurde aber auch diesen Ressentiments ein stabiler diskursiver Rahmen gesetzt, extrem rechte Gruppen und Parteien fungieren hier als Lautsprecher und Verstärker. Der Grund und die Ursachen des Rechts-

rucks liegen aber nicht (nur) in der erfolgreichen diskursiven Strategie der extremen Rechten. Sie liegen in einer Gesellschaft, die die einzelnen Menschen in Konkurrenz zueinander setzt, die Ohnmachtsgefühle und die Gewissheit der eigenen Überflüssigkeit und Ersetzbarkeit aus sich heraus produziert. Ideologien kollektiver Identität wie Rassismus und Nationalismus, aber auch Kategorien wie Kultur und Geschlecht bieten hier die Möglichkeit, eine vorpolitische Anspruchsberechtigung an gesellschaftlicher Teilhabe qua Herkunft und „Identität" abzuleiten. Sie ermöglichen es, sich als Teil des großen Ganzen, der Nation, dem Volk zu sehen und darin aufzugehen, um an der Macht teilhaben zu können. Die extreme Rechte spricht genau das offen aus und schafft damit ein Angebot: Ihr Versprechen ist der Nationalismus und Rassismus, also Solidarität durch Ausschluss — bei Unterordnung unter das nationale Kollektiv, das im kollektiven Narzissmus noch als psychischer Lohn daherkommt. Wo nur noch der Volkskörper zählt, ist der Einzelne nur Funktion für dessen Erhalt.

Neue autoritäre Formierungen

Viel wurde in Österreich auch über den „drohenden Faschismus" diskutiert, der jetzt vor der Tür stehe. Und ganz unberechtigt ist die Angst nicht. Gerade aus einem historischen Bewusstsein wissen wir, dass es eine reale Gefahr bleibt, dass die bürgerliche Gesellschaft in Barbarei umschlägt und dass die rechtlich eingehegte Gewalt entfesselt wird. Vieles spricht auch dafür, dass dies partiell umgesetzt wird, der Ausnahmezustand zur Normalität wird, die er für die Ausgeschlossenen, die Entrechteten und als fremd Bestimmten schon länger ist. Eine falsche Analogiebildung zum historischen Faschismus verstellt jedoch den Blick auf die aktuellen autoritären Formierungen. Es gibt eine Eigenlogik innerhalb der Politik des Kapitalismus, die hier auch die extreme Rechte auf Standort und demokratisches Prozedere verpflichtet. Das Primat des Völkischen gewinnt Einzug in die Politik, ohne sich aber offen gegen die Demokratie zu wenden. Dennoch ist zu befürchten, dass die Katastrophe sich durch kleine Schritte anbahnt. Gerade das extrem rechte publizistische Netzwerk arbeitet an einer hochsubventionierten Gegenöffentlichkeit, dessen Auswirkungen noch nicht abschätzbar sind. Wenn hochrangige Politiker*innen in antisemitischer Manier gegen George Soros kampagnisieren, öffentlich-rechtliche Medien angreifen und an einem Umbau des Kunstbetriebes für heimatdienliche Zwecke arbeiten, zeigt dies schon an, dass es nicht den direkten Schlag gegen die organisierte Linke und Arbeiter*innenbewegung braucht, der den Faschismus historisch ausgezeichnet hat. Auf am Boden Liegende muss man nicht eintreten — die extreme Rechte in Regierungsverantwortung baut derzeit an anderen mächtigen Feindbildern. Und doch droht hier der autoritäre Umbau des Staates, der sich aber nicht nur in Österreich anmeldet. Es ist eine allgemeine Entwicklungstendenz innerhalb des globalen Kapitalismus, die eskalierenden Widersprüche autoritär zu befrieden. Der Unterschied in der konkreten Umsetzung ist ein gradueller, kein prinzipieller. Für viele Menschen bedeutet dieser Unterschied jedoch einen über Leben und Tod. Das zeigt sich an der Abschiebepolitik und an dem tödlichen Ausbau der Festung Europa.

Never let the fascists have the streets

Für eine künftige politische Praxis ergeben sich für uns vor allen Dingen zwei Strategien: Natürlich müssen wir uns als antifaschistische Linke einerseits der Gefahr bewusst sein, die beispielsweise von Gruppen wie den „Identitären" ausgeht, eine Gruppe, die die antifaschistische Linke anfangs vor neue Herausforderungen stellte. Über Jahrzehnte hinweg gab es keine Neonazi-Aufmärsche in Österreich. Dement-

sprechend war es für die antifaschistische Linke Neuland, als sie mit den international mobilisierten Aufmärschen der „Identitären" konfrontiert wurde. Dennoch gelang es schon bald, verschiedene Aktionsformen auszuprobieren und an ihnen zu lernen. Egal ob durch Militanz oder Finger- und Blockadekonzepte: In Wien kamen ihre Aufmärsche bald nur wenige Meter weit, weshalb es unattraktiv wurde, die Demonstrationen dort abzuhalten. Auch bei ihren Infoständen wurden unlängst neue Aktionsformen ausprobiert, um ihre Inszenierung zu durchbrechen. Beispielhaft dafür steht die Aktion „Faschist*innen abschirmen", bei der Antifaschist*innen die Identitären über Stunden hinweg mit Regenschirmen wortwörtlich von der Öffentlichkeit abschirmten und so die Verbreitung ihrer Propaganda verunmöglichten. Antifaschistische Strategien sollten daran ausgerichtet sein, wie stark und gefährlich ihre Gegner sind. Dazu ist Recherche über deren Strukturen eine Notwendigkeit. Aus ihr leiten sich Erkenntnisse darüber ab, wie Neonazis am wirksamsten bekämpft werden können. Um nicht auf der Stelle zu treten, ist ein ständiges Weiterentwickeln von vielfältigen Ideen und Aktionsformen ratsam. Außerdem muss eine erfolgversprechende antifaschistische Strategie Organisationsangebote schaffen, um Wissen weitergeben zu können und Menschen auch außerhalb der Szene die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden. Mit den „Offenen Antifa Treffen" haben wir in Wien damit sehr gute Erfahrungen gemacht.

A better future for all! — Antikapitalistisch in die Offensive!

Bei der gesamtgesellschaftlichen Betrachtung österreichischer Zustände zeigt sich, dass es eine linke Politik bräuchte, die mehr ist als antifaschistisch, die sich über die beschriebenen Zusammenhänge im Klaren ist und die emanzipatorische Gegenentwürfe erarbeitet. Denn auch wenn man der außerparlamentarischen extremen Rechten immer wieder durch antifaschistische Aktionen Erfolge abringen und sie hier erheblich in ihrem Handlungsspielraum einschränken konnte, sollte man sich nicht selbst betrügen. Die Positionen der extremen Rechten werden nun auf Regierungsebene verhandelt, dementsprechend muss sich auch eine antifaschistische Strategie neu ausrichten und mit neuen Maßstäben messen lassen. Eine Gefahr besteht dort, wo man sich durch den allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruck in den Trott antifaschistischer Abwehrkämpfe treiben lässt, die einem Kampf gegen Windmühlen gleichen. So muss eine antifaschistische radikale Linke an den Stellen aktiv sein, wo die bürgerlichen Antifaschist*innen bis heute versagen, kann ihnen aber dort das Geschäft überlassen, wo sie es ganz gut alleine zu Stande bringen, der extremen Rechten etwas entgegenzusetzen. Ein Punkt, wo die Proteste gegen die österreichische Bundesregierung auf eine neue Stufe gestellt werden können und der Versuch unternommen werden könnte, aus der thematischen Verengung der Proteste auf den Bereich des Antifaschismus auszubrechen, bietet die österreichische Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft ab der zweiten Jahreshälfte 2018. Hier will das autoritär-konservative bis extrem rechte Regierungsprojekt aus ÖVP und FPÖ seine Politik der Abschottung nach außen und der sozialen Kontrolle und Disziplinierung nach innen auf die europäische Ebene tragen. Für uns Anlass genug, die Proteste gegen die Regierung ebenfalls auf eine neue Stufe zu stellen und gemeinsam mit Genoss*innen aus verschiedenen Ländern zu zeigen: Wir sind eine transnationale Bewegung, die sich weder auf die Seite der autoritär Neoliberalen, noch die der nationalistischen Kleinstaaterei stellt. Es geht um eine bessere Zukunft für alle — und diese ist nur jenseits des Kapitalismus zu haben. •

TITEL

Antirassistische Arbeit in Österreich unter sehr rechten Rahmenbedingungen

ZWEI AKTIVISTEN DER PLATTFORM BLEIBERECHT INNSBRUCK

In Österreich schickt sich ein politisch-ideologisches Amalgam aus konservativ-reaktionär-männlichem Geschichts- und Geschlechterverständnis, neoliberaler Wirtschafts- und restriktiver Sicherheits- und Migrationspolitik an, für fünf Jahre ein Land mit knapp 9 Millionen Menschen politisch nach weit rechts zu verändern. Im Gegensatz zum Jahr 2000 weht der neuen rechtsnationalen Regierung von ÖVP/FPÖ von der Straße nur ein „laues Lüfterl" entgegen.

Es geht nicht „nur" gegen Migrant_innen und Flüchtlinge!

Es wäre eine verkürzte und unzureichende Analyse, das Regierungsprogramm der rechtsnationalen Koalition ausschließlich auf eine Anti-Ausländer_innen-Politik zu reduzieren. Vielmehr geht es darum, den Sozialstaat und die organisierte Arbeiter_innenschaft zu schwächen, gesellschaftliche Errungenschaften wie Gleichberechtigung der Geschlechter, Fristenlösung oder die Ehe für alle zurückzudrängen und nicht zuletzt die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Demgemäß richtet sich die Politik u.a. gegen feministische Frauen, antifaschistische/antirassistische Linke, Gewerkschafter_innen und natürlich auch Migrant_innen und Flüchtlinge. Die Angriffe auf Einwander_innen und Geflüchtete fungieren dabei als Rammbock für die Verschlechterung der sozialen und rechtlichen Absicherung der „dort unten".

Grenzsituation(en)

Der Erfolg rechter und nationalistischer Parteien in ganz Europa ist nicht ohne die mediale Verarbeitung und die staatliche Reaktion auf die große Migrationsbewegung im Jahr 2015 erklärbar. Es war der Tod von über 70 geflüchteten Menschen in einem LKW auf der Ostautobahn nahe der österreichisch-ungarischen Grenze Ende August 2015, der anfangs den Kontrolldruck der Behörden erhöhte, und dann zehn Tage später der „March of Hope" , bei dem 2.000 Flüchtlinge in der ohnehin angespannten Situation das Gesetz des Handelns am Budapester Bahnhof Keleti in ihre eigenen Hände nahmen und Richtung Österreich gingen, der ein historisches Moment schuf. Hunderttausende Menschen nutzten den „formalisierten Korridor" (Marc Speer von bordermonitoring.eu e.V.), Zehntausende suchten in Österreich Asyl, wiewohl die österreichischen Behörden auch in dieser Situation tausende Geflüchtete nach Italien zurückdrängten.

Bis Anfang 2016 wurde der Grenzübergang Spielfeld/Sentilj zwischen Österreich und Slowenien mit einem kilometerlangen Grenzzaun befestigt und von der damaligen SPÖ/ÖVP-Regierung als „bauliche Maßnahme" verharmlost. Im Sommer 2018 hat sich das Grenzregime an Österreichs Schengen-Grenzen konsolidiert. Die Brenner-Grenze zwischen Tirol (Österreich) und Südtirol /Alto Adige (Italien), vor zwei Jahren noch Schauplatz (militanter) antirassistischer Demonstrationen und Polizeigewalt, ist auf beiden Seiten militarisiert. Aufgrund des massiven Kontrolldrucks weichen immer mehr papierlose Migrant_innen und Geflüchtete auf die Güterzüge entlang der Bahnstrecke aus. Vier Menschen sind dabei in den letzten eineinhalb Jahren auf beiden Seiten des Brenners gestorben.

Im Oktober 2018 findet am Landesgericht Bozen/Bolzano (Autonome Provinz Südtirol/Alto Adige) ein Mammutprozess gegen Teilnehmer_innen einer antirassistischen Brenner-Demo vom 7. Mai 2016 statt. Den über 80 Aktivist_innen und Genoss_innen wird von den italienischen Repressionsbehörden u.a. Vermummung, Beamtenbeleidigung, Tragen waffenähnlicher Gegenstände, Abhalten einer untersagten Versammlung und die Unterbrechung des öffentlichen Nahverkehrs vorgeworfen.

„Obergrenzen" und Gesetzesverschärfungen am laufenden Band

Kein anderer Rechtsbereich ist in Österreich so oft Gegenstand von Gesetzesnovellierungen und -verschärfungen wie das so genannte Fremdenrecht. Unter diesem problematischen Sammelbegriff sind sowohl asyl-, als auch aufenthaltsrechtliche und („fremden")polizeiliche Gesetze zusammengefasst. Anfang 2016 legte sich die damalige Bundesregierung auf „Obergrenzen" für Asylanträge fest, um „Österreichs Attraktivität zu senken". Diese sowohl verfassungs- als auch völkerrechtswidrige Limitierung des Asylrechts wurde auch von der bayerischen CSU unter Berufung auf das österreichische Vorbild in den bundesdeutschen Regierungsverhandlun-

Willkommen in Österreich. Wasserwerfer der österrreichischen Polizei 300 Meter nach der Brenner-Grenze während einer antirassistischen Demonstration im April 2016.

Foto: Plattform Bleiberecht Innsbruck

gen Anfang 2018 ins Spiel gebracht. In der aktuellen Debatte forciert der FPÖ-Innenminister Herbert Kickl eine Gesetzesänderung, bei der zum einen Asylwerber_innen Bargeld abgenommen werden soll, um damit die Kosten der Grundversorgung zu decken. Zum anderen soll der Zugriff auf die Handy-Geodaten die Recherchen im Asylverfahren beschleunigen und um „abenteuerliche Fluchtgeschichten" (Kickl) zu überprüfen.

Rassistische Sprache und Verstaatlichung der Flüchtlingsunterstützung

Polizeiminister Kickl argumentierte schon in der parlamentarischen Opposition mit rassistischer Sprache. Jetzt in der Bundesregierung setzt er diese fort. Bei der Präsentation des Jahresberichts des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl im Jänner 2018 sprach er sich dafür aus, „Flüchtlinge konzentriert an einem Ort zu halten". Ein deutliches Signal an KernwählerInnen der FPÖ und andere RassistInnen und kein Lapsus des rhetorisch geschulten Chefstrategen der weit rechten Partei. Die Idee der „Massenlager" als Unterbringungsort für Flüchtlinge ist wohl auch der Gründungsgeschichte der FPÖ geschuldet, die ein Sammelbecken für (ehemalige) Nazis war. Ziel der neuen Regierung am Wiener Ballhausplatz ist es, die „Fehler von 2015" nicht mehr zu wiederholen. Vor diesem Hintergrund werden auch die NGOs im Flüchtlingsbereich — im Wesentlichen die katholische Caritas und die evangelische Diakonie — massiv kritisiert und in ihrer Arbeit in Frage gestellt. Der gesamte Bereich der Flüchtlingsunterstützung von der Unterbringung in den Erstaufnahmestellen bis zur Rechtsberatung soll in Zukunft verstaatlicht und dem Innenministerium unterstellt werden. Die Verträge mit der Arge Rechtsberatung (Caritas und Diakonie) werden zum Ende des Jahres 2018 gekündigt. Dagegen regt sich bürgerlicher Widerstand — 100 Prominente aus Kunst, Kultur und Politik haben einen offenen Brief an den Minister unterzeichnet — der aber aussichtslos erscheint. Schließlich sehen auch EU-Vorgaben nur kostenfreie und nicht unabhängige Beratungen während des gesamten Asylverfahrens vor.

Abschiebungen und Widerstand

Angesichts der Tatsache, dass sich ÖVP und FPÖ über einen rassistischen Wahlkampf und restriktive Migrationspolitik gefunden haben, steht auch eine Ausweitung der Abschiebungen weit oben auf der Prioritätenliste.

Österreichische und schwedische Polizeibehörden kooperieren momentan sehr eng bei Abschiebungen nach Afghanistan, die auch innerhalb der EU alles andere als unumstritten sind. Die Grenzschutzagentur FRONTEX unterstützt bis jetzt keine organisierten Abschiebeflüge nach Kabul. Für Aufregung innerhalb der afghanischen Community sorgte Anfang April 2018 ein Bericht, dass es 400 Festnahmeaufträge zur Sicherstellung der Abschiebungen geben soll. Tatsächlich starten fast im Monatstakt Charterabschiebungen nach Kabul, während uns von Afghanistan fast täglich Meldungen von Terroranschlägen erreichen. Allein in der Hauptstadt starben dieses Jahr schon über 400 Menschen. Am Tag der Befreiung vom Faschismus (8. Mai) 2018 startete die #sichersein-Kampagne „Engagiert gegen Abschiebungen nach Afghanistan" mehrerer NGOs im Flüchtlingsbereich. Neben direkten Protestaktionen am Flughafen Wien-Schwechat, die großteils von antirassistischen und selbstorganisiert-migrantischen Gruppen getragen werden, hat die Kampagne durchaus das Potenzial einer breiteren Wirkung. Obwohl es aus antirassistischer Perspektive konsequent gegen das gesamte Abschiebesystem anzukämpfen gilt, kann gerade die Diskussion um Abschiebungen nach Afghanistan sowie die europaweit sehr unterschiedlichen Praxen im Umgang damit, ein Türöffner für transnationale Mobilisierungen sein.

Die sehr heterogene Bleiberechtsbewegung, aus der heraus sich auch unser Zusammenschluss vor elf Jahren gegründet hat, kann nur dann erfolgreich für die Rechte von Geflüchteten und Migrant_innen sein, wenn die „moderaten" und „radikalen" Flügel in kritischer Solidarität zusammenarbeiten und sich nicht durch die herrschaftliche Spaltung in Gut oder Böse ein- und erpressen lassen. Angesichts der rassistischen und menschenfeindlichen Gegenwinde in ganz Europa kann es für Antirassist_innen und Antifaschist_innen nur eine Parole geben: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht! •

NS-SZENE

Die Saison neonazistischer Groß-Konzerte wurde 2018 mit dem „Schild & Schwert-Festival“ in Ostritz (Sachsen) eingeläutet. An BesucherInnenzahlen wie im Juli 2017 in Themar konnte jedoch nicht angeknüpft werden. Woran das liegen könnte und warum RechtsRock dennoch ein verbindendes Element der rechten Szene bleibt, wird nachfolgend skizziert.

Top oder Flop?

Rechte Großkonzerte im öffentlichen Raum

■ Seit der weitgehend störungsfreien Durchführung des „Rock gegen Überfremdung II“ am 15. Juli 2017 in Themar haben extrem rechte Großveranstaltungen Hochkonjunktur. Als politische Kundgebung angemeldet, ist es den Behörden bisher nicht gelungen, diese zu unterbinden. Selbst Umweltschutzgesetze und restriktive Auflagenbescheide verfehlten ihre Wirkung. Stattdessen produzierte man Publicity für die Neonazis und Häme gegen die lokale Zivilgesellschaft.

Unterschiede

Angefangen bei den TeilnehmerInnenzahlen, sind zwischen den Events deutliche Unterschiede erkennbar. Während sich rund 6.000 Neonazis zum „Rock gegen Überfremdung II“ einfanden, zog das „Rock für Identität“ Ende Juli 2017 in Themar „nur“ 1.000 Neonazis an. 1.300 Personen nahmen im Oktober 2017 am „Rock gegen Links“ teil und das im April 2018 durchgeführte „Schild & Schwert-Festival“ in Ostritz kann auf maximal 1.500 BesucherInnen zurückblicken. Die kürzlich im Juni veranstalteten „Tage der nationalen Bewegung“ in Themar zogen am zweiten Veranstaltungstag wiederum knapp 2.300 Neonazis an.

Auf den Konzerten fanden sich dabei Neonazis aus allen Altersklassen ein. Für die Jüngeren bedeutet der öffentliche Charakter vor allem eine einfache Handhabe. Tickets können im Vorverkauf erworben werden, Veränderungen im Line-Up lassen sich bequem über die sozialen Netzwerke verfolgen. Dazu kommt, dass es keiner starken Anbindung an die organisierte Szene bedarf, um an Konzerten wie in Themar teilnehmen zu können. Gleichzeitig ist dies sicher auch ein Grund für die rege Teilnahme älterer Neonazis. Meist im familiären Alltag eingebunden sind diese Events eine unkomplizierte Möglichkeit, Teil der Neonazi-Szene zu bleiben, ohne etwas dafür tun zu müssen. Sicher, Ausflüge zu angemeldeten Konzerten ziehen immer Personalien-Feststellungen, Auflagen und nicht zuletzt ein enormes Presseaufgebot mit sich, doch für Neonazis, die noch nicht oder nicht mehr stark an die Szene angebunden sind, spielt das offensichtlich keine Rolle.

Für Journalist_innen bot sich auf allen Events ein ähnliches Bild: Oft unbekannte Neonazis, einheitlich gekleidet in Tommy Frencks „Druck 18“-Verkaufsschlager, den „Division-Füge-hier-dein-Bundesland-ein“-T-Shirts. In Ostritz hätte man meinen können, die TeilnehmerInnen wollten die Aufmerksamkeit zuspitzen, indem Klamotten präsentiert wurden, die hart an der Grenze zum Strafbaren waren. Dadurch wurde teilweise erreicht, dass die berichtenden großen Formate ihr im Vorfeld gezeichnetes Bild eines „ultimativen Nazi-Festes an Hitlers Geburtstag“ bestätigt bekamen. Dass Veranstalter Thorsten Heise ähnlich ultimativ mobilisierte und viele Medien dies übernahmen, sollte unbedingt von kritischen Journalist_innen reflektiert werden. Höhepunkt der Selbstdarstellung war schließlich die Pressekonferenz am ersten Tag des Events, der bis zu zwanzig Journalist_innen beiwohnten. Damit bot man Heise eine Bühne, auf der er sich als wortgewandter, biederer Konzertveranstalter darstellen konnte. Die Erkenntnis, dass das zweitägige Festival vor allem als Treffpunkt des in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerkes und dessen bewaffnetem Arm „Combat 18“ genutzt wurde, ging dabei im Getümmel unter.

Authentizität

Das Publikum und die Bedeutung dieser Großkonzerte sind immer von den VeranstalterInnen abhängig. Mit der Neonazi-Bruderschaft „Turonen/Garde 20“ als Strippenzieher, hatte das „Rock gegen Überfremdung II“ 2017 eine langjährig im RechtsRock-Geschäft verankerte Gruppierung im Boot, wodurch die Veranstaltung authentisch wirkte. Einflussreiche Neonazi-Strukturen aus dem In- und Ausland waren zudem in starker Anzahl vertreten. Das nur zwei Wochen danach veranstaltete „Rock für Identität“ zog spürbar weniger BesucherInnen an, was nicht zuletzt an Boykott-Aufrufen gegenüber Veranstalter Patrick Schröder lag. Auch das von ihm angemeldete „Rock gegen Links“ im Oktober 2017 erzielte trotz der rechten Kult-Bands „Fortress“ und „Blue Eyed Devils“ nicht den gewünschten Erfolg.

Dass die NPD nun an den Erfolg der Events von 2017 anknüpfen will, war zu erwarten. Die finanziell ruinierte Partei war zwar in der Vergangenheit immer wieder Veranstalter rechter Konzerte, doch

Fotos: Exif-Recherche

Links: Begrüßung der Presse mit Hitlergruß, kein seltenes Bild auf Neonazi-Konzerten im südthüringischen Themar. **Rechts:** Mitglieder der RechtsRock-Band „Kraftschlag", darunter Jens Arpe, Stefan „Klatscher" Lahmer und Ron Penz (v.r.n.l) beraten sich, nachdem Ken McLellan, Sänger der britischen „Blood & Honour"-Band „Brutal Attack", von der Polizei abgeführt wurde.

mehr als 1.000 BesucherInnen konnten schon seit Jahren nicht mehr mobilisiert werden. Mit Thorsten Heise, Landesvorsitzender in Thüringen und treibende Kraft des „völkischen Flügels" innerhalb der Partei, kann die NPD zumindest einen routinierten Veranstalter von RechtsRock-Konzerten aufweisen. Dabei ist es nicht Heises Funktion als Politiker, dem innerhalb der Szene vertraut wird, sondern es ist sein Status als Mitbegründer der Neonazigruppe „Arische Bruderschaft". Durch seine weitläufigen Kontakte gilt er als Schlüsselfigur und „Ermöglicher".

Exemplarisch für den Status Quo der NPD als Veranstalterin von großen Events steht das am 8. und 9. Juni 2018 in Themar durchgeführte Konzert „Tage der nationalen Bewegung". Veranstalter Sebastian Schmidtke, stellvertretender Landesvorsitzender der NPD in Berlin, hatte schon am ersten Tag Mühe, den reibungslosen Ablauf zu garantieren. So musste sich das anwesende Publikum über drei Stunden mit dem rechten Liedermacher Frank Rennicke zufrieden geben, der eigentlich nur Lückenfüller der Veranstaltung war. Schmidtke hatte die Organisation sichtlich unterschätzt. Während sein aus Berlin und Brandenburg notdürftig zusammengestellter Ordnerdienst schon frühzeitig zahlreiche betrunkene BesucherInnen vom Gelände verweisen musste, fehlte es zudem an Equipment.

Als am zweiten Tag Ken McLellan, Sänger des britischen „Blood & Honour"-Urgesteins „Brutal Attack" während des Auftritts von der Polizei abgeführt wurde, war erneut Ratlosigkeit in den Gesichtern der Veranstalter erkennbar. Statt Solidaritätsbekundungen zu äußern, schrie das Publikum kurz nach McLellans Abgang nach der nächsten Band. In den sozialen Netzwerken wird dem Veranstalter auch deswegen Förderung von Konsumverhalten vorgeworfen. So schrieb Stefan „Klatscher" Lahmer, Bassist der Weißenfelser Oi-Band „Schusterjungs": „Kein Veranstalter, der sich um die restlichen Bandmitglieder gekümmert hat. Mir blutete das Herz...fresst den Scheiß, der euch hingeworfen wird, ohne darüber nachzudenken. Themar, 95% Asche! Themar, fuck Off!!!" Lahmer stand selbst an dem Abend mit „Kraftschlag" auf der Bühne.

Atmosphäre

Egal wie schlecht der Sound, wie restriktiv die Behörden oder wie teuer das Bier ist, Großveranstaltungen müssen sich an der Atmosphäre messen lassen, die in der Erinnerung des Publikums bleibt. Sicherlich, das kollektive Zeigen des Hitler-Grußes hinterließ Eindrücke, aber vielmehr noch beeindruckte es die KonzertteilnehmerInnen, Lieder von „Stahlgewitter" aus „6.000 Kehlen zu hören".

Wie zudem in Neonazi-Foren nachzulesen war, wissen viele der BesucherInnen solcher Events, auf welchen Rahmen sie sich einlassen. Man habe „bei öffentlichen Veranstaltungen auch absolut kein Problem", sich „ordentlich zu benehmen".

Schlussendlich haben BesucherInnen solcher Events auch immer die Wahl. Die für das „Rock gegen Links" am 28. Oktober 2017 angekündigte australische Band „Fortress" war schließlich einen Tag vor ihrem Konzert in Themar im kleinen Rahmen in Rheinland-Pfalz zu erleben.

Auch am Wochenende des „Schild & Schwert-Festivals" gab es nicht nur Ankündigungen für zwei weitere Konzerte im nahen Polen, ebenso fand in Sachsen am 21. April ein weiteres RechtsRock-Konzert statt.

Ob nun konspirativ oder öffentlich beworben, RechtsRock bleibt der Kitt der Szene, bietet Erlebniswelten und füllt die Kassen. Dass Großevents im öffentlichen Raum intern als erfolgreich bewertet werden, lassen Ankündigungen für die kommenden Monate erahnen. So kündigt der Veranstalter für August 2018 an, mit dem „Rock gegen Überfremdung III" die BesucherInnenzahlen von 2017 toppen zu wollen, was hinsichtlich des Auftritts der Kult-Band „Gigi & die braunen Stadtmusikanten" nicht gänzlich unrealistisch ist.

Auch Heise wirbt für eine Zweitauflage des „Schild & Schwert-Festivals" im November, während die Zahl der konspirativen Konzerte im kleinen Rahmen nicht abzunehmen scheint. •

NS-SZENE

Seit zwei Jahren terrorisiert eine Handvoll Neonazis in Berlin linke und zivilgesellschaftliche Projekte und Aktivist_innen mit Anschlägen. Schwerpunkt der Taten liegt im Bezirk Neukölln. Die Polizei wirkt überfordert und stellt die Verfahren reihenweise ein.

Rechter Terror in Berlin-Neukölln

Den Auftakt bildete ein Brandanschlag auf den Neuköllner Wagenplatz „Kanal" im Mai 2016. An sechs Stellen bricht nahezu zeitgleich Feuer aus, während die Bewohner_innen in ihren Wägen schliefen. Es gelang die Brandherde schnell zu löschen, der Schaden blieb überschaubar. Einen halben Monat später werden das Auto einer Aktivistin in Rudow angesteckt und in derselben Nacht Scheiben in Gropiusstadt und Nord-Neukölln eingeschmissen. Es folgen in den kommenden Monaten ähnliche Aktionen gegen Lokalpolitiker_innen, Aktive aus örtlichen Initiativen und linke Aktivist_innen. Scheiben von Wohnungen werden eingeworfen, PKWs angezündet und an Hauswände Drohungen gesprüht. Die zeitlichen Abstände wurden dabei immer geringer, die Ziele in den Nächten immer mehr. So wurden am 12. Dezember 2016 nicht nur zwei Wohnungen mit Farbflaschen und zwei weitere mit Steinen attackiert, es wurde auch versucht, ein Feuer am linken Café „K-Fetisch" zu legen, das sich im Erdgeschoss eines Wohnhauses befindet. Der Tod von Menschen wurde dabei billigend in Kauf genommen.

Erst mit der wachsenden öffentlichen Thematisierung der Angriffe stieg der Druck auf Politik und Polizei, die schließlich Ende Januar 2017 auf Betreiben des Innensenators die Ermittlungsgruppe „RESIN" (Rechte Straftaten in Neukölln) einrichtete. Ergebnisse gibt es bislang keine, auch hörten die Anschläge nicht auf. In vielen Fällen wurden die Ermittlungen sogar schon eingestellt. Bis heute wurden seit Mai 2016 von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin" (MBR) 51 Angriffe gezählt. Davon sind 16 Brandanschläge, zumeist auf PKWs. Der letzte Fall war eine Drohsprüherei an ein Wohnhaus im Mai 2018. Der Großteil der Taten fand in Neukölln statt.

Standardrepertoire der Berliner Neonaziszene

Neu an dieser Art von Angriffen sind weder die gezielte Auswahl der Orte und Personen noch die Aktionsformen und auch nicht die erfolglosen Ermittlungen der Polizei, sondern lediglich die Intensität, mit der die Taten begangen wurden. Schon 2011 versuchten Neonazis in einer Nacht fünf Berliner Hausprojekte anzuzünden, das Jugendzentrum Anton-Schmaus-Haus in Britz wurde in dem Jahr zweimal angesteckt. Brandanschläge auf Autos und Sprühereien an Wohnhäusern gehören ebenso seit Jahren zum Repertoire der Neonaziszene.

Damals gingen die Anschläge überwiegend von Neonazis aus dem Netzwerk „NW-Berlin" aus, die sich unter diesem Label zum Teil auch zu ihren Taten bekannten und auf ihrer Homepage Adressen und Namen als potentielle Angriffsziele publizierten. Bereits damals musste über lange Zeit politischer Druck aufgebaut werden, damit die Polizei ernsthafte Bemühungen anstellte, gegen das Netzwerk vorzugehen. Obwohl die Berliner Neonaziszene überschaubar ist und es wenig Zweifel gab, aus wem „NW-Berlin" bestand, verliefen die Ermittlungen im Sande (Vgl. AIB Nr. 111). Verfahren u.a. gegen den Dortmunder Neonazi Dennis Giemsch, der beschuldigt wurde, den Server zur Verfügung gestellt zu haben, wurden eingestellt. Der damalige Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke wurde im Mai 2014 erstinstanzlich verurteilt, eine falsche eidesstattliche Versicherung über seine Rolle bei „NW-Berlin" abgegeben zu haben, das Verfahren wurde aber Anfang diesen Jahres nach einem Deal mit dem Gericht eingestellt.

Auch bei der Neuköllner Anschlagsserie zeichnet sich ein ähnlicher Verlauf ab. Schon früh haben Antifas konkrete Verdächtige aus der überschaubaren Neonaziszene Neuköllns präsentieren können, gegen die sich später die polizeilichen Ermittlungen richteten. Sebastian Thom, der frühere Chef der Neuköllner NPD, die seit jeher enge personelle Überschneidungen mit dem „NW-Berlin"- Netzwerk und anderen „Autonomen Nationalisten" aufwies, kam im Mai 2016 aus dem Gefängnis — genau zu dem Zeitpunkt, als die Anschlagsserie begann. Thom gilt als „Ziehsohn" des in den 1990er Jahren militanten Anti-Antifa-Aktivisten Oliver Werner, der wegen Verstoß gegen das Sprengstoff- und Waffengesetz, Zuhälterei, Körperverletzung und Sachbeschädigung vorbestraft ist. (Vgl. AIB Nr. 92). Zu einer Hausdurchsuchung kam es im Februar 2018, fast zwei Jahre nach Beginn der Anschläge. Den ehemaligen Neuköllner NPD-Kandidaten Julian Beyer, wie Thom einschlägig vorbestraft, traf es bereits im Juni 2017, weil er von der Polizei verdächtigt wurde, als Betreiber einer Facebook-Seite zum 9. November 2016 eine Karte mit 68 jüdischen Adressen unter der Überschrift „Juden unter uns" veröffentlicht zu haben. Dort wur-

(Foto: Screenshot Facebook)

Links: Zerstörtes Auto nach Brandanschlag, Juli 2016.
Oben: Antifaschistische Demonstration in Südneukölln, März 2017.
Unten: Tilo Paulenz, Harald B. und Sebastian Thom (v.r.n.l) bei einer AfD-Veranstaltung im September 2016 in Rudow.

den auch Karten mit Adressen von Asylunterkünften und linken Läden wie dem „K-Fetisch“ verbreitet. Auch gegen ihn wird zur Anschlagsserie ermittelt.

Zeitgleich mit Thom bekam auch Tilo Paulenz Besuch von der Polizei. Er fiel erstmals 2003 auf, als er Teil einer 20-köpfigen Gruppe Neonazis war, die mit Baseballschlägern und Flaschenwürfen Jagd auf Migrant_innen auf einem Straßenfest in Britz machte. Er ist mittlerweile in der Neuköllner AfD. Paulenz organisierte u.a. im November 2017 eine Saalveranstaltung der AfD in Neukölln mit Guido Reil und Andreas Kalbitz. Damals im Publikum: Sebastian Thom und Harald B., der durch einen Schweinekopf-Anschlag auf die Neuköllner Sehitlik-Moschee 2012 bekannt geworden und ebenfalls der örtlichen Neonaziszene zuzurechnen war. Auch Fotos einer Veranstaltung mit dem Berliner AfD-Vorsitzenden Georg Pazderski im September 2016 in Rudow zeigen nicht nur Paulenz, sondern neben ihm auch B. und Thom.

Trotz der Durchsuchungen und anderen Ermittlungen wie Telekommunikationsüberwachungen und Observationen, wie Ermittler in einem ZEIT-Interview freimütig erzählen, blieben Ergebnisse bislang aus. Angeblich hätten sich die Neonazis „über die Jahre zu Profis entwickelt. Sie verabreden sich nicht über SMS oder WhatsApp, prahlen nicht im Netz mit ihren Aktionen, kommen nicht mehr in den alten Szenekneipen zusammen. Entsprechend nutzlos ist die Überwachung ihrer digitalen Kommunikation, das Mitlesen ihrer Chats, das Mitschneiden ihrer Telefongespräche“, heißt es in dem Artikel.

Ob die Täter wirklich so agieren oder einfach den Ermittlern der Wille zur Aufklärung fehlt, kann dahingestellt bleiben. Doch welche Schlüsse lassen sich, auch über Berlin hinaus, aus dieser Anschlagsserie ziehen?

Was tun?

Die geschilderten Fälle zeigen, auf die Polizei zu hoffen, führt zu nichts. Wichtig ist es, politische und praktische Antworten auf die Taten zu geben. Die Parole „getroffen hat es Einzelne, gemeint sind wir alle“, trifft auch hier zu. Zum einen muss Betroffenen solidarisch zur Seite gestanden werden, zum anderen müssen kollektive Antworten gefunden werden, wobei das Rad nicht neu erfunden werden muss. Vielmehr sollten bekannte Konzepte wieder nachhaltiger angewandt und sich im Vorfeld Gedanken über drohende Gefahren und Gegenmaßnahmen gemacht werden. Am besten sind Projekte, WGs und Aktivist_innen im Kiez bereits im Vorfeld vernetzt, um bei Beobachtungen und Angriffen zeitnah reagieren zu können. Es gilt ganz real, „den antifaschistischen Selbstschutz (zu) organisieren“.

Neonazis betreiben seit Jahren Anti-Antifa-Arbeit, mittlerweile professioneller als früher. Dies muss ihnen nicht durch einen sorglosen Umgang mit persönlichen Daten zum Beispiel in sozialen Netzwerken erleichtert werden. Eine Sensibilisierung dafür sollte auch verstärkt in politischen Kreisen erfolgen, die sich nicht auf klassische Anti-Naziarbeit konzentrieren. Die Anschlagsserie zeigt, dass es den Neonazis egal ist, ob z.B. Feminismus, Gewerkschaftsarbeit oder Mietenpolitik das Politikfeld ist, ob Linksradikale oder bürgerliche Zivilgesellschaft: Sie alle sind als politische Gegner_innen potentielle Angriffsziele.

Kampagnen wie „Nazis auf die Pelle rücken“, die nach den Brandanschlägen 2011 stattfanden, sind ein gutes Beispiel, wie auf solche Aktionen reagiert werden kann. Mit größeren Demonstrationen, sowohl als Zeichen der Solidarität in den eigenen Stadtteilen wie auch in den vermeintlichen Rückzugsräumen der Neonazis sowie parallelen Aktionen wurde sowohl der Druck auf die Neonaziszene erhöht, als auch ihre Handlungsräume eingeschränkt. Eine schwache Neonaziszene wie in Berlin, die ihre politische Bedeutungslosigkeit und personelle Schwäche mithilfe solcher Anschläge zu kompensieren versucht, in ihrer Gefährlichkeit zu unterschätzen, könnte sich sonst rächen. •

NS-SZENE

Mehr als drei Monate nach dem harten Urteil gegen Mitglieder der sog. „Gruppe Freital" liegt das schriftliche Urteil noch nicht vor. Obwohl sich aus dem Urteil und den Ermittlungsakten eindeutig ergibt, dass ein für eine weitere Anklageerhebung gegen mehrere Personen ausreichender Tatverdacht besteht, verweigert die Generalstaatsanwaltschaft (GenStA) Dresden mit vorgeschobenen Argumenten die Akteneinsicht an Betroffene des als versuchten Mord bewerteten Sprengstoffanschlages in der Wilsdruffer Straße. Es lohnt sich also eine politische und gesellschaftliche Einordnung des Prozesses sowie des Urteils vorzunehmen, um zu überprüfen, was in der Zukunft zu erwarten ist.

Hartes Urteil gegen Mitglieder der „Gruppe Freital"

(Teil 2)

KRISTIN PIETRZYK UND ALEXANDER HOFFMANN

Am 6. März 2015 wurde die erste sogenannte „Frigida"-Demonstration in Freital durchgeführt. Ausgestattet mit den Erfahrungen der PEGIDA-Aktivitäten und offensichtlich koordiniert von organisierten Neonazis, wurde bereits diese erste Demonstration eskaliert. Einige Teilnehmer versuchten, die geplante Route zu verlassen. Sie attackierten die Polizei mit Pyrotechnik, um zu der frisch bezogenen Flüchtlingsunterkunft im Leonardo-Hotel zu gelangen. Von diesem Tag an entwickelte sich eine Dynamik, die erst durch die zweite Verhaftungswelle gegen Mitglieder der „Gruppe Freital" im Frühjahr 2016 gekappt wurde. Wöchentlich wurden Demonstrationen und andere öffentliche Aktionen durchgeführt, die gleichzeitig entstandene „Bürgerwehr Freital 360" schüchterte vor allem Nichtdeutsche im öffentlichen Nahverkehr ein. Es kam zu Anschlägen wie diejenigen, die den Mitgliedern der „Gruppe Freital" im Prozess vorgeworfen wurden. Insgesamt kann festgestellt werden: Ohne die militanten Neonazis, die Mitglieder der Gruppe Freital, der FKD (Freie Kameradschaft Dresden), organisierte rechte Fußballfans, NPD-Mitglieder und andere hätten sich die Demonstrationen in Freital nie in der Form entwickeln können. Von Anfang an boten organisierte Neonazis flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen den Schutz, die Aggressivität nach außen und lieferten die Dynamik, die nötig war, um diese als attraktiven Kulminationspunkt für die völkisch-rassistische Bewegung zu etablieren.

Auch die regionale und überregionale Neonaziszene hatte Kontakte zu den radikalsten AktivistInnen der Freitaler Szene. Mitglieder/Unterstützer der Gruppe Freital sind in der NPD aktiv, kommen aus der militanten Hooligangruppe „Faust des Ostens", sind gleichzeitig Mitglieder in der FKD. Es entsteht eine Zusammenarbeit, die sich für alle Beteiligten auszahlt: bei dem gemeinsam mit der FKD durchgeführten Angriff auf das Wohnprojekt Mangelwirtschaft, bei der Planung von Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte in Dresden, bei der gemeinsamen Durchführung der tagelangen Krawalle in Heidenau, aber auch bei dem überregional organisierten Angriff im Januar 2016 auf den Leipziger Stadtteil Connewitz. Die Freitaler Gruppe wird einerseits in das Netzwerk der militanten Neonaziszene aufgenommen, obwohl ihre Mitglieder politisch nicht viel mehr als ein absoluter Hass auf und der Vernichtungswille gegen Geflüchtete und ihre Unterstützer*innen verbindet. Andererseits durchläuft die Freitaler Gruppe eine dynamische Radikalisierung im Schnelldurchlauf: Durch fast tägliche Treffen, gemeinsame Aktionen und Anschläge, durch stundenlange Kommunikation in ihrem Chat, schaukelt sich die Gruppe in Windeseile so auf, dass alle Hemmungen vor der Begehung schwerster Straftaten auch gegen das Leben von Menschen schwinden.

Erfüllt von einem Gefühl, jetzt um jeden Preis die Regierung dazu zwingen zu müssen, die Geflüchteten, die im Frühjahr und Sommer 2015 so zahlreich Deutschland erreichten, aus Deutschland, zumindest aber aus Freital und Sachsen zu vertreiben und die Grenzen dicht zu machen, frustriert davon, dass ihre Demonstrationen nicht zum Erfolg führen, sind sie überzeugt, dass nur

Timo Schulz (2.v.r. mit Sonnenbrille) von der „Gruppe Freital“ bei einer Neonazi-Demonstration in Neumünster.

massivste Gewalt ihre Ziele durchsetzen kann.

Parallel dazu reagiert die sächsische Bevölkerung und Landesregierung nicht groß anders. Massive Ablehnung gegenüber Geflüchteten, harte Opposition gegen Merkels Flüchtlingspolitik. Die Landesregierung versucht, die Länderverteilung von Flüchtlingen zu beeinflussen, einzelne Gemeinden, darunter Freital, versuchen bis heute, ihre Aufnahmeverpflichtungen zu beseitigen.

Insgesamt konnten sich die militanten Neonazis, die die flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen in Freital und andernorts radikalisierten und eskalierten, als Vollstrecker des Willens eines erheblichen Teils der Bevölkerung fühlen.

Manch ein Politiker mag in dieser Situation die Hoffnung gehabt haben, dass die Zunahme von Anschlägen und Angriffen auf Geflüchtete dazu führen könnte, dass Sachsen weniger Geflüchtete zugewiesen werden würde.

Die sächsische Justiz jedenfalls reagierte genau in diesem Sinne: Obwohl die Ermittlungsgruppe beim LKA die Gefährlichkeit dieser Radikalisierung erkannte und auch die Anschläge klar als Taten einer organisierten Gruppe einordnete, wurden von Seiten der Staatsanwaltschaft (StA) und GenStA Dresden Ermittlungen wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung abgewehrt, ja untersagt. Stattdessen wurden die Taten in ihrer Gefährlichkeit extrem heruntergespielt und nur einzelne Personen angeklagt. Der als Rädelsführer verurteilte Timo Schulz lag gar nicht so falsch, wenn er in einem vor Gericht verlesenen Kassiber sinngemäß schrieb, alles würde glimpflich ausgehen, wenn das Verfahren nur in den Händen der StA Dresden bleiben würde.

Tatsächlich klagte die StA Dresden die Anschläge zur Verhandlung vor dem Jugendschöffengericht des Amtsgerichts Dresden an. Eine Abgabe an das Landgericht Dresden wurde von diesem abgelehnt. Der Antrag der Nebenkläger aus der Wilsdruffer Straße auf Prozesskostenhilfe wurde abgelehnt, nicht nur, weil StA und Gericht keine Todesgefahr des Anschlags erkennen wollten, sondern auch, weil der Ermittlungsrichter der Meinung war, die Geflüchteten könnten trotz Sprachprobleme men ihre Interessen selbst wahrnehmen. Der Fall sei nicht kompliziert, die Angeklagten außerdem geständig- „Sächsische Zustände“ eben: die opportunistische Position, nach der Straftaten, die in ihrer Motivation dem eigenen oder auch nur dem allgemein verbreiteten Rassismus entsprechen, nicht als schwere Straftaten zu bewerten sind, weil eine solche Bewertung die Bevölkerung verärgern könnte. Dies dürfte auch der Grund sein, warum die GenStA Dresden sich mit Händen und Füßen gegen die von den Ermittlern geforderte Ausweitung der Ermittlungen auf ein Organisationsdelikt wehrte. Im Gegensatz zu den zahlreichen Ermittlungsverfahren, die die GenStA gegen Hooligans oder Linke, z.B. wegen den Antifademonstrationen zum 13. Februar geführt hat, gab es kein Interesse daran, öffentlich gegen „Asylkritiker“ Stimmung zu machen.

In dieser Situation griff der Generalbundesanwalt (GBA) ein, zog das Verfahren an sich und klagte zum OLG Dresden an. Hierdurch entstand ein Schnitt, der die umfangreiche Aufarbeitung der Taten im Prozess und die Verurteilung möglich machte: Das Verfahren war damit nämlich der normalen sächsischen Strafjustiz entzogen. Die Richter beim OLG sind in ihrem Alltag als höchste Richter sehr viel unabhängiger und selbständiger, als ihre Kolleg*innen an den Amts- und Landgerichten. Erstmals wurden nun die Tathandlungen objektiv betrachtet.

Das Eingreifen des GBA lässt sich leicht erklären: Nach dem NSU-Skandal ist dort ein Bewusstsein entstanden, jedenfalls bei drohenden Sprengstoffanschlägen, direkt einzuschreiten. Sollte der GBA Kenntnis von solchen Anschlägen haben und nicht einschreiten, würde dies massive öffentliche Kritik hervorrufen.

Das OLG Dresden zeigte sich im Folgenden wohltuend objektiv: Es war auch bereit, die Ideologie der Angeklagten, ihre Verstrickung mit dem lokalen NPD-Abgeordneten Abraham sowie der FKD aufzuklären.

Es ist unklar, ob sich die „Kultur“ von Ermittlungen gegen rassistisch und nationalsozialistisch motivierte Anschläge in Dresden ändern wird. Die Verfahren gegen Mitglieder der FKD beim Landgericht und Amtsgericht Dresden haben zu erheblichen Verurteilungen geführt. Hier war es die harte Anklage gegen die „Gruppe Freital“, die ja den auch zahlreichen FKD-Mitgliedern vorgeworfenen Angriff auf das Wohnprojekt Mangelwirtschaft umfasste, die dazu führte, dass die StA die Vorwürfe nicht total herunterspielen konnte.

Weiterhin wird öffentliche Beobachtung und Skandalisierung notwendig sein, um einen adäquaten Umgang mit rassistisch und nationalsozialistisch motivierten Straftaten zu erzwingen. •

BRAUNZONE

„Solide arisch leben“

Die Anastasia-Bewegung

LOTTA WINTER

Auch wenn er lange auf sich warten ließ, der Sommer ist da! Mit ihm auch eine Reihe von esoterischen Terminen, die es sich lohnt zu verpassen, deren Hintergründe jedoch aufhorchen lassen. Wenn auf einem Festival neben Öko-Workshops „arisches Wissen weitergegeben“ wird und zu der deutschen Nationalhymne krude Strophen gedichtet werden, die von Blendung, fremden Mächten und Erwachen handeln, kann es sein, dass man sich auf einem Anastasia-Festival befindet. Mit entsprechendem Programm warb die Anastasia-Bewegung im letzten Jahr für das Festival in Thüringen, an dem nach eigenen Angaben rund 550 Personen teilnahmen. Anfang September 2018 soll ein weiteres Festival mit dem Namen „Wiedergeburt“ stattfinden. Zudem organisieren AnhängerInnen der Szene bundesweit Treffen, Vorträge und Siedlerstammtische.

Die Anastasia-Buchreihe als Quelle der Bewegung

Die Anastasia-Bewegung beruht auf der Buchreihe „Die klingenden Zedern Russlands“ von Wladimir Megre. Auf einer Geschäftsreise in die russische Taiga traf der 1950 in Russland geborene Megre 1994 angeblich eine Frau namens Anastasia, die einsam in der Wildnis lebe. Über seine Begegnung mit ihr berichtet Megre in insgesamt 10 Bänden, die in den Jahren 1996 bis 2010 auf russisch erschienen sind und mittlerweile auch auf deutsch vorliegen. Laut infoSekta, der schweizerischen Fachstelle für Sektenfragen, ist die Anastasia-Strömung eine „esoterische Bewegung mit einer stark nationalistischen, verschwörungstheoretischen und rechtsesoterischen Ausrichtung“.[1]

Die Grundidee ist simpel: Jede Familie (bestehend aus Mann, Frau und Kindern) soll einen Hektar Land, den sogenannten Familienlandsitz, bewirtschaften und darauf ihr Haus bauen. Wenn alle Menschen diese Idee verfolgen würden, wären angeblich die Probleme dieser Welt gelöst und die Erde ein Paradies. Doch zwischen diesen fantastisch anmutenden Elementen finden sich auch immer wieder antisemitische, rassistische und sexistische Aussagen. Megre zeichnet eine stark vereinfachte Welt, in der böse Mächte und die Technokratisierung schuld an allem Übel sind.

Im ersten Band der Anastasia-Reihe „Tochter der Taiga“ wird ausführlich von der Begegnung Megres mit Anastasia berichtet. Neben Ausführungen über ihre Wunderkräfte, die Bedeutung eines eigenen Gartens und von selbstgezogenem Gemüse finden sich auch zahlreiche Andeutungen über dunkle Mächte, gepaart mit einem ausgeprägten Sexismus: „Zum Beispiel ist es mir unbegreiflich, wie die dunklen Kräfte es schaffen, die Frauen dermaßen zu verdummen, dass sie ahnungslos die Männer mit ihren Reizen anziehen und ihnen somit die richtige Wahl unmöglich machen, die Wahl der Seele.”[2] Während dem Mann die schöpferische Rolle zugeschrieben wird, gesteht Megre der Frau nur die passive Rolle der Muse zu.

In den weiteren Bänden geht es um die Bedeutung von Bäumen und Steinen, um Pädagogik, „die Schöpfung“ und das Wesen der Menschen. Im dritten Band „Raum der Liebe“ wird das Konzept der Schetinin-Schule vorgestellt. Inspiriert von der Anastasia-Lektüre, entwickelte der Lehrer Michail Petrowitsch Schetinin das Konzept, in dem davon ausgegangen wird, dass Kinder allwissend sind und nur noch den Zugang zu ihrem Wissen finden müssen. Dann sei die sonst 11-jährige Schulausbildung auch in nur einem Jahr schaffbar. Zusätzlich zu dem Druck, den dieses Grundverständnis auf jedes einzelne Kind ausübt, kommt ein starker Militarismus und Nationalismus in der Ausbildung. Im europäischen Kontext wurde das Prinzip der Lais-‚Schulen‘ (in Wirklichkeit handelt es sich um Lerngruppen, da es keine Schulzulassung gibt) entwickelt, das der Schetinin-Schule ähnelt, aber auch einige Unterschiede aufweist. Der Begriff ‚Lais‘ soll aus dem Gotischen stammen und übersetzt „ich weiß“ heißen.[3]

Vor allem im sechsten Band „Das Wissen der Ahnen” finden sich vermehrt antisemitische und rassistische Aussagen. So seien angeblich alle Jüd*innen von einem dunklen Oberpriester „programmiert“ worden und seitdem willenlose „Roboter“. Dies sei die Erklärung für all das Leid, das den Jüd*innen in den letzten Jahrtausenden widerfahren ist: „Da das schon mehr als ein Jahrtausend geschieht, kann man den Schluss ziehen, dass das jüdische Volk vor den Menschen Schulden hat. Aber worin besteht die Schuld? Die Historiker, die alten wie die neuen, sprechen davon, dass sie Verschwörungen gegen die Macht anzettelten. Sie versuchten alle zu betrügen,

vom jungen bis zum alten. [...] Das bestätigt die Tatsache, dass viele Juden wohlhabend sind und sogar auf die Regierung Einfluss nehmen können."[4]

Die AnhängerInnen von Megre nutzen die Bücher als Informationsquelle und befolgen die dort gegebenen Anweisungen zum Aufbau von Familienlandsitzen. Wie ernst die Bewegung zu nehmen ist, zeigt auch die Unterstützung durch die russische Regierung: Mehrere Lokalregierungen haben kostenlos Land für die Gründung von Familienlandsitzen zur Verfügung gestellt.

Familienlandsitze in Brandenburg

In der Familienlandsitz-Bewegung treffen sich Ökos, „Weltverbesserer", VerschwörungstheoretikerInnen und RassistInnen. Das verdeutlicht nicht zuletzt ein Beispiel aus Brandenburg. „Solide arisch leben. [...] fest verwurzelt — wie die deutsche Eiche. Deswegen, Männer: Baut ein Heim, legt einen Garten an, zeugt einen Sohn und pflanzt eine Eiche." — O-Töne im Video von Frank Willy Ludwig 2017. Ludwig ist Anastasia-Anhänger, lebt auf seinem Familienlandsitz in Liepe (Brandenburg) und ist Betreiber der Internetseite „Urahnenerbe Germania". Dort verknüpft Ludwig den Appell, „Familienlandsitze" nach Anastasia aufzubauen mit Rasseideologien und antisemitischen Verschwörungstheorien. Er stellt die Schuld Deutschlands am Holocaust in Frage, die die „vorläufigen Sieger [...] uns reindrücken", spricht von einer „Dämonkratie", in der wir leben, einem „Weltjudentum" und ersetzt die letzte Silbe von Wörtern wie Revolution und Zivilisation mit „-zion". Kleingärtner werden laut Megre die Welt retten, und so erzählt auch Ludwig von sich als Gärtner und Weltretter.

Ähnlich krude und realitätsfern beschäftigt sich Thomas Patock, der wegen Holocaustleugnung und Volksverhetzung verurteilt wurde, mit den Anastasia-Romanen. In reichsideologischer Manier möchte Patock, selbsternannter „König von Wedenland", „den Aufbau von Familienlandsitzsiedlungen innerhalb des Deutschen Reiches sowie allen weiteren Königreichen im Staatenbund der Königreiche Wedenland [fördern]". Auf der Webseite heiltheke.de verkauft er Produkte, die aus Holz, Öl oder Zedernnüssen bestehen.

Neben den oben genannten Akteuren spielen Gruppen, die bereits Land für ihre Familienlandsitz-Siedlung gekauft haben und sie nun aufbauen, eine große Rolle. Einerseits sind sie Vorzeigeobjekte in Reportagen und Fernsehsendungen, andererseits dienen bereits gegründete Siedlungen als Szenetreffpunkte. Mittlerweile existieren in Deutschland zwölf Familienlandsitze, weitere sind in Planung.

Ein Beispiel ist das Goldene Grabow, eine Familienlandsitz-Siedlung in Brandenburg, auf der 18 Menschen auf bisher 23 Hektar leben. Dort fand 2015 nicht nur ein Anastasia-Festival statt, sondern laut einem Bericht des „Blick nach rechts" auch das Sommerlager des rechtslastigen „Sturmvogel — Deutscher Jugendbund"[5]. Die Gruppe der SiedlerInnen lädt regelmäßig zu „volkssportlichen Wettkämpfen", Festspielen und esoterischen Männer- und Schwesternkreisen ein. Zu den tabak- und alkoholfreien Events im Anastasia-Vorzeigeprojekt sind auch DorfbewohnerInnen herzlich eingeladen. •

1 Das umfangreiche Dossier zur Anastasia-Bewegung ist online auf der Seite von Infosekta unter www.infosekta.ch abrufbar. **2** Wladimir Megre: „Tochter der Taiga", Govinda-Verlag 2017, S. 66. **3** In Österreich sollen etwa 25 Lais-'Schulen' 2.320 SchülerInnen in den letzten fünf Jahren unterrichtet haben. **4** Megre: „Das Wissen der Ahnen", 2016, Verlag "Die Silberschnur", S.174. **5** „Unter dem Banner des Sturmvogels", Blick nach rechts vom 25.11.2015.

BRAUNZONE

Das Arcadi-Magazin: Identitär. Rechts. Antifeministisch.

KÖLN GEGEN RECHTS – ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS

Beim Arcadi-Magazin handelt es sich um eine Publikation der Neuen Rechten mit engen Verbindungen zur „klassischen" Rechten. Die Erstausgabe des gedruckten Heftes erschien im Oktober 2017. Online ist das Arcadi-Magazin bereits seit Juni 2016 präsent. Der in Leverkusen wohnende Chefredakteur und Mitherausgeber Yannick Noé bezeichnet das Medium in einem Selbstinterview als publizistisches Projekt für unerfahrene „junge Menschen". Die Inhalte werden zu großen Teilen von sattelfesten Ideologen aus dem identitären Spektrum Deutschlands und Österreichs gestellt. Hier wird Arcadi als ernstzunehmendes „metapolitisches Projekt" gehandelt, welches sich „der „Zensur-Atmosphäre im Internet" entziehen möchte. Der leitende Redakteur Noé möchte mit Arcadi einen Beitrag zum europäischen Projekt der Neuen Rechten leisten, mit dem Ziel der „Souveränität". Dieses inflationär verwendete Schlagwort der extremen Rechten wird vielseitig gefüllt. Im rechten Internet-Netzwerk Reconquista Germanica, das im Magazin beworben wird, wird es auch als militärische Strategie verstanden. Mit Hilfe einer wirkungsmächtigen Organisationsform soll der zahlen- und ressourcenmäßig überlegene Gegner besiegt werden. Die erste Phase hierfür sei „Aufklärung".

Zu den AutorInnen des Arcadi-Magazins gehören Maximilian Kneller (AfD Bielefeld, JA NRW, Autor Blaue Narzisse), Chris Zloch alias Chris Ares (Bündnis Deutscher Patrioten, „patriotischer" Rapper) sowie AktivistInnen des Reconquista Germanica-Netzwerks und (ehemalige) Führungsfiguren der Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich, darunter Alexander Markovics (erster Vorsitzender der IB-Österreich 2013, hier u.a. Leiter der IB-AG Theorie bis 2017), der mehrfach wegen Körperverletzung verurteilte Mario Müller (Kontrakultur Halle) oder der IB-Aktivist Volker Zierke aus Schleswig-Holstein. Durch gesellschaftliche Themen wie Sport, Musik, Filme, Videospiele, Reisen und Lifestyle transportiert das Arcadi-Magazin oft unterschwellig die politische Ausrichtung ihrer Herausgeber und AutorInnen.

Den juvenil bis unbedarft-pubertierend wirkenden Artikeln wird eine größere öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. So berichtet das Vice Magazin etwa über einen Arcadi-Artikel zu Sex außerhalb des Bettes von „Fräulein Frech", während der Kölner Stadtanzeiger das Layout des Magazins als eine „Mischung aus „Bravo" und „Neon [Magazin]" bezeichnet. Zuvor hatte die Autonome Antifa Freiburg das Magazin bereits als „Nazi-Bravo für Identitäre" beschrieben.

Das Netzwerk um das Arcadi-Magazin

Publicatio e.V. ist der Verein hinter dem Arcadi-Magazin. Als Zweck des Vereins wird die Wahrnehmung kultureller und bildender Aufgaben angegeben, mit dem Ziel, die Kultur und Bildung des deutschen Volkes zu wahren und zu fördern. Dies soll neben der Herausgabe des Arcadi-Magazins mit der Durchführung von Veranstaltungen sowie der finanziellen oder personellen Hilfestellung anderer Vereine mit ähnlichen Zielen erreicht werden. Publicatio wird unterstützt von Ein Prozent e.V. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf jährlich 24 Euro festgelegt.

Publicatio wurde als eingetragener Verein von einem bundesweit vernetzten AfD-Netzwerk in Leverkusen gegründet. Die Gründungsversammlung fand am 6. August 2016 bei Yannick Noé zu Hause statt. Die weiteren anwesenden Mitglieder waren der Inhaber der Firma Media Solutions Holger Noé aus Leverkusen, Arcadi-Autor Reimond Hoffmann (Bundesvorsitzender Junge Alternative, AfD Baden-Württemberg), der als Schatzmeister gewählt wurde, sowie die beiden Rechnungsprüfer André Ufer (Bundesvorstand Junge Alternative, Vorsitzender des JA-Verbandes Dresden, 2016 noch Bezirksvorstand AfD Düsseldorf) und Dominik Amann (Stellvertretender Sprecher AfD Leverkusen). Maximilian „Max" Schmitz wurde stellvertretender Vorsitzender und Protokollant. Die Gründungsversammlung von Publicatio wurde von Zacharias Schalley geleitet. Er ist persönlicher Referent des AfD-Landtagsabgeordneten Dr. Christian Blex in NRW, Vorsitzender der Jungen Alternative Neuss (BV Düsseldorf) und JA NRW Vorstandsmitglied.

Der Macher vom Arcadi-Magazin und von Publicatio e.V. Yannick Noé, Zacharias Schalley und Maximilian Schmitz sind gleichzeitig Burschenschafter der AHB! Rhenania Salingia. Die Rhenania gehört

dem Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) an und gilt laut „Düsseldorf rechtsaußen" als „eine eindeutig dem extrem rechten Flügel [...] zugehörige Organisation, die weit über eine vermeintlich ‚unpolitische Brauchtumspflege' hinaus agiert." Alle drei sind Autoren des Arcadi-Magazins, Gründungsmitglieder des Vereins Publicatio e.V., Mitglieder in der Jungen Alternative bzw. AfD NRW und in der Campus Alternative Düsseldorf organisiert. Aus ihrem Kreis entspringt auch der Gründungsvereinsvorstand der Identitären Bewegung Deutschland, John David Haase. Yannick Noé war nach Recherchen der ARD auch auf dem Reconquista Germanica-Server aktiv.

Bei einer Mitgliederversammlung von Publicatio im Mai 2017 im Haus Fück in Leverkusen nahmen auch die Mitglieder Jens Barkemeyer (Junge Union Düsseldorf), Roland Quinten (ehemaliger Vorsitzender des Kreisverbandes der AfD Köln) und die Arcadi-Autorin Daniela Boumann-Quast (AfD Düren) teil.

Antifeminismus im Arcadi-Magazin

Im Arcadi-Magazin gibt es eine Vielzahl von Artikeln, in denen der Antifeminismus der Neuen Rechten zum Ausdruck kommt. Für die ersten beiden Ausgaben der Printversion wurde jeweils eine Aktivistin der Neuen Rechten als Covermotiv gewählt. Brittany Pettibone, US-amerikanische Autorin und Bloggerin sowie Lebensgefährtin des österreichischen Leiters der IB Martin Sellner, ist auf dem Titelbild der ersten Ausgabe. Neben ihrer Unterstützung von Donald Trump und ihrem katholischen Glauben dürfen ihre Ideale einer „moralisch gefestigten" Familie, der sie auch ihre Karriere als Aktivistin unterordnen will, im Interview nicht fehlen. Diese Einordnung der Frau als Hüterin der Familie, die für den Erhalt des Volkes zuständig ist, spiegelt hier sehr gut die Familien- und Bevölkerungspolitik der AfD wider.

Noch weitaus offensiver wirbt „Franziska" von radikal feminin für die traditionellen Werte der Familie und einen konsequenten Antifeminismus; sie ist auf dem Cover der zweiten Ausgabe mit dem irreführenden Untertitel „Liebe. Feminismus. Sexualität." zu sehen. Franziska, die laut „Tübingen Rechtsaußen" eigentlich Annika Stahn heißt, wettert in ihrem Interview mit Yannick Noé über „Feminazi-Weiber" und fordert Männer auf, sie sollten keine „Waschlappen" sein, sondern den Frauen widersprechen. Als ihr Vorbild nennt „Franziska" den US-amerikanischen Maskulinisten Jack Donovan, dessen Vortrag über sein Buch „Der Weg der Männer" sie im Institut für Staatspolitik Anfang 2017 besucht hatte.

Den Ansichten von rechten Frauen verschafft auch der Online-Artikel „Wieso sind diese Frauen in der AfD" vom 13. März 2017 Gehör. Hier werden die jungen AfD-lerinnen Alina Spiegel (JA Hamburg, schreibt auch unter dem Namen „Alina" regelmäßig für das Arcadi-Magazin), Ivonne Ilgert (JA Arnsberg/Märkischer Kreis) und Delphine Thiermann zu ihrer Position innerhalb der AfD befragt, deren Frauenanteil mit 16 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt aller anderen Parteien liegt. Neben Themen wie „Multikulti-Wahn", „Flüchtlingskrise" und „Linksextremismus" wird auch hier betont, wie wichtig die Familie als Fundament des Volkes und als Bollwerk gegen den „Gender-Mainstream" sei. Interviews und Artikel mit dem Motto „Frauen an den Herd" sind generell zentraler Bestandteil des Magazins.

Darüber hinaus haben Frauen und vor allem ihre Körper im Arcadi-Magazin fast nur eine Bestimmung: sie sind laut Noé in erster Linie „was fürs Auge". Viele Artikel — vor allem im Bereich Sexualität — sind mit Fotos von nackten Frauen versehen. Für das Arcadi-Magazin gilt wie für die gesamte Neue Rechte: Die Frau soll Mutter und somit Bewahrerin des Volkes sein oder ganz einfach als Lustobjekt fungieren. Dazwischen gibt es keinen Platz für sie. •

BRAUNZONE

Im Trend: „Alternative Geschichtsschreibung“

CHRIS HÖLTSCHI

Die Strategien, Thesen und Inhalte von revisionistischen Geschichtswissenschaftler_innen und der (Neuen) Rechten in Bezug auf altertumswissenschaftliche Fragestellungen sind bisher selten von antifaschistischer Seite thematisiert worden. Einige Aufmerksamkeit hat aber die völkische und geschichtlich oftmals komplett falsche Rezeption von neuheidnischen und neonazistischen Reenactgruppen hervorgerufen[1]. Im Unterschied zur Neueren Geschichte, in der klassische rechte Themen wie die deutsche Kriegsschuldleugnung, der Klimawandel, die „Lügenpresseforschung“ oder die Globalisierung zur Legitimierung des völkischen Weltbildes behandelt werden, scheint die Antikenforschung auf den ersten Blick weniger dafür geeignet zu sein. Einige Bestrebungen diesbezüglich sind aber leider zu konstatieren.

Der Offensichtliche

Ein Beispiel dafür ist das von Andreas Vonderach[2] 2017 im Antaios-Verlag[3] erschienene Buch „Gab es Germanen? — eine Spurensuche“. Der Autor betreibt unter dem Label „Anthropologie“ kaum versteckte „Rassen“forschung und will den naturverbundenen, blonden Germanen als Vorläufer des deutsches Volkes rehabilitieren. Der angeblich von kriegerischem Verhalten geprägte Umgang der Germanen gegen die Römer soll als Vorbild für die heutigen Deutschen im Kampf gegen die „radikal egalitäre Ideologie des Zeitgeists“ dienen.

Diese offen völkische Arbeit kommt durchaus im Gewand einer formal wissenschaftlichen Abhandlung daher, dürfte aber eher ein kleines Publikum bedienen, das ohnehin bereits über ein geschlossen rechtes Weltbild verfügt. In der (pseudo) archäologischen Literatur gibt es viele Anknüpfungs- und Überschneidungsgebiete mit rechten Inhalten, indem rechte Topoi aufgegriffen werden.

Die Germanen galten in der völkischen Ur- und Frühgeschichtsforschung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs für viele als direkte Vorgänger des deutschen Volkes. Als dieses Geschichtsbild ab 1935 von der SS-Abteilung „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe“ mit staatlicher Förderung[4] propagiert wurde, beteiligten sich Archäologen fleißig an der Rekonstruktion des „blauäugigen, blonden, langschädeligen“ Germanen.

Die Wirksamen

Im Gegensatz zu Vonderach verzichten andere Akteure wie Erich von Däniken, Gunnar Heinsohn und Heribert Illig auf explizit politische Aussagen. Sie erreichen jedoch eine beachtliche Reichweite und verbreiten Verschwörungstheorien im großen Stil. Sie betreiben eine Art „alternative Geschichtswissenschaft“.

Der Schweizer Erich von Däniken[5], geboren 1935, gilt als prominentester Vertreter der Präastronautik. Deren Kernthese ist die Annahme, dass alle Götter in der Antike eigentlich Außerirdische waren. Nur durch die Anwesenheit dieser „Götterastronauten“ konnten Hochkulturen entstehen. Die Bücher von Dänikens werden seit 2006 beim rechten Kopp Verlag[6] vertrieben. Die Auflage seines Gesamtwerkes hat mittlerweile 72 Millionen Exemplare[7] erreicht, die in über 30 Sprachen übersetzt wurden. Diese Publikationen von Dänikens sind sehr gut konsumierbar: eine Mischung aus Abenteuerroman, Reisebeschreibung und Altherrenwitzen. Nach seiner Theorie hat sich die Menschheit nicht durch Evolution, sondern einzig und allein durch das Eingreifen außerirdischer Wesen entwickelt. Dies sei so offensichtlich, dass eine groß angelegte Vertuschungsaktion von etablierter Wissenschaft, CIA und anderen vorliegen müsse. Weil sich das offenbar gut vermarkten lässt, wird von Däniken in viele Talkshows eingeladen. Er produziert TV-Dokumentationen und Bücher, veranstaltet Vortragstourneen und präastronautische Mittelmeerkreuzfahrten, um die Menschheit aus dem Unwissen zu führen und von der Existenz von Aliens zu überzeugen.

Ein anderes Beispiel pseudogeschichtswissenschaftlicher Literatur ist die sogenannte Chronologiekritik. Am bekanntesten sind Dr. Heribert Illig (Germanist) und Prof. Dr. Gunnar Heinsohn, ein emeritierter Professor für Sozialpädagogik. Beide postulieren die Erfindung bzw. das Nicht-Vorhandensein bestimmter Zeiträume in der Vergangenheit. Durch die massenmediale Verbreitung in auflagenstarken Büchern, via TV und YouTube haben ihre Thesen große Resonanz erhalten. Gegendarstellungen und kritische Stimmen, die mit den archäologischen Zeugnissen aus den entsprechenden Zeitspannen die Argumentation problemlos entkräften, werden in den aufwendig produzierten TV-Dokus selbstverständlich nicht erwähnt.

Illig vertritt die These, dass 300 Jahre im Mittelalter erfunden wurden; Heinsohn spezialisiert sich hingegen auf den Alten Orient und meint, die Sumerer seien ein Produkt der Fantasie moderner Forschung. Die Argumentationsmuster laufen ungefähr nach folgendem Schema ab: viele his-

Dänikens außerirdische Landebahn:
Die Nazca-Linien in Peru.

torische Epochen sind entweder schon in der Vergangenheit oder von modernen Wissenschaftler_innen schlichtweg erfunden worden. Seien es die Sumerer in Mesopotamien, oder Karl der Große: Alles Lüge!

Bei all den inhaltlichen Unterschieden und Widersprüchlichkeiten lassen sich jedoch auch Gemeinsamkeiten feststellen. Die Akteure inszenieren sich als ehrliche Menschen auf dem Kreuzzug gegen den Mainstream. Da der Zeitgeist den gesunden Menschenverstand unterdrücken würde, liegt es an ihnen, unterdrücktes Wissen offenzulegen. Als Drahtzieher der Desinformation werden dunkle Mächte, Geheimdienste und Wissenschaftler_innen, die um ihre Pfründe bangen, ausgemacht.

Über diese krude, allen Verschwörungstheorien innewohnende Argumentation sowie die inhaltliche wie formale Abgrenzung zu wissenschaftlichen Institutionen wird eine „Gegenwissenschaft" konstruiert. Die Diskurse der Impfgegner_innen und Homöopathiefans weisen starke Analogien auf. Überschneidungen und Parallelen zur „fake news"-Debatte und zur Selbstinszenierung der AfD sind offensichtlich. Es wird eine pseudowissenschaftliche Parallelwelt geschaffen, die analog zu „alternativen" Nachrichtenangeboten, über die Geschichtsschreibung funktioniert.

Die „alternative" Geschichtswissenschaft hat ein ambivalentes Verhältnis zur etablierten Wissenschaft. Je nach eigenem Standpunkt werden publizierte Forschungsergebnisse ignoriert oder zur Untermauerung des eigenen Arguments benutzt. Wissenschaft wird oft aber als Mittel der ideologiegeleiteten 68er-Generation zur Manipulation des Volkes zum Wohle internationaler Konzerne aufgefasst. Selbstverständlich stellen die genannten Akteure sich selbst als ideologiefrei dar. Ideologie wird als Werkzeug des behaupteten linken Mainstreams präsentiert, während man selbst lediglich nach dem „gesunden Menschenverstand" forscht und handelt.

Fazit

Rechte Parallel- und Wahrnehmungswelten mit wenigen Überschneidungspunkten zu anderen Diskursen waren zwar stets existent, scheinen es aber mittlerweile aus ihren Nischen heraus in den Mainstream zu schaffen. Im Gegensatz zu den frühen siebziger Jahren regt sich aus der wissenschaftlichen community kaum noch öffentlicher Widerspruch. So war Däniken zuletzt im Herbst als Referent in den Räumen der Universität der Künste angekündigt. Neben dieser Massenverbreitung ist nicht zuletzt auch durch die AfD zukünftig mit einer verstärkten Aktivität und Rezeption völkischer Wissenschaft zu rechnen[8]. •

1 AIB Nr. 112, „Living History" **2** Geboren 1964, lebt in Oldenburg und ist Historiker. Er publiziert in der Jungen Freiheit, Sezession, im Ares-Verlag und im Verlag antaios. **3** AIB Nr. 117, Rechte Inszenierung auf der Frankfurter Buchmesse und AIB Nr. 114, Antifeministische Verschwörungsideologien **4** Ideologisch gegenläufig agierte das „Amt Rosenberg", das eher einen Fokus auf das antike Griechenland und Rom legte. Allgemein lässt sich sagen, dass es im NS kein konsistentes Geschichtsbild gab. Grob skizziert bezog sich Hitler auf die römische Geschichte, Albert Speer auf Griechenland und Heinrich Himmler auf die Germanen (siehe z.B „Der Nationalsozialismus und die Antike" von Johann Chapoutot 2014).
5 https://jungle.world/artikel/2017/46/doeneken-mit-daeniken **6** AIB Nr. 95, Quatsch mit brauner Soße **7** Eigenangabe Jan. 2018 **8** z.B. Karl Banghard/Jan Raabe: Germanen als geschichtspolitisches Konstrukt der extremen Rechten (2016) In: Hans-Werner Killguss, Martin Langebach, Opa war in Ordnung. Erinnerungspolitik der extremen Rechten (Köln 2016)

ANTIFA

Nach der Fukushima-Katastrophe im Jahr 2011 kam es in Japan zu einem Wiedererstarken der linken Szene. Im Zuge dessen konnten sich auch antifaschistische Gruppen verbreiten — für Japan ein Novum.

Osanpo (Spaziergänge)

GREGOR WAKOUNIG

„Für den Wiederaufbau eines schönen und stolzen Japans" — so lautet der Wahlspruch der „Nihon Kaigi" („Japan-Konferenz"), ein im Jahr 1997 gegründetes extrem rechtes, ultranationalistisches Netzwerk von religiösen, wirtschaftlichen und politischen Eliten. Gewettert wird gegen Linke, Homosexuelle, Ausländer_innen, Feminismus und ganz unmissverständlich wird ein Japan wie vor 1945 herbeigewünscht. Über ein Drittel aller japanischen Parlamentsabgeordneten gehören der „Nihon Kaigi" an, japanweit sind es über 30.000 Mitglieder. Premierminister Shinzo Abe fungiert als Sonderberater der „Nihon Kaigi". Dadurch wird deutlich, dass Japan schon allein auf parlamentarischer Ebene ein „Rechtsextremismusproblem" hat.

Es verwundert daher nicht, dass in einem solchen Klima auch die außerparlamentarische Rechte an Zulauf gewinnt. Schon seit Jahrzehnten gibt es hunderte extrem rechter Kleinstgruppen, die mit ihrem Auftreten in Fantasieuniformen und den Verbindungen zur Yakuza, der japanischen Mafia, nur allzu oft als Parodie ihrer selbst angesehen werden.

Weitaus einflussreicher und agiler ist da die „Bürgerbewegung gegen die Sonderrechte der koreanischen Minderheit", international besser bekannt unter dem japanischen Kürzel „Zaitokukai". Im Jahr 2007 aus der Gruppe „Konservativismus in Aktion" hervorgegangen, agitierte die Zaitokukai anfangs gegen Gesetze zum Schutz der koreanischen Minderheit, welche in ihren Augen Privilegien und Sozialbetrug darstellen. Im Laufe der Zeit wurden auch Illegalisierte und Linke zu Angriffszielen. Japanweites Aufsehen erregten etwa Zaitokukai-Kundgebungen vor koreanischen Minderheitenschulen, wobei die Schüler_innen als Kakerlaken beschimpft und ihnen der Tod gewünscht wurde.

Was die Zaitokukai von anderen neofaschistischen Kleinstgruppen unterscheidet, ist ihre relativ professionelle Internetpräsenz. Der Gründer, Makoto Sakurai, war schon Anfang der 2000er Jahre eine Internetprominenz in einem der größten japanischen Internetforen („2channel"), wo er als extrem rechter Kampf-Poster auffiel und daraufhin sogar zu Talkshows im japanischen und koreanischen(!) Privatfernsehen eingeladen wurde.

Was im Westen als „Alt Right" bekannt ist, also einer Rechten, die ihre Wurzeln (auch) in anonymen Foren wie etwa 4chan.org[1] hat, welches nach Vorbild des japanischen „2channel" ins Leben gerufen wurde, ist in Japan schon seit Ende der 1990er Jahre unter dem Namen „Netz-Rechte" (Netto Uyo) weit verbreitet. So gesehen ist die Zaitokukai die erste erfolgreiche Ausformung extrem rechter Nerds zu einer ernstzunehmenden Bewegung.

Im Jahr 2016 kandidierte Makoto Sakurai für das Amt des Tokyoter Bürgermeisters und kam mit etwas mehr als 100.000 abgegebenen Stimmen auf völlig überraschende 1,74 Prozent. Aufgrund dieses Erfolges wurde anschließend die extrem rechte „Japan First Party" gegründet, der Sakurai vorsteht.

C.R.A.C.

Im August 2012 hielt die Zaitokukai erstmals eine Demonstration mit einigen hundert TeilnehmerInnen im Tokyoter Stadtteil Shin Ōkubo ab, der als „Koreatown" Japans gilt. Im Anschluss an den Aufmarsch zerstreuten sich zahlreiche RassistInnen in die Seitengassen des Bezirks und starteten Angriffe auf koreanische Restaurants und Geschäfte. Diese Übergriffe wurden zynisch als „Osanpo" (japanisch für „Spaziergang") bezeichnet.

Die erste antifaschistische Reaktion darauf war ein Twitter-Shitstorm vor allem von Teenagerinnen, die Fans von kommerziellem koreanischen Pop, des sogenannten „K-Pop", waren. Für diese jungen Frauen ist Shin Ōkubo wegen seiner zahlreichen K-Pop-Geschäfte und Events ein beliebtes Ausflugsziel. Diese Reaktion bewog den alteingesessenen linksradikalen Anti-Atom-Aktivisten Yasumichi Noma dazu, die sogenannte „RassistInnen-Vermöblungs-Truppe" zu gründen. Es wurden eigene antifaschistische „Spaziergänge" organisiert, deren Ziel es war, den RassistInnen der Zaitokukai notfalls auch durch körperliche Gewalt Einhalt zu gebieten.

Was als antifaschistischer Selbstschutz in Tokyo begann, wurde schnell zur größten autonomen antifaschistischen Gruppe Japans. Es erfolgte die Umbenennung in „Counter-Racist Action Collective" (C.R.A.C.) und auch außerhalb von Tokyo wurden Ableger gegründet. Im Ausland lebende Japaner_innen gründeten etwa in Paris, London und den USA eigene Zweigstellen.

Die Aktivitäten reichten bald über die „Spaziergänge“ hinaus. Heutzutage organisiert C.R.A.C. antirassistische Seminare und vertreibt sogar ein antifaschistisches Modelabel. Viel Energie wurde auch in die Kulturarbeit investiert. In Kooperation mit Künstler_innen aus der alternativen Szene, darunter etwa die international bekannte linksradikale Folkpunk-Band „Soul Flower Union“, wurden Antifa-Sampler verlegt sowie Konzerte, Filmabende und Ausstellungen organisiert. Heutzutage ist C.R.A.C. eine japanweit agierende, fast schon professionell arbeitende Gruppe, die zu einer der einflussreichsten Gruppen der japanischen autonomen, radikalen Linken gehört.

Es muss ein Beben geben

Nach den Ereignissen in Shin Ōkubo, welche insbesondere in den sozialen Netzwerken breit diskutiert wurden, gab es einen enormen Anstieg antifaschistischen Engagements in Japan. In den meisten größeren Städten Japans gibt es mittlerweile zumindest eine Antifa-Gruppe, manche davon sind C.R.A.C.-Ableger, andere organisieren sich abseits davon. Zwar gab es auch schon vor 2013 eine Vielzahl orthodox-kommunistischer K-Gruppen, die sich den Antifaschismus ebenfalls auf ihre Fahnen schrieben. Jedoch wirken diese mit ihrer hierarchischen Organisationsform und der altmodischen Sprache insbesondere auf junge Japaner_innen wie ein Relikt aus den 1960er und 70er-Jahren. Eine Zeit, die zwar von einem enormen militanten Aktivismus geprägt war, aber auch mit dem Trauma blutiger innerlinker Grabenkämpfe, dem Terrorismus der japanischen RAF und der damit einhergehenden extremen Polizeirepression verbunden wird. Die radikale Linke, insbesondere deren undogmatischer Teil, war seit den 1980er Jahren kaum mehr auf der Straße präsent. Von den Massenprotesten der 60er und 70er Jahre blieben nur noch kleinste Reste zurück. Waren vor Jahrzehnten ziviler Ungehorsam und Militanz Teil linker Demonstrationskultur, schrumpfte das Aktionspotential danach auf „Latschdemos“ zusammen.

Als die hedonistisch-anarchistische Gruppe „Aufstand der Amateure“ (Shirōto no Ran) einige Wochen nach der Fukushima-Katastrophe in Tokyos alternativem Stadtteil Kōenji den zaghaften Versuch einer Anti-Atom-Demonstration wagte, erschienen statt der 200 üblichen Verdächtigen 15.000 Leute.

Die Demonstration sollte nur ein Vorgeschmack dafür sein, was noch kommen sollte. Aus dieser neuen Anti-Atom-Bewegung, die japanweit hunderttausende Menschen auf die Straße brachte, entstand die erste massenwirksame linke Student_innenbewegung, in der die Gruppe „SEALDs“ (Students Emergency Action for Liberal Democracy) eine maßgebliche Rolle in Sachen Mobilisierung und diskursiver Zielsetzung spielte.

Die Themen waren nun nicht mehr „nur“ Atomanlagen, sondern auch die Versuche der Regierung, die Verfassung dahingehend zu ändern, dass Japan wieder Angriffskriege führen darf. Als im Sommer 2015 erstmals seit den 1960er Jahren wieder 200.000 Menschen vor dem japanischen Parlament protestierten, war klar, dass die Linke in Japan langsam wieder auf die Beine kommt.

Gruppen wie C.R.A.C. und zahlreiche andere antifaschistische Initiativen sind ein direktes Produkt dieser neuen Bewegungen. Inhaltlich wird sich nicht mehr allein auf den Kampf gegen die extreme Rechte beschränkt, sondern mittlerweile die ganze Palette des linken Forderungskatalogs vom Antifaschismus bis hin zu Modernisierungen des Arbeitsrechts abgedeckt. Auch in Sachen Aktionsformen ist die Bewegung selbstbewusster geworden. Nicht nur, dass eine Zaitokukai-Demonstration kaum noch ohne linken Protest abläuft, auch Straßenblockaden gehören mittlerweile zum antifaschistischen Repertoire.

Japan mag, wie Ostasien im Allgemeinen, zwar außerhalb des Blickfeldes der allermeisten westlichen Aktivist_innen liegen. Leider ist jedoch auch dort der Rechtsruck in vollem Gange, der mit Kriegsrethorik und nationalistischer Hetze sowohl auf parlamentarischer Ebene als auch auf der Straße durch extrem rechte Gruppen wie der Zaitokukai seinen Ausdruck findet. Für eine Linke, der ein Inter-, beziehungsweise Antinationalismus ein Anliegen ist, böte sich ein Blick nach Japan also definitiv an. Oder, um es auf Japanisch zu sagen: Yarimashou ka? — Gehen wir's an? •

Gregor Wakounig studiert Japanologie in Wien und forscht zur japanischen Linken

1 2003 gründete der 15-jährige Teenager Christopher Poole ein sogenanntes Imageboard namens 4chan.org, also ein Forum, in dem Nutzer anonym posten können und das bis heute über 22 Millionen Besucher pro Monat zählt.

RASSISMUS

Das Urteil gegen Ahmed H. in Ungarn und weitere Fälle von Strafjustiz gegen Geflüchtete

Mit aller Härte den Widerstand brechen

BRITTA RABE, KOMITEE FÜR GRUNDRECHTE UND DEMOKRATIE

Das Urteil kam überraschend. Niemand hatte bereits an diesem Tag damit gerechnet, selbst Ahmed H., der Angeklagte, nicht. Sieben Jahre Haft wegen „illegalen Grenzübertritts als Teil einer Gruppe" und „Terrorismus". Ahmed H. ist der letzte von ursprünglich elf Geflüchteten, den „Röszke 11", die in Ungarn im September 2015 am Grenzübergang Röszke willkürlich festgenommen wurden und über viele Monate inhaftiert waren. Ahmed H. nahm das Urteil vom Übersetzer regungslos zur Kenntnis, sehr zum Verdruss der Medien: Staatstreue Medien hatten ihre Kameras auf sein Gesicht gerichtet, um den emotionalen Moment in Bild und Ton in Nahaufnahme festzuhalten.

Sieben anstatt zehn Jahre Gefängnis: drei Jahre weniger als im ersten Urteil. Als „Terrorismus" galt für Staatsanwalt und Gericht zunächst, dass Ahmed H. angeblich Polizeieinheiten unter Druck gesetzt hatte. Er soll gedroht haben, die Menschen würden das geschlossene Tor durchbrechen, wenn die Polizei es nicht öffnete. Dieser Vorwurf wurde im nun beendeten Prozess durch Videoaufnahmen widerlegt — doch als „Terrorist" gilt Ahmed H. weiterhin. Die Verteidigung hatte hervorgehoben, der syrische Mann habe seine Familie auf der Flucht von der Türkei über die Balkanroute begleiten wollen und am Grenzübergang Röszke — wie viele andere auch — gehofft, das Grenztor zwischen Serbien und Ungarn würde nicht endgültig geschlossen bleiben. Die emotionalen Reaktionen Ahmeds und anderer Menschen waren der angespannten Situation am 16. September 2015 geschuldet, Ahmed H. selbst sei keinerlei Aggression gegen die Polizei nachzuweisen. Der Staatsanwalt hatte im Gegenteil betont, der gesamte Kontext, also der Grund für die Anwesenheit Ahmeds und seiner Familie an der Grenze, zähle nicht. Weder galt für ihn die Not, in der die Menschen am Grenzübergang Röszke nach langer Reise damals feststeckten, noch die zurückliegenden Strapazen ihrer Flucht nach Europa; weder die aufgeladene Situation an der Grenze, noch die Polizeigewalt gegenüber den Wartenden. Die ungarischen Polizeibeamt*innen, die die Menschen am geschlossenen Grenzübergang Röszke brutal und mit Tränengas angriffen, hätten in der gesamten Situation stets richtig gehandelt. Die Polizei zu provozieren sei die eigentliche Absicht Ahmeds in Röszke, sein Ziel, (illegal) Ungarn zu durchqueren, sei in all' seinen „Taten" ablesbar gewesen.

Der Richter sprach das Urteil nach der Mittagspause, direkt nach den Plädoyers von Staatsanwalt und Verteidigung. Es musste offenbar nicht einmal offiziell der Anschein gewahrt werden, die Plädoyers würden in das Urteil miteinbezogen. Die Entscheidung des Gerichts wäre überlegt und abgewogen.

Das Urteil heißt für Ahmed H. weitere 4,5 Jahre im ungarischen Gefängnis — in weitgehender Isolation. Essen und Hofgang haben allein zu erfolgen. Seit einigen Monaten hat Ahmed H. immerhin in der Zelle Gesellschaft: Er bekommt stets einen der wenigen Arabisch sprechenden Häftlinge dazu und bisher hatte er Glück — die Zellengenossen sind angenehm. Das gilt jedoch nicht für alle Personen im Gefängnis: Bei den monatlichen Besuchen von Unterstützer*innen der Kampagne „Freiheit für die Röszke 11" hält sich Ahmed mit Kritik über seine Situation noch zurück. Als ihn aber einmal ausnahmsweise keine Glasscheibe von seinem Gegenüber trennt und das Gespräch nicht über ein Telefon erfolgt, berichtet er leise von Schlägen und von rechten Aufsehern im Gefängnis, wobei er sich ständig vergewissert, ob nicht doch irgendwo ein kleines Mikrophon ihr Gespräch überwacht — Ahmed H. weiß inzwischen, wie es im Gefängnis funktioniert.

Das staatliche Narrativ

Die Geschehnisse vom 16. September 2015 am Grenzübergang Röszke sorgen in Ungarn bis heute für Schlagzeilen. Die offizielle Erzählung lautet stets identisch von der bedrohten Sicherheit Ungarns durch Migration und Terrorismus sowie die Verteidigung des Landes durch die heldenhafte ungarische Polizei, die in der „Schlacht von Röszke" schließlich die Oberhand behielt. Polizeigewalt ist kein Thema.

Ein anders gearteter „Terrorakt" erhielt in Ungarn niemals eine vergleichbare Aufmerksamkeit: Am 24. September 2016, nur eine Woche vor Viktor Orbáns nationalem Referendum über die Übernahme von Geflüchteten nach der EU-Flüchtlingsquote, hatte eine Nagelbombe im Zentrum von Budapest auf dem Teréz Boulevard zwei Streifenpolizisten schwer verletzt. Vermutete man zunächst einen islamistischen Anschlag, wurde einige Tage später ein junger ungarischer Mann verhaftet. Er gab die Tat später zu. Danach blieb es lange Zeit still um diesen Fall. Der Prozess gegen den wegen Terrorismus angeklagten László P. läuft seit Dezember 2017. Einen politischen Hintergrund hat der Sohn eines Polizeibeamten laut ungarischer Medienberichte angeblich nicht. Es wird berichtet, er sei psychisch instabil.

Geflüchtete auf der Anklagebank

Der Prozess gegen Ahmed H. wird bald in die zweite Instanz gehen, denn sowohl der Staatsanwalt als auch die Verteidigung sind in Berufung gegangen. Ein milderes Urteil ist jedoch nicht zu erwarten, genauso wenig wie eine frühere Entlassung, die theoretisch nach zwei Dritteln der Haftzeit möglich ist. Nach dem erneuten Wahlerfolg Orbáns im April 2018 ist in Ungarn auf einen Diskurswechsel nicht zu hoffen. Orbáns enge Freunde Horst Seehofer und Alexander Dobrindt machen aktuell auch in Deutschland vor, wie die Antwort auf etwaigen Widerstand von Geflüchteten gegen ihre Lebensbedingungen auf der Flucht und später in deutschen Lagern zu lauten hat. Die staatliche Machtdemonstration auf die versuchte Verhinderung einer Abschiebung in Ellwangen hat dies zuletzt eindrücklich gezeigt.

Auch in anderen Ländern reagiert der Staat mit Härte. In Griechenland wurden gerade 32 Personen verurteilt, die im letzten Jahr mehrfach vor dem Europäischen Asylbüro (EASO) auf der Insel Lesbos gegen ihre unwürdigen Lebensbedingungen demonstriert hatten. Seit Monaten zu Perspektivlosigkeit verdammt, hatten sie gefordert, endlich auf das griechische Festland weiterreisen zu dürfen. Seit dem Erdoğan-Deal vom März 2016 ist nicht nur das dortige Lager Moria hoffnungslos überfüllt, da die Menschen nicht auf das griechische Festland transferiert werden. Erst vor kurzem hat das oberste Gericht Griechenlands angewiesen, dass Geflüchtete nicht mehr auf den Inseln festgehalten werden dürfen.

Beobachter*innen und Beschuldigte berichteten im Anschluss an die Proteste im Juni 2017 auf Lesbos von massiver Polizeigewalt: Im Lager Moria wurden mehrere Menschen verletzt und willkürlich Personen aus der afrikanischen Community festgenommen. Ohne konkreten Tatnachweis wurden wegen angeblicher Verletzung eines Polizeibeamten 32 von ihnen zu 26 Monaten Haft verurteilt.

Mit den „Petrou Ralli 8" sind aktuell außerdem acht Geflüchtete in der Athener Abschiebehaftanstalt „Petrou Ralli" angeklagt. Sie wurden in ihren Zellen geschlagen, nachdem sie nach dem Anstaltsleiter verlangt hatten. Nach vielen Monaten in Haft wollten sie lediglich erfahren, wie lang sie dort noch festgehalten werden.

In Bulgarien steht derzeit ebenfalls gleich eine ganze Gruppe vor Gericht: Bei den „Harmanli 21" handelt es sich um 21 afghanische Männer, die sich im Dezember 2016 an Protesten gegen die unbefristete Ausgangssperre in einem Lager in der Stadt Harmanli an der türkisch-bulgarischen Grenze beteiligten. Die Ausgangssperre war aufgrund der Forderungen rechter Nationalisten verhängt worden, die schon länger gegen das Lager mobilisierten und Gerüchte über dort angeblich grassierende Krankheiten verbreiteten. Der Protest der Gefangenen gegen ihre Internierung wurde von einer Spezialeinheit der Polizei mit Gewalt unter Kontrolle gebracht, zahlreiche Lagerinsassen erlitten schwere Verletzungen.

Röszke, Moria, Ellwangen: Kollektive Gegenwehr von Geflüchteten wird stets hart bestraft, denn widerständige Solidarisierung und Kontrollverlust fürchtet der Staat am meisten. Es bleibt unsere Aufgabe, dem geltenden nationalen Narrativ vom „Flüchtling als Gefährder" unsere Perspektive von der Realität einer Gesellschaft der Vielen entgegenzusetzen und die vielfältigen Kämpfe für Bewegungsfreiheit und gegen das unmenschliche Grenzregime als legitimen Widerstand zu etablieren. •

RASSISMUS

Fake-News in Ellwangen

„Schlag ins Gesicht der rechtstreuen Bevölkerung"?

CHRISTIAN JAKOB

■ Das The Voice Refugee Forum überschlug sich fast vor Begeisterung. „A Very Big SALUTE to the Refugee Resistance in Ellwangen", schrieb die älteste Flüchtlingsorganisation Deutschlands. „Mit einer starken und kraftvollen Faust in den Himmel, begrüßen wir die Tapferkeit und den Mut unserer Mitflüchtlingsbrüder und -schwestern, um die gefühllose und unmenschliche Abschiebung eines togolesischen Flüchtlings zu verhindern und sein Recht auf Menschenwürde zu verteidigen." Die zweiseitige Erklärung schloss mit „Lang lebe der Widerstand!!!" Und The Voice waren nicht die einzigen. Praktisch die gesamt antirassistische Szene hatte sich gleichsam über Nacht in einen Fanclub der widerspenstigen Flüchtlinge in der baden-württembergischen Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) Ellwangen verwandelt. Zwei Tage nachdem das Voice-Papier kursierte, hatte eine Delegation aus Ellwangen einen bejubelten Auftritt bei der „Welcome United-„Konferenz des Migrationsforschernetzwerks „kritnet" in Göttingen.

In einer Zeit, in der sich Staat und RechtspopulistInnen gegenseitig täglich zu neuen Vorschlägen zur Asylrechtsverschärfung anstacheln, hatten sie so etwas wie Hoffnung verbreitet: Darauf, dass praktische Solidarität auch unter Bedingungen des Lagers möglich ist. Dass der Name des kleinen Städtchens zum Symbol für die jüngste Asyldebatte wurde, ist nur vor dem Hintergrund der Schwierigkeiten zu verstehen, vor denen die Große Koalition und der Innenminister Horst Seehofer stehen.

Der hatte Abschiebungen zum Kernthema seines Wirkens erkoren. Ein Weg dazu sollen die so genannten Anker-Zentren sein — zentrale Abschiebelager, in denen alle ankommenden Flüchtlinge kaserniert werden — etwa so, wie in Ellwangen. Tatsächlich aber will kaum ein Bundesland solche Zentren und selbst die Gewerkschaft der Polizei hat sich massiv gegen die Zentren gestellt: „Menschen, die Schutz suchen und nach Deutschland kommen, die nichts anderes an verwerflicher Tat vorzuweisen haben als einen unerlaubten Grenzübertritt, nach dem Verwaltungsrecht festzusetzen, zu verorten, festzuhalten oder — wenn man es extrem ausdrücken will — zu inhaftieren, ist mit der gültigen Verfassung nicht in Einklang zu bringen," sagte der GdP-Vize Jörg Radek beim DGB-Bundeskongress Mitte Mai in Berlin.

Der beste Weg, um die Öffentlichkeit dennoch davon zu überzeugen, dass kasernenartige Großlager der beste Verwahrungsort für ankommende Flüchtlinge sind, ist es, diese als gefährlich darzustellen. Und da kam Ellwangen ins Spiel.

Die Geschichte nahm ihren Anfang am Montag, dem 30. April, um 2.30 Uhr in der Nacht. Vier Beamte waren in die LEA gekommen, um den 23-jährigen Togoer Yusif O. abzuholen. Etwa 150 BewohnerInnen der Einrichtung bedrängten die Beamten so sehr, dass diese den Togoer wieder laufen ließen und sich zurückzogen. Zwei Tage später, am Mittwoch, veröffentlichte das zuständige Polizeipräsidium Aalen eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Abschiebung aus der LEA mit Gewalt verhindert". Am nächsten Morgen rückten hunderte Polizisten, schwer bewaffnet und maskiert, darunter Spezialeinheiten, am Morgen um 5.15 Uhr zu einer Razzia in der LEA ein.

Sie nahmen den Gesuchten fest, kontrollierten 292 Bewohner der Einrichtung, leiteten zwölf Ermittlungsverfahren ein und beschlagnahmten bei 18 Personen „erhöhte Bargeldbestände, die über der Selbstbehaltsgrenze von 350 Euro lagen". Elf Bewohner wurden nach Polizeiangaben bei der Aktion verletzt. Zwei seien aus dem Fenster gesprungen. Die Übrigen hätten „Widerstand geleistet", der „gebrochen werden musste", so ein Polizeisprecher.

Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann dankte nach der Razzia der Polizei, die „mit der erforderlichen Konsequenz und Härte reagiert hat". Selbst der Deutschland-Repräsentant des UN-Flüchtlingswerks UNHCR, Dominik Bartsch, sagte, er „verurteile den Angriff auf die Polizisten scharf". Die dpa schrieb um 08.24 Uhr, es seien „drei Polizeibeamte leicht verletzt" worden. Auf Nachfrage der taz erklärte die zuständige dpa-Redakteurin, die Information sei „nicht von der Polizei", aber „aus Polizeikreisen" gekommen. Dies war der Stand, den die Öffentlichkeit kannte, als Seehofer an jenem Vormittag seine länger geplante Pressekonferenz gab. Dort stellte er seinen „Masterplan Migration" vor, dessen Kernpunkt die umstrittenen Ankerzentren sind. Er kam dann schnell auf Ellwangen zu sprechen. Dass die Razzia nötig war, sei „ein Schlag ins Gesicht der rechtstreuen Bevölkerung", sagte er. Besser hätten die Ereignisse aus Seehofers Sicht wohl kaum zusammenpassen können.

Foto: Aktion Bleiberecht Freiburg

Ellwangen, 9. Mai 2018: Demonstrant_innen fordern: „Stop Police Violence".

Doch die Behörden haben die Vorgänge wohl deutlich dramatischer dargestellt als sie waren. Später sagte ein Sprecher der Polizei Aalen der taz, es sei lediglich ein Beamter „verletzt" worden. Dies sei „nicht durch Dritte, ohne Fremdeinwirkung" geschehen. Von dem Vorwurf der „Angriffe" und „Gewalt" war nicht mehr viel übrig.

Offenbar um die Massivität des Einsatzes zu rechtfertigen, hatte die Polizei, während dieser lief, erklärt, auch nach Waffen zu suchen. Es habe bei der „aggressiven Ansammlung" in der Nacht zum Montag „ernst zu nehmende Aussagen" gegeben, dass man „sich durch Bewaffnung auf die nächste Polizeiaktion vorbereiten wolle".

Gefunden worden seien jedenfalls „keine Waffen im technischen und nicht-technischen Sinne". „Gefunden wurden Gegenstände des täglichen Lebens, die auch als Schlagwerkzeuge eingesetzt werden können", so der Sprecher. Die Äußerung von Baden-Württembergs CDU-Innenminister Thomas Strobl, es „steht im Raum, dass künftige Abschiebungen auch unter dem Einsatz von Waffengewalt durch widerständige Flüchtlinge verhindert werden sollen", war da allerdings längst von mindestens acht überregionalen Medien verbreitet worden. „Flüchtlinge wollten sich bewaffnen", berichtete etwa die Welt.

Dass bei dem Vorfall am Montag „Polizisten persönlich attackiert worden seien, solche Berichte kenne ich nicht", sagt der migrationspolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, Daniel Lede Abal. Es sei eine „kluge Entscheidung" gewesen, den Einsatz abzubrechen, um zu „deeskalieren". Doch: „Aus juristischer Sicht ist Nötigung auch eine Form von Gewalt."

Kurz darauf gingen die Flüchtlinge an die Öffentlichkeit. „Die Medien haben ein Bild von uns als Gewalttäter und Kriminelle gezeichnet", sagte Mfouapon Alassa aus Kamerun bei einem Aktionstag der Flüchtlinge. Etwa zehn Abschiebungen habe er bislang persönlich mitbekommen, immer mitten in der Nacht. „Aber es war immer friedlich", sagt Alassa. Bis zu jener Nacht auf den 30. April. „Wir wurden wach durch die Schreie", sagt er. Im Pyjama sei er auf den Vorplatz getreten. Der Togoer, den die Polizei da abschieben wollte, habe mit Handschellen gefesselt neben dem Polizeiauto gestanden und geschrien. Etwa 40 weitere Bewohner seien, wie Alassa, durch die Schreie geweckt worden, alle im Pyjama oder Trainingsanzug.

Die Polizei hatte von etwa 150 Schwarzafrikanern gesprochen, die sich „zusammengerottet" hätten. Alassa weist diese Zahl entschieden zurück. „Wir haben der Polizei gesagt, sie sollen ihn gehen lassen." Es seien „nur Worte" benutzt worden, sagt er, keine Gewalt. Tatsächlich hätten sich die Beamten etwa fünf Minuten, nachdem er aus dem Haus getreten war, zurückgezogen. „Dabei haben sie nichts weiter gesagt." Den Togoer hätten die Beamten in Handschellen gefesselt zurückgelassen. Nach etwa anderthalb Stunden sei ein Angestellter des Lager-Sicherheitsdienstes gekommen. Die Polizisten hätten ihm den Schlüssel für die Handschellen gegeben. „Der Togoer ist dann in sein Zimmer zurückgegangen", sagt Alassa.

Drei Nächte später seien die Bewohner von einem Lärm „wie eine Bombe, die explodiert ist", geweckt worden, sagt Alassa. Die Polizei habe in allen Zimmern gleichzeitig die Türen eingeschlagen. Alle seien angeschrien worden, sich mit erhobenen Händen an die Wand zu stellen. Viele dachten, sie würden nun abgeschoben. Als er versuchte, mit seinem Handy einen Anwalt anzurufen, der die Lagerbewohner ehrenamtlich berate, hätte ein Polizist ihm das Telefon aus der Hand geschlagen. Zwei Stunden lang, bis sieben Uhr morgens, hätten die Lagerbewohner mit Kabelbindern gefesselt auf dem Boden liegen müssen, bewacht von Hunden, ohne auf die Toilette gehen zu dürfen.

Yussif O. wurde am nächsten Tag mit dem Flugzeug nach Mailand abgeschoben. Engin Sanli, der türkischstämmige Anwalt des Flüchtlings, hatte in Karlsruhe Klage eingereicht und wollte damit die Abschiebung verhindern. Sanli war daraufhin massiv bedroht und beschimpft worden, berichtete die Stuttgarter Zeitung. Er habe Drohanrufe und bis zu 4.000 Hass-Mails am Tag bekommen.

Die Vorwürfe gegen die Flüchtlinge in Ellwangen waren nicht haltbar. Doch immer wieder ist seither von „Gewalt" durch Flüchtlinge gegen Sicherheitskräfte zu lesen, zuletzt etwa in einer Sammelunterkunft in Deggendorf in Bayern.

Es sind genau diese Art von Nachrichten, die den Tonfall in der Asyldebatte nochmal deutlich verschärften. Nicht von ungefähr legte unmittelbar darauf der CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nach: Er attackierte Asyl-Anwälte als „aggressive Anti-Abschiebe-Industrie" — und bekam von vielen Unionspolitikern Zustimmung. Die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles erklärte: „Wir können nicht alle aufnehmen" — als ob das jemals zur Debatte gestanden hätte. Und auch in dem Positionspapier zur „linken Sammlungsbewegung" mit dem Arbeitstitel „Fairland" von Sarah Wagenknecht ist von „großer Verunsicherung" durch die „Flüchtlingskrise" die Rede — und davon, dass man Flüchtlingen vor allem „in den Heimatländern" helfen will.•

RASSISMUS

Zum Wohle der Kinder?

Australiens Politik gegenüber den indigenen Gemeinden

FELIX HEESE

■ Die Kolonialisierung Australiens wurde lange mit dem Konzept „Terra Nullius“, Niemandsland, legitimiert. Demnach seien die ersten weißen Siedler in Australien auf eine unkultivierte Wüste gestoßen, deren Ureinwohner „unzivilisiert“, ihre Gesellschaft „primitiv“ war. Erst 1992 wurde diese Doktrin vom Obersten Gericht Australiens aufgehoben. Einigen indigenen Gemeinden wurden Landrechte zugesprochen und weitgehende Selbstverwaltung gestattet. Eine echte Abkehr vom Bild indigener Australier als „primitive Wilde“ scheint dennoch bis heute nicht vollzogen.

Agendasetting

Seit Jahrzehnten wurde über das Fehlen von Millionen Dollar für die Gesundheitsversorgung und über Gewalt und Probleme in indigenen Gemeinden berichtet, doch alle Appelle wurden sowohl von den Medien als auch der Politik ignoriert. Bis zum Jahr 2006, als der amtierende Minister für indigene Angelegenheiten, Mal Brough (Liberale), öffentlich von einem Pädophilenring im Norden Australiens sprach. Nach Kritik an seiner unfundierten Anschuldigung berichtete der staatliche Sender ABC in seiner Sendung Lateline extensiv über Missstände in indigenen Gemeinden. Ein aufsehenerregendes Interview stellte den Höhepunkt der Berichterstattung dar: Ein anonymisierter ehemaliger Sozialarbeiter berichtete unter Tränen von Gewalt gegen Frauen und von indigenen Pädophilenringen, die systematisch Kinder missbrauchten und als Sexsklaven hielten — und bestätigte somit Broughs Anschuldigung. Nahezu alle Medien Australiens berichteten nun über Kindesmissbrauch in indigenen Gemeinden.

Little Children Are Sacred

Durch den plötzlichen Medienrummel wurde die Bundesregierung unter Druck gesetzt. Daraufhin gab die Regierung des Northern Territory (NT) eine Untersuchung des Ausmaßes von sexuellem Kindesmissbrauch in Auftrag. Der Bericht „Little Children are Sacred“ wurde ein Jahr später veröffentlicht und beschreibt — wie schon viele Berichte zuvor — Kindesmissbrauch, Vernachlässigung und unerträgliche Lebensbedingungen in indigenen Gemeinschaften im Norden Australiens. Im Bericht werden nicht nur Ursachen benannt — wie die katastrophale Grundversorgung, bittere Armut und das Fehlen von Mitteln für Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialarbeit — sondern auch 97 Empfehlungen gegeben, wie Kindesmissbrauch in den Gemeinden bekämpft werden kann.

Die erste Empfehlung des Berichts lautet, indigene Menschen (also die Betroffenen) zu beteiligen und sie in alle Entscheidungen einzubeziehen. Auch sollten die Lebensbedingungen verbessert werden, da Armut, überfüllter Wohnraum und Drogenkonsum oft zu häuslicher Gewalt führt.

Intervention

Hatten Politik und Medien auf ähnliche Berichte in der Vergangenheit gar nicht bis sehr zurückhaltend reagiert, so war das Tempo, mit dem die liberale Howard-Regierung nun vorging, sehr erstaunlich. Nur zwei Monate nach der Veröffentlichung von „Little Children are Sacred“ und zwei Monate vor der Parlamentswahl, wurde ein Notfallgesetz von 500 Seiten verabschiedet: die Northern Territory Emergency Response (Intervention). Seit über 20 Jahren hatten sich Organisationen und Behörden für zusätzliche Mittel für indigene Gemeinden ausgesprochen und nun wurde sozusagen über Nacht ein Multi-Millionen-Dollar-Programm verabschiedet. Obwohl sich die Regierung auf „Little Children are Sacred“ berief, handelte sie entgegen aller Empfehlungen des Berichts, entschied über die Köpfe der Betroffenen hinweg und zeigte symbolisch Härte.

Die Armee und zusätzliche Polizei wurden zur „Stabilisierung“ in 73 indigene Gemeinden im Norden entsandt. Alkohol, Pornographie und Glücksspiel wurden verboten, dementsprechende Verbotsschilder aufgestellt. Um der Regierung unbegrenzten Zugang zu indigenem Land zu gewähren, wurden 65 „townships“, welche zuvor selbstverwaltet waren, zwangsverstaatlicht und sogenannten „General Business Managern“ unterstellt. Marktbasierte Mieten und Mietverträge wurden eingeführt und die Gemeinden für die „echte Wirtschaft“ geöffnet. Die Hälfte der Sozialhilfezahlungen wurden unter „Quarantäne“ gestellt, um den Kauf von Tabak, Alkohol und Pornographie zu kontrollieren.

Öffentlich kommuniziertes Ziel der Intervention war es, Kinder zu schützen, Ge-

walt und Drogenmissbrauch einzudämmen und die Überbelegung indigenen Wohnraums zu senken. Damit die auf indigene Gemeinden zugeschnittenen Maßnahmen umgesetzt werden konnten, setzte die Howard Regierung den „Racial Discrimination Act" außer Kraft, welcher die Diskriminierung von Minderheiten verbot. Dieser Schritt wurde von zahllosen Organisationen und von einem UN-Sonderberichterstatter als rassistisch diskriminierend verurteilt, passt aber zum Gebaren der Howard-Regierung, welche auch die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker ablehnte.

Stronger Futures

Nach der Wahl 2007 übernahm Kevin Rudd (Labor) die Regierung und führte die Intervention fort. Eigentlich bis 2012 begrenzt, verlängerte die folgende Premierministerin Julia Gillard (Labor) die Intervention bis 2022 und benannte sie um in „Stronger Futures". Zu den maßgeblichen Änderungen zählen die Ausweitung des Einkommensmanagements mit der Einführung einer „Basics Card", welche die sogenannte „Quarantäne", die Rückhaltung eines Teils der Sozialhilfe, auf 70 Prozent anhob sowie höhere Strafen für Alkohol- und Pornografiebesitz vorsieht — bis zu sechs Monate Haft für eine Dose Bier.

2014 kürzte Premier Tony Abott (Liberale) das Budget für frühkindliche Erziehung sowie den Gesundheitsdienst und fasste 150 indigene Programme zu fünf Kernprogrammen zusammen. 2015 wurde „Stronger Futures" erneut angepasst. Der Fokus wurde nun auf Schule, Sicherheit und Arbeit gelegt, gleichzeitig wurden die Ausgaben für Gesundheitsmaßnahmen halbiert.

Zum Wohle der Kinder?

Die Intervention sollte Kinder schützen, Gewalt und Drogenmissbrauch einschränken sowie neuen Wohnraum schaffen. Entgegen dieser Ziele hat die australische Regierung seit der Intervention die Ausgaben für Alkohol- und Suchtkrankheiten von 8 Millionen auf 2,6 Millionen pro Jahr gesenkt. Seit der Intervention hat sich die Zahl der Selbstmorde und Selbstverletzungen in indigenen Gemeinden mehr als vervierfacht. Die Anwesenheit im Unterricht hat abgenommen und die Unterernährung (also Vernachlässigung) von Kindern hat zugenommen. Mit 700 Millionen Dollar sollte die Überbelegung in indigenen Häusern von 9,4 auf 9,3 Prozent gesenkt werden — in den ersten zwei Jahren der Intervention sind trotz Ausgaben in Höhe von 200 Millionen Dollar lediglich zwei Häuser gebaut worden.

Lügen, falsche Legitimation & tatsächliche Ziele

Das ABC-Interview mit dem Sozialarbeiter, welches der Startschuss für die Intervention war, löste eine intensive, 18-monatige Polizeiuntersuchung aus. Das Ergebnis der Untersuchung ist ebenso erschreckend wie bezeichnend für den Umgang Australiens mit der indigenen Bevölkerung. Der Untersuchungsbericht zeigte, dass es keinen Pädophilenring in Zentralaustralien gab. Darüber hinaus wurde nun öffentlich, dass der vermeintliche Sozialarbeiter ein enger Berater Mal Broughs war, der nie einen Fuß in die besagte Gemeinschaft gesetzt hatte. Sowohl Broughs als auch sein Berater hatten also gelogen.

Die maßgebliche Rechtfertigung für die beispiellos schnelle Verabschiedung der Intervention war ein nationaler Notstand — also ein immenses Ausmaß an Missbrauch von Kindern. Die tatsächlichen Zahlen zeichnen ein anderes Bild: Zwischen 2006 und 2010 wurden insgesamt 33 Menschen in den von der Intervention betroffenen Gemeinschaften für Kindesmissbrauch verurteilt. Wie „Little Children are Sacred" und viele andere Berichte zuvor aufzeigten, ist nicht der Missbrauch, sondern die Vernachlässigung von Kindern das Hauptproblem in indigenen Gemeinden — ausgelöst nicht zuletzt durch die chronische Unterfinanzierung über Jahrzehnte.

Management-Paternalismus

Der Zeitpunkt der Intervention kurz vor der Wahl 2007 und die absolute Missachtung aller Empfehlungen von „Little Children are Sacred" zeigen, dass die tatsächliche Agenda nicht der Schutz von Kindern war. Vielmehr wurde in einem einzigartigen PR-Gag Millionen für indigene Gemeinden versprochen, die seit Jahrzehnten in der Gesundheitsversorgung fehlten. Das Geld war allerdings an weitreichende Änderungen indigener Landrechte, Selbstverwaltung und die Öffnung der Gemeinden für den „freien Markt" gekoppelt.

Ultimatives Ziel der Intervention ist somit, die Kultur der indigenen Australier zu ändern, sie in den australischen Mainstream zu ziehen und sie zu assimilieren. Dieser Management-Paternalismus zeigt, dass indigene Australier immer noch als „primitive Wilde" gelten, die ihr Leben nicht unter Kontrolle hätten. Dies zeigt sich auch in der Weigerung weiter Teile der australischen Gesellschaft, die rassistische Politik anzuklagen und die Probleme in indigenen Gemeinschaften gemeinsam mit den Betroffenen anzugehen. •

GESCHICHTE

Für tausende italienische Fantasyfans waren die Hobbits in den 1970ern das Symbol einer radikalen Bewegung für die Rückkehr des Faschismus und seinen Wiederaufstieg zu altem Glanz. In „Hobbit-Camps" diskutierte die italienische extreme Rechte über Tolkien und den „Totalitarismus".

Faschistische Hobbit-Camps in Italien

JOHN LAST

Bilbo Beutlin entspricht wirklich nicht dem Ideal des arischen Herrenmenschen. Es ist schwer, sich den pelzigen, gefräßigen kleinen Helden wider Willen dabei vorzustellen, wie er im Stechschritt durch Beutelsend marschiert oder Massenaufmärsche in Auenland organisiert.

Tolkiens misanthropische Halblinge eignen sich kaum zu faschistischem Heldenkult. Die Geschichte ihres Aufstiegs zur Ikone der italienischen extremen Rechten ist so umständlich, dass man nicht umhin kommt, etwas weiter auszuholen.

In der Zeit vor der Erstveröffentlichung von J.R.R. Tolkiens „Der Hobbit" im Jahr 1937 war Italien ein großes Labor neuer und experimenteller Gedanken. Futuristen komponierten Musik, die komplett aus Motorengeräuschen bestand, der Kommunist Antonio Gramsci entwickelte in seiner Gefängniszelle das Konzept der kulturellen Hegemonie und Theosophisten suchten nach Beweisen für eine ursprüngliche „Wurzelrasse". Aus dieser Gemengelage trat Julius Evola hervor, einer der historisch einflussreichsten Philosophen der faschistischen Ideologie. Er bediente sich bei der fernöstlichen Philosophie und der westlichen Überlieferung und beschrieb in seinem Hauptwerk „Revolte gegen die moderne Welt" die Geschichte der europäischen Zivilisation als eine Geschichte des unaufhaltsamen Abstiegs. Als Ursache dieses Abstiegs identifizierte er paradoxerweise den Fortschritt — einen Fortschritt weg von mythischen Traditionen und ewiger Weisheit und hin zu Industrialisierung und „kultureller Rassenmischung". Als Lösung sah Evola ein radikales Programm zur Wiederauferstehung der Mythen „traditioneller" Gesellschaften durch Kunst, Religion und — zunächst — Politik. Anfangs sah Evola Benito Mussolini als große Hoffnung für die Wiedergeburt der „traditionellen" Gesellschaft, er schrieb dem Diktator gar eine Doktrin des „spirituellen Rassismus", die die „Rassen" der Welt nach ihrer Nähe zur „ewigen" Tradition einordnete. Im Zuge des 2. Weltkriegs jedoch fiel Mussolini schließlich durch Evolas ideologischen Reinheitstest. Italien verbündete sich mit dem „wissenschaftlichen" Rassismus der Nationalsozialisten und ihrer Rhetorik des Fortschritts. Der moderne Faschismus erschien auf einmal selbst als eine Spielart des Evola'schen Antichrist. Aus dem zeitgenössischen Kanon herausgedrängt, geriet Evola in Vergessenheit. Einige Elemente seiner Philosophie hielten sich jedoch an den frevlerischen Rändern des Mainstreams. Wie Tolkiens Ring schlummerten sie und warteten auf ihre Wiederentdeckung.

Während Evola über einen radikalen Bruch mit der Moderne theoretisierte, lebte J.R.R. Tolkien diesen. 1937 veröffentlichte er den „Kleinen Hobbit", fast 20 Jahre später folgte „Der Herr der Ringe". Seitdem haben viele Kritiker versucht, die Romane als Gleichnisse realer zeitgenössischer Ereignisse zu entschlüsseln. Wegen ihres Essentialismus und ihrer absoluten Gut-Böse-Moral wurde Tolkien oft des Kryptofaschismus beschuldigt. Kritiker lasen Bilbos grimmige Liebe zum bäuerlichen Leben in Auenland als Zeichen eines bourgeouisen, elitären Weltbilds. Einige gingen sogar so weit, Mordors Horden mit ihrer unzählbaren Masse und ihrem Cockney-Akzent als Symbol für die verarmte Arbeiterschaft und die Bedrohung durch einen proletarischen Aufstand zu deuten. Andere sahen in der beiläufigen Art des Massenmords der Helden an den Orks einen Hinweis auf ihre unterdrückte genozidale Neigung. Tolkien bestätigte diese kritischen Stimmen nie, indem er Anleihen an reale Ereignisse zugegeben hätte. Jedoch hatte sein Projekt der Wiederbelebung und Neuinterpretation der altertümlichen Überlieferung Englands viel mit Julius Evola gemein. Tolkiens und Evolas Wege kreuzten sich tatsächlich nie. Sogar in der Nachkriegszeit, als beide eine ablehnende Haltung zum amerikanischen Kulturimperialismus teilten, wurde Tolkiens Werk in der englischsprachigen Welt nie mit dem Evola'schen Traditionalismus in Verbindung gebracht.

Als aber „Der Herr der Ringe" 1971 erstmals auf italienisch erschien, kam die schlummernde Ideologie seiner beherzten Helden an die Oberfläche. Die Veröffentlichung hatte einen enormen Einfluss auf die italienische Kulturszene. In den frühen 1970er Jahren befand sich Italien mitten in einem kulturellen Aufruhr, der ähnlich

Das „Campo Hobbit" in den 1970er Jahren. Auf dem Transparent heißt es: „Die europäische Jugend kämpft gegen die kommunistische Subversion und die kapitalistische Sklaverei."

heftig anmutete wie die gesellschaftliche Unruhe, die Evola in der Folgezeit des 1. Weltkriegs wahrgenommen hatte. Quer durch Westeuropa begann die neue Bewegung der Nouvelle Droite („Neue Rechte"), die seit dem Ende des 2. Weltkriegs herrschende kulturelle Dominanz der Linken anzugreifen. Man orientierte sich am Faschismus der Großväter, wenn nicht sogar der Urgroßväter. Man betete heidnische Götter an und sehnte sich nach einfacheren Zeiten der kulturellen Homogenität und des Ethnozentrismus.

Diese Bewegung war in Italien sehr erfolgreich, wo Evolas Bücher bereits den ideologischen Boden bestellt hatten. Für Italiens desillusionierte Jugend schienen Tolkiens Bücher den edlen Kampf der traditionellen Gesellschaften gegen die eindringende Bedrohung der Industrialisierung, der fortschrittlichen Politik und des Gruppendenkens zu bekräftigen.

Tolkien wurde zur Pflichtlektüre der ernstzunehmenden jungen Neofaschisten. Doch selbst mit Sam und Frodo als Identifikationsfiguren fühlten viele Anhänger dieser Strömung sich isoliert und ohnmächtig gegenüber der kulturell hegemonialen Linken.

1977 wollten die neofaschistische Partei MSI und die neurechte Jugendbewegung das ändern. Ihnen schwebte ein faschistisches Woodstock vor, eine Art zweitägiges Pfadfinderlager zu Ehren von Tolkiens Werk. Sie nannten es „Camp Hobbit". In drückender Julihitze fand es in den sanft geschwungenen Hügeln Süditaliens statt und war zu gleichen Teilen Musikfestival, Tolkien-Seminar und anarchische Kommune. „Eine Bühne voll mit Instrumenten und Verstärkern, eine kunterbunte Zeltstadt, Marktstände mit Plakaten, Schmuck, Büchern und T-Shirts", berichtete ein Teilnehmer. Man muss es sich wohl als Mischung aus Occupy Wall Street und einem alternativen Musikfestival vorstellen, aber der Geist des Faschismus war nie fern. „Rund ein Dutzend muskulöser Jungs sorgten für Ordnung, klar erkennbar durch Armbänder mit dem Keltenkreuz", schrieb der Chronist und fügte hinzu: „Die Menge ist sehr unterschiedlich, sie wird natürlich dominiert von Faschistenfrisuren, Militärklamotten und schwarzen Halstüchern, aber auch lange Haare und Bärte sind zu sehen."

„[Es war] Freiheit, Befreiung von alten Mustern und Denkweisen", sagt Mario Bartoluzzi, Sänger der traditionalistischen Band Compagnia dell'Anello ("Die Kameradschaft des Rings"), die auf dem Camp Hobbit gegründet wurde. „In uns allen war der Wunsch, das Ghetto der Ausgrenzung zu verlassen."

Viele TeilnehmerInnen sahen es als ihre Aufgabe, die Binarität der italienischen Politik zu überwinden, indem sie eher linke Sozialkritik mit der Militanz des Faschismus verbanden. Der britische Faschismustheoretiker Roger Griffin sieht im Camp Hobbit neben dem Festivalcharakter die Absicht, die Sprache der Hippie-Linken mittels der traditionalistischen Philosophie Evolas „umzucodieren". Das Camp Hobbit hatte zwei erfolgreiche Fortsetzungen, die tausende TeilnehmerInnen anlockten. Die aus dem Camp entstandene Organisationsstruktur zerfiel jedoch wegen interner Machtkämpfe rasch wieder. Mitte der 1980er Jahre erschien die „Neue Rechte" wieder marginal und wurde vor allem mit dem antikommunistischen Terrorismus in Verbindung gebracht. Obwohl sie Momente der Stärke und Wirkmächtigkeit erlebt hatte, schaffte sie es nicht, die kulturelle Dominanz über ihre Gegner der progressiven Linken zu erlangen.

In den letzten Jahren allerdings erlebte die Bewegung einen Wiederaufschwung. Im Juli 2017 organisierten italienische extreme Rechte ein „Campo Hobbit 40" als Versuch, zum vierzigsten Jahrestag den alten Geist zu neuem Leben zu erwecken. Auch Evola erfreut sich erneuter Beliebtheit unter den AnhängerInnen der US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung. Was Tolkien und die politische Bedeutung seiner Werke betrifft, fischen wir nach wie vor im Trüben. Trotz seines Reichtums an Helden und Schurken bleibt Mittelerde doch vor allem eine leere Bühne, die sich allen möglichen Ideologien als Projektionsfläche anbietet.

Dieser Artikel erschien zuerst im Oktober 2017 auf atlasobscura.com. Für die deutsche Übersetzung wurde er leicht gekürzt. Wir danken dem Autor für die Abdruckgenehmigung.

GESELLSCHAFT

Das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz

BENJAMIN DERIN

■ Die am 15. Mai 2018 verabschiedete Änderung des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes hat in den letzten Monaten für viel Aufsehen gesorgt. Dabei steht der Freistaat mit seinem Vorhaben keineswegs alleine da. Das Gesetz reiht sich ein in eine bundesweit betriebene Reformierung des Polizeirechts, die vor allem die Ausweitung der Befugnisse von Polizist_innen und eine Vorverlagerung des Eingriffszeitpunkts zum Ziel hat. Fast alle Bundesländer haben ihre Polizeigesetze entweder kürzlich verschärft oder planen derzeit Ähnliches. Auch in Bayern ist die Tinte der letzten Gesetzesnovelle noch feucht, die im August 2017 u.a. mit Fußfesseln und unbefristetem Präventivgewahrsam aufwartete. Die aktuelle Erweiterung versinnbildlicht die gegenwärtigen Tendenzen und steht zugleich exemplarisch für die in immer kürzeren Abständen erfolgenden Änderungen im Geiste einer permanenten Sicherheitsreform. Sie ist zum Aufhänger breiten gesellschaftlichen Widerstandes gegen diese Entwicklung geworden. Im Folgenden sollen zumindest die Kernprobleme des umfangreichen Entwurfs angerissen werden.

Paradigmenwechsel: Drohende Gefahr

Im Fokus der Aufmerksamkeit steht der Begriff der „drohenden Gefahr". Es handelt sich dabei um eine juristische Kategorie zur Bewertung von Bedrohungslagen, aus der sich bestimmte Eingriffsrechte ableiten. Während die Polizei nach dem Strafrecht in der Regel eingreift, wenn eine Straftat bereits begangen wurde, dient das Polizeirecht der präventiven Abwehr von Gefahren, bevor sie eintreten. Damit nicht willkürlich vorgegangen wird, regeln bestimmte Kriterien, wann von einer Gefahr ausgegangen werden darf. So setzen präventive Maßnahmen typischerweise das Vorliegen einer „konkreten Gefahr" voraus, d.h. es müssen Tatsachen darauf hindeuten, dass der Eintritt eines Schadens kurz bevorsteht. Mit dem sog. Gefährdergesetz von 2017 wurde in Bayern eine neue, weniger anspruchsvolle Kategorie eingeführt, die „drohende Gefahr". Gemeint ist, dass bereits die Möglichkeit, es könne in absehbarer Zeit zu einem Angriff kommen, ein polizeiliches Eingreifen rechtfertigen soll. Damit darf die Polizei früher einschreiten. Der Begriff entstammt ursprünglich der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Terrorabwehr. Mit dem Gefährdergesetz wurde er erstmals gesetzlich aufgegriffen und einige Maßnahmen wie u.a. die elektronische Fußfessel und Platzverweise bereits erlaubt, wenn noch keine konkrete, aber eine „drohende Gefahr" vorliegt. Das neueste Gesetz, dem nun zu Recht Widerstand begegnet, hat die „drohende Gefahr" also weder erfunden noch eingeführt. Sie wird aber massiv ausgeweitet, etwa auf Telekommunikationsüberwachung, Observationen, Online-Durchsuchungen und den Datenaustausch mit Nachrichtendiensten. Die seit Jahren betriebene Vorverlagerung staatlicher Eingriffe kulminiert hier in einer grundlegenden Umwälzung des polizeilichen Bezugspunkts von der konkreten, unmittelbaren auf die nur irgendwie absehbare, in einer vorhergesagten Zukunft drohende Gefahr. Problematisch ist das deshalb, weil der polizeiliche Handlungs-

spielraum ins schier Unermessliche ausgeweitet wird. Die Annahme einer drohenden Gefahr setzt eine Prognoseleistung über sich mitunter gegenwärtig vollkommen konform verhaltende Personen voraus, die sich nachträglich kaum noch überprüfen lässt.

Neben dieser allgemeinen Herabsetzung der Eingriffsschwelle enthält das Gesetz die Einführung neuer oder die Erweiterung bestehender Maßnahmen, von denen nur einige wichtige hier angeführt werden können.

Coptube: Übersichtsaufnahmen, Bodycams und Drohnen

Versammlungen dürfen künftig unabhängig von der Gefahrenlage mittels großflächiger Übersichtsaufnahmen gefilmt werden, wenn sie unübersichtlich sind. Solche anlasslosen Aufnahmen einer gesamten Demonstration und aller Teilnehmenden sind im Hinblick auf die Versammlungsfreiheit äußerst bedenklich, denn wer damit rechnen muss, gefilmt zu werden, wird möglicherweise auf die Ausübung seines Grundrechts verzichten. Erlaubt wird auch die Nutzung intelligenter Kamerasysteme zur automatisierten Bildauswertung. Diese hat sich vorläufig auf das Erkennen bestimmter Gegenstände zu beschränken, die Gesichtserkennung ist in letzter Minute gestrichen worden. Vorgesehen sind im neuen Gesetz neben Bodycams auch weitreichende Einsatzmöglichkeiten für Drohnen, etwa für besagte Aufnahmen von Demonstrationen, aber auch zum Abhören oder Blockieren von Kommunikation und sogar bei der Wohnraumüberwachung.

Hacker in Uniform: Staatstrojaner, Cloud-Zugriff und Telefonüberwachung

Die verdeckte Infiltration, Durchsuchung und Überwachung von Computern, Smartphones oder Tablets unter Einsatz von Trojanern ist hoch umstritten, nach dem PAG aber bereits zulässig. Neu ist, dass dies — ebenso wie fortan die herkömmliche Telefonüberwachung — eben schon bei einer „drohenden Gefahr" erlaubt sein soll. Zudem dürfen nun unter Umständen die ausgespähten Daten heimlich manipuliert werden. Der Zugriff darf künftig auch externe Speicherorte umfassen, insbesondere in einer Cloud gespeicherte Daten. Bei Gefahr im Verzug soll keine richterliche Anordnung mehr erforderlich sein, die Polizei dürfte dann zunächst selbst entscheiden.

Who's your daddy: Erweiterte DNA-Analyse

Eines der Grundprinzipien der staatlichen DNA-Analyse war bislang die Beschränkung auf die Beantwortung der Frage, mit welcher Wahrscheinlichkeit eine bestimmte Spur von einer bestimmten Person stammt. Die Befugnisse der bayerischen Polizei umfassen dagegen künftig auch die sog. erweiterte DNA-Analyse. Dabei wird eine Spur auf genetische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Haar- oder Hautfarbe und die „biogeographische Herkunft" untersucht. Experten warnen bereits, dass diese Merkmale sich keineswegs sicher aus dem Genmaterial ableiten lassen und ein großes Fehlerpotential bergen. Die Behörden gewinnen zudem höchst intime Erkenntnisse über die Betroffenen, etwa zu erblichen Krankheitsrisiken. Zugleich wird der Institutionalisierung rassistischer Ermittlungsstrukturen Tür und Tor geöffnet, denn vage Konzepte wie Biogeographie, Phänotypen und Hautfarben verdichten sich im polizeilichen Alltag regelmäßig zu einem diskriminierenden Tunnelblick und racial profiling.

Mittendrin statt nur dabei: Postsicherstellung, Verdeckte Ermittler und V-Leute

Bei aller Technologie sind auch traditioneller anmutende Maßnahmen nicht vergessen worden. So war die Sicherstellung von Postsendungen bislang der Strafverfolgung vorbehalten und setzte deshalb den konkreten Verdacht einer Straftat voraus. Künftig darf die Polizei auch zur Gefahrenabwehr heimlich die Post abfangen und mitlesen — selbstverständlich schon bei einer „drohenden Gefahr" und bei Gefahr im Verzug ohne richterliche Anordnung.

Umstritten ist seit jeher der Einsatz verdeckter Ermittler, die sich über Monate und Jahre hinweg das Vertrauen Betroffener erschleichen und so besonders tief in deren Privatsphäre eindringen. Die neuen Regelungen stellen klar, dass solchen Spitzeln kaum Grenzen gesetzt sein sollen. Insbesondere das Betreten von Wohnungen, das Fälschen entsprechender Urkunden und die Betätigung in Foren und Chats werden gestattet. Ausdrücklich erlaubt wird nunmehr auch der Einsatz von nichtpolizeilichen Privatpersonen als V-Leute (diese hatten nicht zuletzt im NSU-Umfeld eine unrühmliche Rolle gespielt). Eine richterliche Anordnung ist für beide Maßnahmen grundsätzlich nur vorgesehen, wenn sie sich gegen bestimmte Personen richten. Den Regelfall dürften in der Praxis aber breite Einsätze gegen eine Szene als Ganzes darstellen.

Fazit

Das neue PAG beinhaltet eine besorgniserregende Ausweitung und Vorverlagerung polizeilicher Befugnisse. Externe richterliche Prüfpflichten werden abgebaut, die Polizei gewinnt nachrichtendienstliche Kompetenzen und eine paramilitärisch anmutende Aufrüstung. Sie ist längst zu einem der mächtigsten gesellschaftlichen Akteure geworden, verwehrt sich aber zunehmend jeglicher Kontrolle. Während sie sich einer Kennzeichnungspflicht und unabhängigen Beschwerdestellen mit im europäischen Vergleich beispiellosem Erfolg entzieht, drängen polizeiliche Interessenverbände verstärkt in den zivilgesellschaftlichen Diskurs hinein und versuchen, Kritik zu unterbinden.

Es wäre jedoch verfehlt, diese Entwicklungen auf einzelne Befugnisse oder Gesetzesvorhaben zu reduzieren. Vielmehr handelt es sich um einen langfristigen Paradigmenwechsel, der auch eine Folge des unangefochtenen Primats vermeintlicher Sicherheit ist. Was eben noch undenkbar war, wird bald zur Terrorabwehr ausnahmsweise zulässig, dann in die regulären Polizeigesetze aufgenommen und ist schließlich Alltag. Diesem Mechanismus dienen die ständigen, in immer kürzeren Abständen erfolgenden und kaum noch überschaubaren Gesetzesänderungen. Umso wichtiger ist es, die Kritik nicht auf ein legislatives Projekt zu beschränken, sondern auf die dahinterstehenden Diskursverschiebungen auszurichten. •

GESELLSCHAFT

Von März bis Mai 2018 wurden über 180.000 Betriebsräte für vier Jahre neu gewählt. In verschiedenen Betrieben standen extrem rechte Listen zur Wahl, die von einer breiten Kampagne in einschlägigen Medien unterstützt wurden. Mit dem Erstarken der AfD, die diese Listen als Einfallstor in die traditionellen IG-Metall-Betriebe nutzen könnte, wächst die Gefahr einer dauerhaften Etablierung.

Zentrum Automobil:

ArbeitnehmerInnenvertretung von Rechts

Dass auch Gewerkschaftsmitglieder keineswegs immun gegen rechte Ideologie sind, haben Studien schon 2005 nachgewiesen. Bei der Bundestagswahl 2017 sollen 15 Prozent von ihnen AfD gewählt haben — und damit mehr als im Bundesdurchschnitt. Verschiedene rechte „Gewerkschaften" gründeten sich in den letzten Jahren: die „Arbeitnehmer in der AfD (AidA)" (2014), „Alternative öffentlicher Dienst" (2015), „Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer AVA" (2015) oder „Alternative Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland ALARM" (2017). Bei der Demonstration von Siemens-Arbeiter_innen in Erfurt 2017 marschierte die AfD offen mit und auch bei der 7. COMPACT-Konferenz in Leipzig am 25. November 2017 war das Thema präsent. „Alle Räder stehen still, wenn der blaue Arm es will" verkündete Jürgen Elsässer. Zu erwähnen ist auch die Unterstützung durch Simon Kaupert und „EinProzent", der mit der Homepage „werdebetriebsrat.de", Social-Media-Kampagnen und einer auf PEGIDA-Aufmärschen verteilten „Alternativen Gewerkschaftszeitung" ebenfalls für eine rechte Offensive in den Betrieben wirbt.

Zentrum Automobil

Die Liste „Zentrum Automobil" (ZA) kann, salopp gesagt, als Projekt in die Jahre gekommener Neonazis betrachtet werden, die irgendwann auch an ihre Rente denken und daher Gitarre, Besäufnisse und Neonaziaufmärsche gegen Schichtarbeit bei Daimler eintauschen mussten. Ihre alte Ideologie und ihre Netzwerke haben sie dennoch nicht aufgegeben. Auch auf historische Vorbilder kann man sich stützen: „Hinein in die Betriebe" war das Motto der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation" (NSBO) 1931. Bis auf einzelne öffentlichkeitswirksame Erfolge, wie z.B. der BVG-Streik in Berlin 1932, war diese „Arbeitnehmervertretung" der NSDAP aber für die Partei weitgehend unbedeutend. Bei den Betriebsratswahlen 1930/31 bekam die NSBO in der Metallindustrie nur durchschnittlich ein Prozent der Stimmen.

Bei den Wahlen im Mercedes-Betrieb in Untertürkheim war ZA seit 2010 durchaus erfolgreich, und konnte seine Mandate stetig steigern (2010: 2; 2014: 4 von insgesamt 45; 2018: 6). Auch bei Mercedes in Sindelfingen wurden zwei, in Rastatt drei Betriebsräte von ZA gewählt. Doch trotz weiterer kleiner Erfolge rechter Gewerkschaften bei BMW und Porsche Leipzig, Siemens Görlitz und dem schwäbischen Motorsägenproduzenten Stihl: Nirgendwo konnten rechte Gewerkschaften in den Betriebsratswahlen der IG Metall ernsthafte Konkurrenz machen.

Die Akteure

Das derzeit prominenteste Mitglied von ZA und gleichzeitig Vorsitzender ist Oliver „Olli" Hilburger, geboren in Backnang, seit vielen Jahren im Rems-Murr-Kreis lebend. Hilburger fungierte 20 Jahre als Gitarrist der Neonaziband „Noie Werte". In den 1990er Jahren betrieb er das Label „German British Friendship", das Teil des „Blood & Honour" (B&H)-Netzwerkes war. 2001 beantragte Hilburger einen Besuch bei dem in der JVA Oldenburg inhaftierten Jan Werner — Sektionschef Sachsen von B&H Deutschland und mutmaßlicher Organisator von Waffen für den NSU. Bei Mercedes als Maschinenschlosser tätig, wurde Hilburger zunächst Betriebsrat für die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) bis er sie wegen seiner „Noie-Werte"-Aktivitäten und NSU-Verstrickungen verlassen musste. Auch seine Amtsenthebung als ehrenamtlicher Arbeitsrichter 2008 (weil er in seinen Liedern Rudolf Hess glorifizierte und „Deutschland den Deutschen" forderte) machte Hilburger wohl deutlich, dass eine bürgerliche Karriere mit offenen Neonaziaktivitäten schlecht kompatibel ist. Schließlich verließ Hilburger 2008 „Noie Werte". Die Band löste sich wenig später auf (2010).

Am 28. März 2009 gründete Hilburger in der gutbürgerlich-schwäbischen Gaststätte Luginsland in Stuttgart „Zentrum Automobil". Bei den ersten Betriebsratswahlen 2010 in Untertürkheim erhielt ZA zwei Mandate (Hilburger und Christian Schickardt). Ihre Liste umfasste insgesamt 43 Personen — darunter auf Platz 21 Rico Heise, ebenfalls ehemaliger Neonazi-Skinhead und Veranstalter von Neonazi-Konzerten. 2014 kamen zusätzlich noch Hans Jaus und Vidoje Anicic in den Betriebsrat. 2018 startete ZA mit 187 KandidatInnen auf der Liste.

Screenshot YouTube; saxon 8072

Oliver Hilburger über alternative Gewerkschaften und die bevorstehende Betriebsratswahl

2.208 Aufrufe

Oliver Hilburger (links) und Lutz Bachmann (rechts) bei einer PEGIDA-Kundgebung in Dresden.

Die Vorstandsmitglieder von ZA bieten einen breiten Querschnitt durch die extreme Rechte Deutschlands seit den 1990er Jahren. Aus den Strukturen von Zentrum Automobil waren Antifaschist_innen neben Hilburger u.a. Jens Ackermann, Thomas Scharfy, Andreas Ziegler und Tobias Gerstner als (frühere) aktive Neonazis bekannt. Thomas Scharfy (stellvertretender Vorsitzender von ZA) unterstützte in den 1990er Jahren mit dem Mailboxnetzwerk Empire BBS das neonazistische Thulenetz. Heute ist er Webmaster für Zentrum Automobil — 2014 kandidierte er auf Platz sechs und verpasste nur knapp den Einzug. Sascha Woll ist mit einer ehemaligen NPD-Funktionärin verheiratet, Jens Ackermann war Teilnehmer diverser NPD-Veranstaltungen und des lokalen extrem rechten „Deutschen Kreis von 1972 e.V." Andreas Brandmeier, bis vor kurzem ebenfalls Vorsitzender des „Zentrum", korrespondiert auch schon mal mit Hakenkreuzen im Attachment — Insider berichten von regelmäßigen antisemitischen und rassistischen Äußerungen. Der 56-jährige Hans Jaus war 1991 Bundesschatzmeister der „Wiking Jugend" (WJ) und verwaltete bis zu derem Verbot 1994 den „Gaubereich Schwaben". Bei ZA stand er 2018 auf Platz 3. Nur auf Platz 14, und damit ohne Chance auf einen Betriebsratsplatz kandidierte Sascha W.: in den 1990er Jahren „Kreuzritter für Deutschland", einer „Blood & Honour"-Struktur aus Stuttgart. Doch nicht nur in Untertürkheim, auch in Rastatt wird Zentrum Automobil von (ehemaligen) Neonazis geführt: So war z.B. Tobias Gerstner Teil der badischen Neonaziszene.

Die Politik

ZA steht vor der Herausforderung, rechte Politik in Autobetrieben machen zu wollen — wo aber in bestimmten Bereichen der Produktion mehr als die Hälfte der Beschäftigten einen Migrationshintergrund hat. Mit offenem Rassismus würde ZA daher schnell scheitern. Stattdessen gibt man sich als „Kümmerer", geht durch die Halle, Händeschütteln links, Witzchen rechts, Glückwünsche zum Geburtstag, schimpfen über die „korrupte IG Metall" und Warnung vor dem „Tod des Verbrennungsmotors", berichteten Gewerkschafter der Zeitung „Express". Mit einem guten Gespür für Befindlichkeiten und Bedürfnisse konnte ZA mehr AnhängerInnen gewinnen — auch aus Serbien, Kroatien, Griechenland und der Türkei. Aber ZA kann auch deutlicher werden: „Patrioten schützen Patrioten" und Schutzschild für PEGIDA-Aktivisten und AfD-Mitglieder ist einer der zentralen Slogans, mit denen man in Videos für sich wirbt.

Strohfeuer oder Dauerbrenner?

Die Liste von ZA-Mitgliedern mit extrem rechter Vergangenheit und Gegenwart ließe sich fortführen. Fest steht: ZA ist eine von Neonazis gegründete Liste, um Einfluss in Konzernen und auf Beschäftigte ausüben zu können. Nicht alle ihrer WählerInnen sind Neonazis, aber alle ihre WählerInnen wissen, dass sie eine im Kern gewerkschaftsfeindliche und nationalistische Gruppierung wählen.

Interessant ist eher die Frage, ob sich ZA halten kann und ob ein dauerhafter Brückenschlag zur AfD gelingt. Letztere scheut bislang eine zu große Nähe und ließ Hilburger nicht eintreten. Gleichzeitig buhlt der Rechtsaußen-Flügel der AfD um ZA und unterstützt es gemeinsam mit „Ein-Prozent" und dem COMPACT-Magazin auf breiter Front. Die IG Metall scheint das Problem erkannt zu haben. Der Versuch Björn Höckes, am 24. April in Eisenach an Opel-Proteste anzudocken, scheiterte kläglich. IG Metall-Vertrauensleute drängten Höcke und seine Entourage von der Demonstration.

Mit einem nicht unerheblichen Bodensatz von extrem rechten Betriebsräten in einzelnen Betrieben wird in den kommenden Jahren dennoch zu rechnen sein. Gefährlich sind dabei aber weniger die konkreten Positionen des ZA und ähnlicher Organisationen — die, betrachtet man die Gesamtsumme aller Betriebsräte, nur eine verschwindende Minderheit sind. Bedeutsamer ist, dass die Latenz rechter Denkmuster unter Gewerkschaftsmitgliedern eine offene Konfrontation mit der AfD und breite linke Bündnisse gegen diese erschweren könnte. Wenn sich eine „exklusive Solidarität" (Klaus Dörre) durchzusetzen beginnt, wird es auch schwieriger, Bündnisse für die Rechte von Flüchtlingen, gegen Hartz IV oder die Gleichstellung von migrantischen Arbeitnehmer_innen zu schließen. •

DISKUSSION

Spätestens seitdem bestätigt wurde, dass die Leipziger Buchmesse auch im Jahr 2018 nicht von ihrem Kurs abrücken würde, der extremen Rechten Ausstellungsflächen zur Verfügung zu stellen, war ein reibungsloser Ablauf der Messe die unwahrscheinlichste aller Optionen. Bei diversen Akteur_innen schien zumindest in der Ablehnung der rechten Ideologie Einigkeit zu bestehen. Doch die Heterogenität der strategischen Einschätzungen zeigt, dass die linke Strategiedebatte anlässlich des Rechtsrucks noch lange nicht ausgefochten ist.

Die Normalisierung des Rechtsrucks sabotieren!

Betrachtungen zur Leipziger Buchmesse und darüber hinaus

»THE FUTURE IS UNWRITTEN – LEIPZIG«

Bereits Monate vor der Leipziger Buchmesse im März 2018 hatte der Verleger Christoph Links, einer der Unterstützer_innen der Initiative „Verlage gegen Rechts" betont: „Alles, was nicht gegen die Gesetze verstößt, soll ausgestellt werden dürfen, das gebietet die Meinungsfreiheit".[1] Zwischen dieser Position und der Auffassung, mindestens die Diskussionsveranstaltungen der Rechten auf der Messe müssten verhindert werden, bewegte sich die Bandbreite der Aktionsformen. Den Auftakt bildete eine Kundgebung der „Verlage gegen Rechts" vor der Buchmesse-Eröffnung. Am Samstag fokussierten sich linke Akteur_innen dann auf die Veranstaltungen des rechten „Antaios"-Verlags.

Das Bündnis „Buchmesse gegen Rechts" und die Gruppe „Prisma" führten eine „Show für die Meinungsfreiheit" neben der Lesebühne durch, auf der Kubitschek wenig später seinen Vortrag halten sollte. Nach dem Ende dieser spontanen Kundgebung verließen deren Teilnehmer_innen geschlossen das Messegelände. Als Kubitschek mit seinem Vortrag anfing, begannen einige Aktivist_innen diesen mit Parolen und einem Transparent zu stören. Mitglieder der „Identitären Bewegung" drängten die Aktivist_innen aus der Lesebühne. Spontan entfaltete sich der Protest von circa 60 anwesenden Antifaschist_innen mit Parolen, welche die Lesung störten. Entgegen der von Kubitschek ausgegebenen Anweisung, nicht mit dem Rufen rechter Parolen auf Proteste zu antworten, kamen Sprüche wie „Jeder hasst die Antifa" und „Pro Border, Pro Nation - Stop Immigration". Das Medienecho im Nachgang war wenig überraschend. Die Ereignisse wurden zu „Tumulten" überinterpretiert, die bürgerlichen Medien warfen „der Antifa" vor, die Lage eskaliert zu haben.

Auch wenn nicht alle Linken mit dieser Rezeption zufrieden waren, können wir unsere Freude darüber nicht verhehlen. Die Leipziger Buchmesse hatte vor, sich als demokratischen Diskursraum zu inszenieren, der auch der Debatte mit „Neurechten" und Neonazis Raum geben müsse. Anstatt in die Diskursfalle der Messe-Organisator_innen zu tappen und als linker Teil der inszenierten demokratischen Debatte zu fungieren, verhagelten einige den Plan der Messe. Aus diesem Grund hatten wir bereits den Eingang zur Eröffnungsfeier der Buchmesse für kurze Zeit mit einem Transparent mit der Aufschrift „Staat. Nation. Buchmesse. Scheiße" blockiert. Wir wollten die Normalisierung des Rechtsrucks zumindest punktuell sabotieren. Diese Form der Eskalationsstrategie hießen nicht alle linken Akteur_innen gut. So kritisierte die Gruppe „Prisma", dass die Störaktion am Samstag den Rechten „ihre erwartete Kulisse bot, in der sie sich als Opfer linker Zensur und Retter*innen der Meinungsfreiheit inszenieren konnten".[2] Dem halten wir entgegen, dass die „Neue Rechte" sich immer als Opfer „linken Meinungsterrors" inszeniert — völlig unabhängig davon, ob es Gegenprotest gibt und wie dieser aussieht. Weiterhin argumentiert „Prisma", der Vormarsch der „Neuen Rechten" erfordere auch eine Neuausrichtung antifaschistischer Strategie. Statt die Meinungsfreiheit der Rechten aktiv zu unterbinden, wie wir es gefordert hatten,[3] müsse die Linke ihre Wirkung „vor allem auf der Ebene der Bilder" erzielen, dies sei „der zentrale Punkt in unserer strategi-

schen Analyse", so die Gruppe. In zwei Punkten stimmen wir zu.

1. Der Rechtsruck ist tatsächlich eine derartig tiefgreifende Veränderung unserer politischen Ausgangslage, dass er eine strategische Anpassung erfordert.

2. Die radikale Linke muss als politische Akteurin sichtbarer werden und ihre Gesellschaftskritik sowie ihre politischen Ziele in inhaltlich verständlicher Form einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Doch für das Wie einer strategischen Neuausrichtung und einer Neujustierung eigener Darstellungsformen sehen wir noch viel Potenzial für Diskussionen.

Zum ersten Argument ist anzumerken, dass sich eine strategische Neuausrichtung nicht anhand einzelner Ereignisse und Aktionen festmachen lässt, sondern Organisationsstrukturen, das Verhältnis zu konkreten Kämpfen, theoretische Analysen und öffentliche Kommunikation im Allgemeinen berührt. Dabei reicht eine Feststellung der gegebenen Probleme und eigenen Fehlleistungen nicht aus. Vielmehr muss analysiert werden, was an der eigenen Theorie, Organisationsform und Praxis sich bewährt hat, um darauf aufbauend eine realistische Transformation der eigenen Bewegung einzuleiten. Bleibt dieser Teil der Analyse aus, liefe die radikale Linke Gefahr, eigene Errungenschaften aus jahrzehntelangen Kämpfen voreilig aufzugeben und Fehler von Vor-Vorgängerbewegungen zu wiederholen. Dazu gehört die Erkenntnis, dass eine Teilnahme an bürgerlich-demokratischen Institutionen und die Akzeptanz ihrer Diskursregeln auf Dauer nicht nur die linksradikale Strategie, sondern auch deren Ziele zu systemaffirmativen transformieren[4]. So sehr wir die Gegenkundgebung vor der Kubitschek-Lesung begrüßen: eine neue Aktionsform war das keinesfalls. Bündnisse gegen Rechts praktizieren das schon lange — mit mäßigem Erfolg. Unser zentraler Kritikpunkt ist, dass die Antwort auf den Rechtsruck keine gesteigerte Anpassung an bürgerlich-demokratische Diskursregeln sein darf. Zugegeben, an unseren Aktionsformen zur Buchmesse war überhaupt nichts neu. Sie war der Teil „alter" Antifa-Strategien, die wir positiv aus der Vergangenheit übernehmen und die wir auch im Rechtsruck nicht aufgeben wollen. So zeigt sich an der Absage einer Kundgebungstour des US-Alt-Right-Aktivisten Richard Spencer mit dem Zitat „it isn't fun anymore", dass militanter Antifaschismus heute noch erfolgreich sein kann. Darauf beschränken dürfen wir uns nicht.

Das führt uns zum zweiten Argument. Zusätzlich zur Sabotage reaktionärer Diskursräume müssen wir eine eigene Gesellschaftskritik vermitteln. Dies ist uns allen in der Vergangenheit unzureichend gelungen. Möglich ist dies nur durch die Beteiligung an konkreten, sozialen Kämpfen und durch die Vermittlung der Erkenntnis, dass die aktuellen sozialen Probleme nicht innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gelöst werden können. Dazu muss die radikale Linke verstärkt an Arbeitskämpfen, feministischen Auseinandersetzungen sowie Kämpfen gegen die „Festung Europa" teilnehmen und zu deren Verknüpfung beitragen. Zur Vermittlung unserer emanzipatorischen Inhalte wird eine einfache Teilnahme am öffentlichen Diskurs nicht ausreichen. Unsere Kritik der Verhältnisse und unsere Organisationsangebote werden dann Menschen erreichen, wenn sie in ihrer Radikalität wahrnehmbar bleiben. Der Punkt, den wir letztlich vermitteln wollen, ist: Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit sind nur gegen Kapital und Staat zu haben. Diese Erkenntnis ist in Zeiten des Rechtsrucks wichtiger denn je. •

Die Gruppe „the future is unwritten" ist eine antiautoritäre, antinationale, feministische und kommunistische Gruppe aus Leipzig. Sie ist Teil des bundesweiten „..um's Ganze!"-Bündnisses. Ihr nächstes Projekt ist die Gründung der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative" in Sachsen anlässlich der kommenden Landtagswahl.

1 Matthias Meisner: Wie Leipzig von Frankfurt lernen will (der tagesspiegel): www.tagesspiegel.de/politik/rechte-verlage-auf-der-buchmesse-wie-leipzig-von-frankfurt-lernen-will/20592762.html **2** Prisma — interventionistische Linke Leipzig: Vom ersten Versuch, das Unerwartete zu tun — Eine Auswertung: http://prisma.blogsport.de/2018/03/21/vom-ersten-versuch-das-unerwartete-zu-tun-eine-auswertung **3** the future is unwritten — Leipzig: Meinungsfreiheit für Nazis?: www.unwritten-future.org/index.php/meinungs-freiheit-fuer-nazis **4** Das mahnte Rosa Luxemburg schon 1899 an: „Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten.", aus: Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution?

REPRESSION

In Großbritannien läuft derzeit ein Prozess gegen 15 Antira-Aktivist_innen, die mit einer spektakulären Aktion eine Sammelabschiebung verhinderten. Ihr Handeln wird nun als Terrorismus kriminalisiert, ihnen drohen lebenslange Haftstrafen.

Terrorismusvorwurf gegen Antira-Aktivist_innen

Es war der Abend des 28. März 2017, 22 Uhr: Am Londoner Flughafen Stansted sollte wie so oft ein Charterflug der britischen Regierung nach Westafrika starten. 53 Menschen wollte die britische Regierung an diesem Tag nach Nigeria und Ghana abschieben, die vor Verfolgung in ihren Herkunftsländern geflohen waren. Eine gängige Praxis in Großbritannien, die von der Regierung teilweise vollzogen wird, noch bevor die Abschiebeverfahren der Betroffenen überhaupt von Gerichten entschieden wurden. In der britischen Öffentlichkeit ist diese Praxis kaum Thema, die Regierung versucht solche Flüge nachts im Geheimen abzuwickeln.

Doch soweit kam es an diesem Dienstag nicht: Mehrere Antira-Aktivist_innen enterten in zwei Gruppen die Startbahn. Da die Security sie bereits bemerkt hatte, musste alles ganz schnell gehen: Die erste Gruppe errichtete eine metergroße Pyramide aus Stahlrohren vor dem Flügel der Boeing 767-300, an der sie ein pinkes Transparent mit der Aufschrift „No One is illegal" und danach sich selbst befestigten. Eine Person stieg auf die Spitze, damit die Polizei das Konstrukt nicht einfach umkippen konnte. Parallel ketteten sich andere Aktivist_innen an einem Rad des Fliegers zusammen. Indem alle sogenannte „Armrohre" nutzten — eine Methode, bei der sich die zusammengeketteten Arme der Beteiligten in Röhren aus Metall oder einem anderen festen Material befinden, damit diese nicht einfach durchtrennt werden können — verhinderten sie den schnellen Abtransport durch die Polizei. Und nicht nur das, ihre Aktion war so effektiv, dass nicht nur die Sammelabschiebung komplett verhindert wurde, sondern der gesamte Flugverkehr in London-Stansted für zehn Stunden zum Erliegen kam.

Angenehm war die Aktion für die Beteiligten allerdings nicht: „Wenn du so lange dort liegst, ist es sehr schmerzhaft: Deine Arme sind hinter deinem Kopf hochgezogen und du liegst die ganze Zeit mit dem Rücken auf kaltem, hartem Beton ohne dich richtig bewegen zu können. Ich fühlte mich ziemlich schlecht am Ende", berichtete eine Aktivistin. Dennoch hatte sich die Aktion gelohnt: „Die Menschen, die abgeschoben werden sollten, kamen mit Reisebussen direkt aus den Haftanstalten. Als gegen 3 Uhr morgens klar war, dass der Flug nirgendwo mehr hinfliegen wird, die Busse wieder abfuhren und sogar das Personal Feierabend machte, war das ein gewaltiges Glücksgefühl für uns."

Gefährlicher Präzedenzfall

Bis die Polizei Spezialisten zum Entfernen der Rohre herangeholt hatte, vergingen mehrere Stunden. Einzeln wurden die Aktivist_innen mit Sägen aus den Armrohren geschnitten. „Der eigentliche Vorgang der Entfernung war nicht sehr spaßig - die Polizei war, sagen wir mal, nicht gerade freundlich und ging ziemlich grob vor", so die Aktivistin. Nachdem alle gelöst waren, wurden die Beteiligten in verschiedene Polizeistationen gebracht und fast 24 Stunden lang verhört.

Mit der Aktion gelang es den Aktivist_innen nicht nur, zumindest punktuell effektiv Sand im Getriebe der langjährigen Abschiebepraxis der britischen Regierung zu sein und ein Zeichen in der öffentlichen Debatte zu setzen. Der Fall wurde erst aus anderen Gründen zum Politikum und Thema in der überregionalen Berichterstattung: Der ursprüngliche — und für solche Aktionen in Großbritannien übliche — Vorwurf des schweren vorsätzlichen Hausfriedensbruchs wurde im Laufe des Verfahrens ausgeweitet und durch „Gefährdung eines Flughafens und seiner Nutzer" erweitert. Dieser aus der Anti-Terror-Gesetzgebung stammende Straftatbestand zum Schutz „strategischer Standorte" wie Häfen und Flughäfen kann lebenslange Haftstrafen nach sich ziehen. Er wurde überhaupt erst in Folge eines Bombenanschlags auf eine PanAm-Maschine in Lockerbie im Jahr 1988 mit über 260 Toten eingeführt und soll jetzt offensichtlich gegen politische Protestaktivitäten angewendet werden.

Vergleichbare Fälle — ähnliche Aktionen gab es durch Klimaaktivist_innen und „Black Lives Matter"-Demonstrant_innen - endeten zuvor stets mit geringen Strafen wegen Hausfriedensbruch. Wenn es nach dem Willen der Anklage geht, nicht so bei den „Stansted 15", wie die Gruppe von Antira-Aktivist_innen mittlerweile genannt wird. Zwar hatten die Behörden in einem der älteren Fälle ebenfalls versucht, hohe Haftstrafen für die Angeklagten zu erwirken, indem sie mit 25 Flugausfällen und diversen Verspätungen argumentierten, wodurch angeblich 92.000 Menschen „Opfer" der Aktion geworden seien. Vor

Fotos: End Deportations / Twitter

links: Aktivist_innen während der Flugzeug-Blockade 2017
oben: Protest beim ersten Prozesstag vor dem Gericht in Chelmsford
unten: Die Angeklagten „Stansted 15“

Gericht waren sie damit jedoch gescheitert, es gab nur Bewährungsstrafen.

Die Anwendung von Anti-Terror-Gesetzen gegen etablierte Protestformen sozialer Bewegungen in Großbritannien muss als neuerlicher Versuch der Kriminalisierung gesehen werden, der nunmehr soweit geht, komplett gewaltfreie Aktionsformen als inländischen Terrorismus zu brandmarken. Ziel der Repressionsorgane ist es offensichtlich, eine effektive Art des Protestes durch drakonische Strafen für politische Aktivist_innen unattraktiv zu machen. Wie erfolgreich sie damit sein werden, wird sich erst noch zeigen. Zumindest wurde die Anklage zugelassen und am 19. März der Prozess gegen die „Stansted 15“ eröffnet. Er sollte mindestens sechs Wochen gehen, wurde jedoch zunächst auf unbestimmte Zeit vertagt.

Angeklagte wollen Aufmerksamkeit nutzen

Die Angeklagten und ihr Umfeld wollen sich jedoch deswegen in ihrer politischen Praxis nicht auf die Antirepressionsarbeit beschränken, sondern die öffentliche Aufmerksamkeit um den Prozess nutzen, um auf die „brutale, geheime und kaum legale Abschiebepraxis“ in Großbritannien und die Schicksale der Betroffenen hinzuweisen. Einer der Anwälte formulierte es so: „Trotz der drakonischen Anklagen, die gegen die Betroffenen erhoben werden, enthüllt der Prozess ein Thema, über das die meisten Menschen in diesem Land nichts wissen — das schreckliche Klopfen an der Tür mitten in der Nacht und seine Folgen, die in den meisten Köpfen mit totalitären Regimen verbunden sind.“ Die britische Regierung bucht nämlich seit 2001 regelmäßig ganze Flüge, um eine große Anzahl an Menschen gleichzeitig abzuschieben. Diese Flüge finden nachts statt und werden im Geheimen von privaten Sicherheitsfirmen ausgeführt. Immer wieder gibt es Berichte von gewalttätigen Übergriffen bei diesen Abschiebungen. Um Betroffene ausfindig zu machen und die Maschinen voll zu kriegen, setzt die Regierung auf „racial profiling“. Effektiv wehren konnten sich die Betroffenen lange Zeit nicht: Erst seit Sommer letzten Jahres wurde vom Obersten Gerichtshof die langjährige Praxis, erst Abschieben, dann über Klagen entscheiden, als rechtswidrig eingestuft. Schätzungen gehen von tausenden Betroffenen pro Jahr aus.

Einer der Angeklagten sagte in einem Interview: „Hoffentlich macht dieser Fall auf die Brutalität und Ungerechtigkeit aufmerksam, die das britische Einwanderungsregime prägen und schafft neuen Raum für diejenigen, die Abschiebungen beenden und für eine Welt ohne Mauern, Käfige und Grenzen kämpfen wollen.“ Zum Prozessauftakt protestierten über 200 Menschen vor dem Gericht in Chelmsford, nordöstlich von London. Auf ihren Schildern und Transparenten standen nicht nur Forderungen wie „Drop The Charges“ („Lasst die Anklagen fallen“) sondern auch „End Deportations“ oder „No Detention, No Deportation“. •

REPRESSION

Instrumentalisierung eines Vorgartenkonzertes

GASTBEITRAG DER ROTZFRECHEN ASPHALTKULTUR (RAK)

Am 18. Mai diesen Jahres fand in Hitzacker ein spontanes Musikkonzert auf der Straße vor dem Haus des Staatsschutzbeamten Herrn H. statt. Aktivist*innen der Rotzfrechen Asphaltkultur (RAK) unterstützten dabei mit Instrumenten und Gesang ihre Genoss*innen aus dem Wendland, die mit ihrer Aktion ihren Protest über die Ermittlungsmethoden des Staatsschutzbeamten H. zum Ausdruck bringen wollten.

Die Vorgeschichte

Olaf H. ist Polizeibeamter und Chef der Staatsschutzabteilung Lüchow-Dannenberg. In dieser Funktion ist er verantwortlich für alle Anzeigen, Ermittlungsverfahren und Vorladungen gegen Personen, die dem linken Spektrum der Region zugeordnet werden. Dabei drängte sich den Aktivist*innen in den letzten Jahren zunehmend der Eindruck auf, dass dies für ihn mehr als „nur" seine Arbeit als Behördenmitarbeiter darstellt. Für Betroffene führt Olaf H. seinen Feldzug gegen linke Aktivist*innen im Wendland aggressiv und höchst persönlich. Beispielsweise bedrohte er eine Person damit, sie „fertig zu machen" und versuchte, Druck auf einzelne Aktivist*innen auszuüben. Regelmäßige Kontrollfahrten vor vermeintlich einschlägigen Szene-Treffpunkten sind an der Tagesordnung. Die Betroffenen fühlen sich so in ihrem Privatleben eingeschränkt. Vorläufiger Höhepunkt war der völlig überzogene Polizeieinsatz im Februar 2018, bei dem eine vermummte und mit Maschinenpistolen bewaffnete Einsatzhundertschaft den Gasthof Meuchefitz stürmte, um ein mit der kurdischen Freiheitsbewegung solidarisches Banner, ein besprühtes Bettlaken, abzuhängen. Betroffene berichten: „Er taucht immer wieder bei uns auf und schränkt unsere Freiheiten durch sein Wissen über uns und die von ihm angestoßene Repression enorm ein." Der Besuch in Hitzacker stellte eine Reaktion darauf dar. Bunter Protest und Musik als Zeichen dafür, dass es so nicht weitergehen kann: Herr H. sollte wortwörtlich die Meinung gegeigt werden.

Die Aktion und ihre Folgen

Am Abend des 18. Mai 2018 versammelten sich etwa 60 Personen in Hitzacker, um gemeinsam zum Haus von Herrn H. zu spazieren. Auf dem öffentlichen Autowendeplatz vor dem Haus fand ein Konzert mit Musik und Gesang statt. Währenddessen wurden an seiner Garage zwei Fahnen der kurdischen Freiheitsbewegung YPG und YPJ angebracht und eine weitere YPG-Fahne auf einem ca. drei Meter hohen, selbstmitgebrachten Mast gehisst. Zwei nach kurzer Zeit eintreffende Polizisten nahmen keinen wahrnehmbaren Kontakt mit der spontanen Versammlung auf. Nach der Darbietung von vier Liedern und wiederkehrenden „Hupp Hupp Hurra"-Rufen packten die Musiker*innen ihre Instrumente zusammen und alle Beteiligten machten sich auf den Rückweg. Als sich die Gruppe langsam dem 500 Meter vom Kundgebungsort entfernten Bahnübergang näherte, rasten plötzlich mehrere Einsatzbusse der Polizei auf die Gruppe zu, aus denen vermummte Beamte der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) sprangen, die alle Personen gewaltsam zu Boden brachten. Laut Augenzeugenberichten schlugen die Polizeibeamten auf Aktivist*innen ein, traten einige brutal und fesselten sie mit Kabelbindern. Unter den Einsatzkräften befand sich auch Olaf H., der zuvor noch beim Aktionstag in Gorleben im Dienst gewesen war. Noch in Uniform und als einziger Polizeibeamter unvermummt, soll er laut Betroffenenberichten auf am Boden liegende Aktivist*innen eingetreten haben. Erst zwei Stunden nachdem der Polizeikessel geschlossen wurde, wurde den Aktivist*innen der Grund für die Maßnahme mitgeteilt. Da es einige Verletzte gab, waren zwei Sanitäter der Rettungswacht vor Ort. Während der ersten zwei Stunden wurde allen der Gang zur Toilette verwehrt. In Sprechchören forderten die Festgesetzten, aufs Klo gehen zu dürfen und freigelassen zu werden. Gegen 23 Uhr wurde mit den erkennungsdienstlichen Behandlungen begonnen, die sich bis 2 Uhr morgens hinzogen. Im Laufe der Zeit fanden sich Unterstützer*innen vor Ort ein und versuchten, die Aktivist*innen im Kessel mit Essen, Getränken und Musik zu unterstützen. Das mitgebrachte Essen wurde jedoch nicht in den Kessel durchgelassen. Vier Aktivist*innen wurden nach Lüchow in Polizeigewahrsam gebracht und teils bis zum kommenden Abend dort festgehalten. Der Rest bekam Platzverweise mit folgender Begründung: „Sie stehen im Verdacht einen Landfriedensbruch und Hausfriedensbruch auf dem Privatgrundstück des Polizeibeamten Herrn H. begangen zu haben. Zudem skandierten Sie sogar während der polizeilichen Maßnahme: ‚Hupp Hupp Hurra' und heroisierten damit Ihr Verhalten." Daneben wurden mehrere Gegenstände konfisziert.

Dass H. zum Zeitpunkt der Aktion nicht persönlich zu Hause anwesend war, ist da-

bei zweifellos unglücklich, zumal später berichtet wurde, dass sich H.'s im Haus anwesende Familie eingeschüchtert gefühlt habe. Dass sich überhaupt jemand von einem Haufen Straßenmusiker*innen bedroht fühlen kann, spricht jedoch Bände darüber, wie sehr das Bild von „Linken" eben auch durch die Arbeit von Olaf H. verzerrt und dämonisiert wird. Auf der Aktion selbst war von diesem angeblichen Bedrohungsszenario jedenfalls nichts zu spüren. Nachbar*innen kamen sogar mit ihren Kindern an die Gartenzäune und lauschten dem musikalischen Protest. Die Aktivist*innen bedauern, falls sich die Familie H. oder sonstige Anwohner*innen von der Aktion eingeschüchtert sahen — schließlich ging es niemals darum, den Konflikt auf dem Rücken unbeteiligter Angehöriger auszutragen, sondern darum, auf die Übergriffe eines übermotivierten Staatsschutzbeamten zu reagieren.

Das Medienecho

Im Nachhinein haben sich noch ganz neue Themenfelder eröffnet, die mit dieser relativ kleinen unspektakulären Aktion zusammenhängen — nämlich die Rolle der Polizei als politischer Player und die Rolle der Medien, die ihren eigenen Ansprüchen der Unabhängigkeit in keinster Weise gerecht geworden sind. Die Polizeiinspektion Lüneburg dramatisierte in ihrer bereits in der Nacht eilig veröffentlichten Pressemitteilung die Ereignisse und sprach von einer „neuen Dimension der Gewalt gegen Polizeibeamte" — vermutlich auch in weiser Voraussicht, dass sich zu Pfingsten, dem Zeitpunkt der Aktion, nur wenig Pressevertreter*innen vor Ort einfinden würden, um über die Aktion und ihre Folgen zu berichten. So waren außer einem Journalisten der Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ) keine weiteren Reporter*innen beim Kessel in Hitzacker anwesend. Das hatte zur Folge, dass die Medien einfach die Informationen der Pressemitteilung der Polizei übernahmen. Einige Medien, wie zum Beispiel BILD, Welt und Focus, wurden dabei so kreativ, dass sie selbst die bereits tendenziöse Pressemitteilung weiter ausschmückten und mit Archivbildern versahen, welche ein Bild erzeugten, das in keiner Relation zu der Aktion in Hitzacker steht. Klar ist, dass auf diese Weise Stimmung gegen die linke Szene und Werbung für die geplante Verschärfung des niedersächsischen Polizeigesetzes gemacht werden sollte. Unverständlich für die Betroffenen bleibt, warum die Medien die Pressemitteilung der Polizei unhinterfragt übernahmen und die Überdramatisierung der Aktion später nicht korrigierten.

Wie könnt Ihr uns unterstützen?

Die Polizei hat 55 Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Hausfriedensbruchs und Landfriedensbruchs eingeleitet. Das heißt, dass dem überzogenen Polizeieinsatz und der Vorverurteilung durch die Medien nun noch ein juristisches Nachspiel folgen wird. Neben einer Richtigstellung und Entdramatisierung der Tatsachen auf allen möglichen Kanälen bedarf es daher in näherer Zukunft vor allem auch der finanziellen Unterstützung. •

Mehr Informationen findet Ihr unter:
http://www.rak-treffen.de

Spenden an:
RAK
IBAN: DE50200411550217528900
BIC: COBADEHD055
Verwendung: Hitzfreche Ackerkultur

Die RotzfrecheAsphaltKultur (RAK) ist ein Zusammenschluss von linken (Straßen)musiker*innen, Theaterleuten und anderen Kleinkünstler*innen.

GRIECHENLAND

Der Prozess gegen die neonazistische Partei „Goldene Morgenröte" wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung stellt eine Herausforderung für Staat, Politik und Rechtswesen dar.

Die „Goldene Morgenröte" vor Gericht

THANASIS KAMPAGIANNIS

Die „Goldene Morgenröte" steht nicht vor Gericht, weil sie die demokratische Grundordnung ablehnt und deren Auflösung anstrebt. Dies trifft zwar zu, vor Gericht steht sie aber als mutmaßlich kriminelle Vereinigung, die unter hierarchischer Führung schwere Verbrechen begangen hat, wobei die Führungsriege der kriminellen Struktur und der Partei identisch sind. Da die Strafverfolgung der „Goldenen Morgenröte" erst eingeleitet wurde, nachdem diese im Parlament vertreten war, handelt es sich um ein einzigartiges politisches Unterfangen. Eine Organisation, die als politische Partei tätig ist, steht gleichzeitig als „Verbrechersyndikat" vor Gericht: Ihr Fraktionsvorsitzender, die meisten Abgeordneten und hochrangige Mitglieder sind angeklagt, als Rädelsführer fungiert zu haben. Nicht zuletzt handelt es sich um ein in rechtlicher und justizieller Hinsicht ambitioniertes Unterfangen mit 69 Angeklagten (unter denen sich 13 amtierende und fünf frühere Parlamentsabgeordnete befinden). Die Hauptverhandlung läuft seit über drei Jahren, und hat bislang die Phase der Vernehmung der Entlastungszeugen nicht verlassen.

Electra Alexandropoulou und Eirini Vlachou[1] schildern die Ausgangslage: „In diesem Verfahren werden folgende vier Strafsachen gemeinsam behandelt: der im September 2013 begangene Mord an Pavlos Fyssas; ein Übergriff auf ägyptische Fischereiarbeiter sowie ein weiterer auf Gewerkschafter der Kommunistischen Partei Griechenlands sowie die mutmaßliche Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung als deren Rädelsführer. Der antifaschistische Musiker Pavlos Fyssas wurde im September 2013 in Keratsini in der Nähe von Piräus ermordet. Der Übergriff fand nachts vor einer Kneipe statt: Eine Gruppe von 50 Menschen umzingelte die Freunde von Pavlos und isolierte ihn, um es dem Mörder Roupakias zu ermöglichen, ihn kaltblütig zu erstechen. Roupakias ist der einzige Angeklagte, der sein Verbrechen gestanden hat. Der Übergriff auf die ägyptischen Fischereiarbeiter geschah im Juni 2012, als Mitglieder der „Goldenen Morgenröte" unter Beschimpfungen und Bedrohungen versuchten, in deren Haus einzudringen. Es gelang ihnen, einen Fischereiarbeiter, der auf der Terrasse schlief, zu überwältigen; er wurde verprügelt und trug schwere Verletzungen davon. Fünf Tage vor dem Mord an Fyssas griffen Kämpfer der „Goldenen Morgenröte" Mitglieder der (...) Gewerkschaft PAME mit Eisenstangen an, die in Perama in der Nähe von Piräus plakatierten. Außer den Beschimpfungen und Einschüchterungen erlitten die Gewerkschafter sehr schwere Verletzungen. Dieser Übergriff war durchorganisiert und wies militärische Merkmale des Angriffs eines Stoßtrupps auf".

Zwischen September 2015 und Februar 2018 wurden insgesamt 147 Zeug_innen vernommen. Betrachtet man die Aussagen zu weiteren Fällen, erhält man ein Bild der kriminellen Aktionen der „Goldenen Morgenröte": Der Übergriff unter Führung von Parlamentsabgeordneten auf die selbstverwaltete soziale Einrichtung „Synergeio" im Juli 2013; der Übergriff auf eine anarchistische Einrichtung in dem Athener Bezirk Petralona im Juni 2008 (zwei Täter, einer von ihnen ein Funktionär der „Goldenen Morgenröte", sind in dieser Sache wegen versuchten Totschlags rechtskräftig verurteilt worden); der Brandanschlag auf das Geschäft eines kamerunischen Staatsangehörigen im Zentrum Athens im Mai 2013 (zwei Täter, einer von ihnen Mitglied der „Goldenen Morgenröte", sind in dieser Sache rechtskräftig verurteilt worden); ein Übergriff auf afghanische Geflüchtete durch eine Gruppe von zehn Personen unter Führung einer kandidierenden Parlamentsabgeordneten der „Goldenen Morgenröte" im September 2011 (die Täter sind rechtskräftig verurteilt worden); ein Überfall auf pakistanische Arbeiter auf Kreta durch Funktionäre der lokalen „Goldenen Morgenröte" im Februar 2013 (die Täter sind in erster Instanz verurteilt worden). Hinzu kommt eine Vielzahl weiterer rassistischer Übergriffe, Brandanschläge auf Moscheen sowie Schändungen von jüdischen Erinnerungsorten.

„Sturmbataillone" und „Stoßtrupps"

Aus den meisten verhandelten Rechtssachen geht ein organisierter Charakter der Übergriffe hervor, der sich stets ähnelt: Angriffe durch mehrere, schwarz gekleidete Perso-

Foto: wikimedia.org; Jebulon; cco 1.0.

Jannis Lagos, Abgeordneter des griechischen Parlaments für die „Goldene Morgenröte".

nen, meistens Männer, gegen wenige Opfer; Zusammenstellung der angreifenden Gruppe per Telefon bzw. SMS; Beförderung zum Tatort, oft mit Motorrädern, die die koordinierte Flucht vom Tatort sicherstellen; Angriff nach engem Zeitplan; Überwältigung der Opfer; Nutzung von Waffen; Erklärung der politischen Motivation des Übergriffs (durch getragene Abzeichen oder Parolen); Verletzung individueller Rechtsgüter; organisierter plötzlicher Rückzug; Anwesenheit einer Führungsperson, meistens ein Funktionär der Organisation. Die Anklageschrift verwendet in Anlehnung an entsprechende Gruppen im Nationalsozialismus den Begriff „Sturmbataillone" bzw. „Stoßtrupps". In vielen Fällen dienen Parteibüros den Angreifern als Rückzugsorte. Die Übergriffe sind nicht nur horizontal, sondern auch vertikal organisiert: Aus den Fällen, für die Mitschnitte von Telefongesprächen und Kurzmitteilungen der Täter vorliegen, geht ein vorausgehender Bericht an die nächsthöhere Instanz (z.B. an einen regionalen Leiter oder Parlamentsabgeordneten) hervor. Ein Beispiel dafür ist der Übergriff auf die Gewerkschafter in Perama. Der Abgeordnete Iannis Lagos, der auch als Rädelsführer angeklagt ist, hat den Angriff genehmigt, wurde während des Übergriffs über den Verlauf informiert und gab das Zeichen zum Rückzug zur Vermeidung von Verhaftungen. In der Hauptverhandlung und durch Sicherstellung der Festplatten führender Funktionäre wurde bewiesen, dass der Nationalsozialismus der ideologische Kern der Organisation ist. In einem Video werden neue Mitglieder von führenden Funktionären gegen den „Ewigen Juden" eingeschworen. Der Pressesprecher Ilias Kasidiaris ist auf Fotos zu sehen, auf denen er vor einer Reichskriegsflagge den Hitlergruß zeigt. Der Führer der Organisation und Angeklagte Nikolaos Michaloliakos erklärte auf einer geschlossenen Mitgliederveranstaltung: „Wir sind nicht wie Le Pen. [...] Wir sind die Saat der Unterlegenen von 1945, das sind wir! Nationalisten, Nationalsozialisten, Faschisten." Angemerkt sei, dass diese Ideologie nicht strafbar ist: Das Gericht befasst sich lediglich deshalb mit ihr, da sie das Motiv und die Zielsetzung für die Verbrechen bietet.

Duldung durch den Staatsapparat

Die jahrelangen kriminellen Machenschaften der „Goldenen Morgenröte" lassen sich nur mit einer jahrzehntelangen Duldung durch den Staatsapparat erklären. Aus der Hauptverhandlung geht eine Untätigkeit der Polizei hervor, die bei vielen Übergriffen zwar anwesend war, jedoch nicht eingeschritten ist. Bezeichnend hierfür ist die Anwesenheit von acht Polizeibeamt_innen während des Mordes an Pavlos Fyssas. Die Verteidigung der „Goldenen Morgenröte" wird im wesentlichen durch politische FunktionärInnen der Organisation und wissenschaftliche MitarbeiterInnen der angeklagten Abgeordneten übernommen. Dies bedeutet, dass der griechische Staat die Verteidigungskosten über den Parlamentshaushalt trägt, während für deren Opfer keinerlei Prozesskostenhilfe vorgesehen ist und deren Rechtsanwält_innen pro bono tätig sind. Der Mord an Pavlos Fyssas war Anlass für eine antifaschistische Massenmobilisierung, die den griechischen Staat dazu zwang, die Führungsriege der „Goldenen Morgenröte" verhaften zu lassen und eine Strafverfolgung einzuleiten. In naher Zukunft wird sich der griechische Staat nunmehr entscheiden müssen, ob eine Neonazi-Organisation, die eine Vielzahl von Verbrechen begangen hat, durch die griechische Rechtsordnung rehabilitiert wird. •

Thanasis Kampagiannis ist Rechtsanwalt in Athen. Er berichtet seit April 2015 vom laufenden Prozess gegen die „Goldene Morgenröte" und vertritt im Prozess als Nebenklagevertreter die ägyptischen Fischereiarbeiter.

Der Text ist eine leicht redigierte und gekürzte Version eines Beitrags, der im RAV Infobrief Nr. 115, 2018 erschienen ist.

1 Vgl. dazu (in leicht anderer Übersetzung): Electra Alexandropoulou und Eirini Vlachou, Zum Prozess gegen die „Goldene Morgenröte" in Griechenland. Rechtliche und politische Herausforderungen. In: RAV InfoBrief 7 (112), S. 62-65 (63f).

UNGARN

Seit 2013 fährt die neofaschistische Partei Jobbik eine Kommunikationsstrategie, die sie als moderate „Volkspartei" in der ungarischen Öffentlichkeit etablieren soll. Mit Erfolg, wie nicht nur die vergangenen Wahlen gezeigt haben. Selbst bei aktuellen Protesten wird sie von den restlichen Oppositionsparteien und Regierungskritikern als legitimer politischer Partner betrachtet.

Jobbik auf dem Weg zur moderaten „Volkspartei"?

ISTVÁN KOVÁCS

Die Wochenzeitung Magyar Narancs fragte kurz vor den Parlamentswahlen Anfang April: „Sollte ein Jobbikvertreter in ihrem Wahlbezirk der aussichtsreichste Herausforderer des Regierungskandidaten sein, darf oder soll ein Mensch, der sich demokratischen Werten verpflichtet fühlt und einen Regierungswechsel will, für diesen Kandidaten stimmen?" Hierbei ist wichtig zu erwähnen, dass im ungarischen Wahlsystem den Direktkandidaten ein größeres Gewicht zukommt als in der Bundesrepublik und sie für die letztendlichen Mehrheiten im Parlament entscheidend sind. Die Zeitung veröffentlichte die Antworten von Personen des öffentlichen Lebens: Literat_innen, Aktivist_innen, Historiker_innen, Musiker_innen. Für viele der Befragten war die Antwort ein klares Nein, so zum Beispiel für den Schriftsteller Péter Nádas. Andere sahen darin den einzigen Ausweg. Bezeichnend ist die Antwort des anerkannten, 50-jährigen Theaterregisseurs Robert Alföldy, einem Star der Kultur- und Medienszene, von 2008 bis 2013 Intendant des Nationaltheaters in Budapest, der wichtigsten ungarischen Bühne und bekennender Homosexueller. Er schrieb, es sei zwar schwer den Schritt zu tun, er müsse aber als „Staatsbürger seine eigenen Interessen zur Seite schieben", damit überhaupt „irgendeine Hoffnung für eine andere Zukunft besteht". Im Kampf gegen die Zweidrittelmehrheit des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán müsse auch für Jobbik gestimmt werden: „In der Hoffnung, dass etwas Schlimmeres nicht mehr kommen kann."

Was ist passiert, dass einige Vertreter_innen des offenen und liberalen Ungarn ihre „Hoffnung" in eine Partei setzen, der sie glauben wollen, sie habe sich verändert? Eine Partei, die vor wenigen Jahren noch einen Judensternstempel in den Pässen von ungarischen Parlamentarier_innen mit doppelter, auch israelischer Staatsbürgerschaft forderte? Die Roma in Lagern sammeln wollte, über ihre Zwangssterilisierung nachdachte und sie als „biologische Massenvernichtungswaffe" zur Zerstörung des ungarischen Volkes bezeichnete? Die sich mit der „Ungarischen Garde" eine eigene paramilitärische Organisation gehalten hat? Die verbal all jenen zur Hand ging, die mit physischer Gewalt unter anderem die Teilnehmer_innen der Budapest Pride angriffen, so dass seit 2007 die Demonstration gegen Homophobie und jegliche Form sexueller Diskriminierung nur noch hinter Absperrungen stattfinden kann? Es darf zwar nicht überraschen, dass das liberale Bürgertum unter bestimmten Bedingungen für eine zum Teil offen faschistische Partei stimmt. Dennoch soll auf einige konkrete Punkte hingewiesen werden.

Imagekampagne

Zum einen hat die ungarische Regierung den Neofaschisten den Rang abgelaufen. Die liberalkonservative Partei Fidesz hatte schon nach den verlorenen Wahlen 2002 versucht, die radikaleren rechten Kräfte für sich zu gewinnen. Bei den Wahlen 2010, als zum ersten Mal auch Jobbik ins ungarische Parlament gelangte, war sie mit diesem Anspruch gescheitert. Aber Fidesz gab ihn deswegen nicht auf. Orbán gewann 2010 die Wahlen, ohne zuvor ein Programm vorgestellt zu haben. Die Regierung hat seither die rassistische und autoritäre Agenda der NeofaschistInnen verwirklicht. Da Jobbik aber zum einen sein Wählerpotential in den Neonazigruppen, die nicht für die Regierung stimmen würden, erschöpft sah, zum anderen deutlich wurde, dass Fidesz sie nicht so leicht an die Haushaltstöpfe lassen würde, versuchte die Partei nach 2013 mit einer neuen Kommunikationsstrategie, breitere Wählerschichten anzusprechen und sich für einen Regierungswechsel in Position zu bringen. Die bei Jungwählern ohnehin beliebteste Partei begann eine „Zuckerkampagne", um zur „nationalen Volkspartei" zu werden. Sinnbildlich wurden die Fotos, die den ehemaligen Parteivorsitzenden Vona in Jeans und mit Lederjacke lächelnd mit Hundewelpen der ungarischen Jagdhund-Rasse Vizsla zeigen. Im selben Jahr zeichnete der ungarische „Superminister" „für Humanressourcen", Zoltán Balog, den Sänger der in Neonazikreisen beliebten RechtsRockband „Kárpátia" mit einem Staatsorden für Verdienste um die

ungarische Kultur aus. Die Parteien sind sich in den letzten Jahren immer ähnlicher geworden und bilden einen nationalchauvinistischen, autoritären Block. Deutlich wird dies u.a. auch dadurch, dass Jobbik die wichtigen Gesetzesprojekte der Regierung im Parlament unterstützt.

Reaktionäre Mehrheit

Das führt zum zweiten Grund. Jobbik ist mit 13 Prozent der Sitze die größte Oppositionspartei. Mit der Regierungskoalition, die auf 67 Prozent kommt, vereinen sie 159 der 199 Parlamentssitze auf sich. 80 Prozent des ungarischen Parlaments sind in der Hand von offen reaktionären Parteien. Das ist der klare Ausdruck eines europäischen Zeitgeistes. Die Parteien der sogenannten demokratischen Opposition ziehen daraus den Schluss, ein Regierungswechsel sei nur gemeinsam mit den Neofaschisten machbar. Ganz offensichtlich erscheint ihnen die Möglichkeit, eine Opposition zu diesem reaktionären Block zu bilden, ausgeschlossen. Das hängt auch damit zusammen, dass die ungarische „Linke" Angst hat, mit der staatssozialistischen Vergangenheit in Verbindung gebracht zu werden und ihr ideologischer Horizont über den Neoliberalismus als „linke" Alternative zum Nationalismus kaum hinausgeht. Während das liberale Bürgertum in den letzten 30 Jahren den Antitotalitarismus gepredigt hat und keine Möglichkeit verstreichen ließ, um zu behaupten, dass Kommunismus und Faschismus zwei Seiten derselben Medaille sind, flirtet sie jetzt ganz offen mit den NeofaschistInnen, und muss sich immer wieder eine Abfuhr von ihnen holen. Von der Zusammenarbeit mit Jobbik erhofft sie sich in erster Linie, die Klientelpolitik der Regierung zu brechen. Das orbánkritische ungarische Bürgertum sieht in der Korruption das größte Problem des Landes. Die ideologische Nähe der NeofaschistInnen zur Regierung wird daher in Kauf genommen.

Ausblick

Jobbik ringt mit seiner neu gewonnenen Bedeutung. Seit 2016 findet ein offener Machtkampf in der Partei statt, der sich seit den Parlamentswahlen Anfang April verschärft hat. In den liberalen Medien wird gebangt, ob die Partei den „Volksparteikurs" halten kann und als möglicher Bündnispartner erhalten bleibt. Im Grunde handelt es sich bei dem Richtungsstreit der Partei aber um eine Strategiefrage: Die einen wollen Wahlen gewinnen, indem sie die Ziele in einer moderaten Kommunikation verpacken. So Tamás Sneider, der seit Mitte Mai neuer Vorsitzender ist, und mit seinen Leuten dem ehemaligen Parteichef Vona nahe steht. Die anderen wollen Wahlen dadurch gewinnen, dass sie radikal und offen die Ziele der Partei aussprechen. So der eher an den neonazistischen Kleingruppen orientierte Laszló Toroczkai, Bürgermeister der ostungarischen Grenzstadt Asotthalom. Beiden gemein sind aber immer noch die rassistischen und menschenfeindlichen Ziele.

In welche Richtung sich dies in Zukunft entwickeln wird, ist nicht vorauszusagen. Vielleicht hat sich die Partei schon an dem Tag gespalten, an dem dieser Artikel veröffentlicht wird. Denn nachdem Toroczkai die Wahl zum Vorsitzenden verloren hatte, kündigte er an, eine Parteiplattform mit dem Namen „Wir selbst" gründen zu wollen. Vor allem LokalpolitikerInnen vom Land wollten sich ihm anschließen. Die Parteiführung verbot dies jedoch und geißelte „Spaltungsversuche". Die einzige Parlamentsabgeordnete, die sich auf die Seite Toroczkais stellte, war Dora Dúró. Ende Mai gab die Parteiführung bekannt, sie würde Dúró aus der Fraktion ausschließen. Die Abgeordnete verkündete daraufhin auf facebook, sie wäre bereit, ihr Mandat abzutreten. Über die Hintergründe wird noch geschwiegen. Tatsächlich scheint ein Bruch möglich. Aber niemand sollte sich von diesem Theater blenden lassen. Die Jobbik wird weiter auf ihre Weise, ob im Stillen oder lautstark, ob nah an der Regierung, den Neonazigruppen oder relativ unspektakulär in der Kommunalpolitik wie bislang rassistisch, antidemokratisch und autoritär an ihrer Vision einer Gesellschaft für „national empfindsame" Bürger basteln. •

USA

In Folge eines Neonazi-Aufmarschs in Charlottesville[1] – bei dem eine Antifaschistin getötet wurde — musste die „Alt Right"–Bewegung Rückschläge einstecken. Grund zur Sorge geben nunmehr kleinere, gewalttätigere Gruppen, insbesondere die sogenannte „Atomwaffen Division" (AWD) und lokal agierende Zusammenhänge wie das „Rise Above Movement" (RAM) in Südkalifornien.

Gewalttätige Neonazistrukturen in den USA

SPENCER SUNSHINE

■ Die AWD ist eine mehrheitlich US-amerikanische Gruppe, deren Mitglieder für fünf Morde verantwortlich sind. Sie entwickelte sich aus dem Online-Forum „Iron March" heraus, aus dem auch andere Neonazigruppen wie „National Action" oder „Vanguard America" (VA) hervorgegangen sind. 2017 lebte der Gründer Brandon Russel zusammen mit drei weiteren Mitgliedern in einem Appartment in Tampa (Florida). Einer von ihnen, Devon Arthurs, war zu diesem Zeitpunkt zum Islam konvertiert. Als Arthurs von zwei Mitbewohnern deswegen verspottet wurde, ermordete er sie. Ob ein Prozess gegen ihn stattfinden wird, ist offen, da er für nicht zurechnungsfähig erklärt wurde. Russel war zum Zeitpunkt der Morde nicht anwesend, wurde aber wegen Besitzes von Material, das zum Bombenbau verwendet werden kann, festgenommen und verurteilt. Weitere Morde wurden im Dezember 2017 in Reston (Virginia) von Nicholas Giampa begangen, dessen Twitter-Account im Zusammenhang mit Accounts der AWD stand. Die Mordopfer, Buckley und Scott Kuhn-Fricker, hatten zuvor ihre Tochter dazu veranlasst, sich von ihrem Freund Giampa zu trennen und wurden deshalb von diesem ermordet. Im Januar 2018 brachte Samuel Lincoln Woodward, ebenfalls ein AWD-Mitglied, Blaze Bernstein (19) in einem Park in Orange County (Kalifornien) um. Der Grund hierfür war Bernsteins Homosexualität. Woodward selbst soll an einem „hate camp" der AWD teilgenommen haben, bei dem es u.a. ein Waffentraining gab. Nach den Morden in Florida und den darauffolgenden Verhaftungen wurde John Cameron Denton — Spitzname „Rape" — aus Texas, neuer Anführer der AWD. (Anmerkung der Redaktion: Kürzlich präsentierte sich nun auch ein deutscher Neonazi als Anhänger der „Atomwaffen-Division" mit einem Video im Internet, in dem unter anderem Bilder eines Aufmarsches der verbotenen Brandenburger Neonazigruppe „Spreelichter" verwendet wurden. In dem Video heißt es martialisch: „Wir bereiten uns auf den langen, letzten Kampf in Trümmern vor, der bald kommen wird. Die Messer werden schon gewetzt!")

„Siege"

Aktuell beschäftigt sich die Gruppe mit den Schriften des Neonazis James Mason, die unter dem Titel „Siege" (engl.: Belagerung) veröffentlicht wurden.[2] Die Texte wurden zwischen 1980 und 1986 geschrieben und 1992 von dem Neonazi-Musiker Michael Moynihan (u.a. „Blood Axis") veröffentlicht. Inhaltlich geht es u.a. um eine Reflektion der Organisierung der „American Nazi Party" sowie deren Vorgängerorganisation „National Socialist White People's Party" in den 1960er und 70er Jahren sowie ihre Schwerpunktsetzung auf Demonstrationen. Mason beschreibt die US-amerikanische Gesellschaft als durchgehend korrupt und schlussfolgert, dass alle Aktionen, die nicht darauf abzielen, diese Gesellschaft zu zerstören, nutzlos seien. Daher seien nur gewalttätige Untergrundaktionen zielführend. Jegliche gewalttätige Aktion gegen „das System" — auch von Gruppen mit anderer ideologischer Ausrichtung — sind zu befürworten. So wird in „Siege" der „Hippie-Kommunen-Führer" Charles Manson verehrt, weil dieser eine Reihe von Morden in den 1960er Jahren anordnete und auch auf die islamistischen Anschläge vom 11.September 2001 mit fast 3.000 Toten, bezieht er sich später positiv.

Als Mason noch Mitglied der „National Socialist White People's Party" war, arbeitete er auch mit William Pierce, dem Autor der „Turner Diaries" zusammen. In diesem Roman wird eine rechte Terrorstrategie propagiert, auf die sich verschiedenste Neonazizusammenhänge positiv beziehen. Auch der 1995 erfolgte neonazistische Bombenanschlag von Timothy McVeigh in Oklahoma City mit 168 Toten wurde durch die „Turner Diaries" inspiriert. Mehrere AWD-Mitglieder haben öffentlich ihre Be-

1 Vgl. AIB Nr. 116 (2017) **2** James Nolan Mason ist ein US-amerikanischer Neonazi, der bis Mitte der 1980er Jahre einen Newsletter mit dem Titel „Siege" publizierte. Dieser wurde als „Siege: The Collected Writings von James Mason" veröffentlicht. Er trat für den „führerlosen Widerstand" ein und forderte autonome Aktionen von Einzelpersonen statt einer autoritären hierarchischen Organisation. **3** Der Begriff Black Church bezieht sich auf protestantische Kirchen, deren Kirchengemeinde vornehmlich aus POC besteht. **4** Vgl. Black Sun: Aryan Cults, Esoteric Nazism and the Politics of Identity **5** Vgl. AIB Nr. 111 (2016): Blue by Day, White by Night

Foto: Recherche Nord

links oben: John Cameron Denton (links) posiert mit anderen Neonazis
links unten: Gruppenbild der „Atomwaffen Division"
rechts: Anhänger des „Rise Above Movement" in Ostritz im April 2018, darunter Ben Daley (links) und Robert Rundo (Mitte)

wunderung für den 2001 hingerichteten Attentäter McVeigh, den deutschen NSU, aber auch dem rechtsterroristischen norwegischen Massenmörder Anders Behring Breivik sowie dem rassistischen Mörder Dylann Roof — der neun Menschen in einer „Black Church"[3] in South Carolina tötete — zum Ausdruck gebracht.

Wachsende Gewaltbereitschaft

Bevor der Neonazi James Fields 2017 in eine antifaschistische Demonstration in Charlottesville fuhr, nahm er mit der VA an dem „Alt Right"-Marsch teil. Bei diesem Angriff wurde die Demonstrantin Heather Heyer getötet und mindestens 19 weitere Menschen verletzt. Da die AWD öffentliche Demonstrationen oder andere Versuche, legale Bewegungen aufzubauen, ablehnt, sieht sie selbst Gruppen wie VA als reformistisch an und steht damit offensichtlich nicht alleine da. Die AWD scheint nach der Gewalt in Charlottesville gewachsen zu sein, während VA zersplittert ist. Vor kurzem hatte die Recherchegruppe „ProPublica" Zugriff auf interne Chats der AWD, in denen zu lesen war, dass es in den USA und Kanada 23 Mitgliedsgruppen geben soll. Mehrere Mitglieder wurden dort identifiziert, einer von ihnen dient bei den US-Marines. Laut „ProPublica" haben in den letzten zwei Jahren Mitglieder der Gruppe an Schießtrainings teilgenommen und darüber diskutiert, die öffentliche Wasserversorgung lahmzulegen sowie Teile des Stromnetzes zu sprengen.

Das „Southern Poverty Law Center" berichtet, dass die AWD ihre Mitglieder dazu drängt, entmenschlichende, brutale Gewalttaten zu begehen. Hier ist auf eine weitere Eigenart der Gruppe hinzuweisen: die Beteiligung von AWD-Mitgliedern — wie etwa deren Anführer „Rape" — in satanistischen Gruppen wie der „Order of Nine Angles" (ONA) und dem ihr nahestehenden „Tempel of Blood". Laut dem Wissenschaftler Nicholas Goodrick-Clarke ermutigt ONA seine Mitglieder nicht nur dazu, Morde zu begehen[4], sondern verlangt von ihnen auch, sich zeitweise einer „extremistischen" Gruppe — egal ob islamistisch oder rechts — anzuschließen. Da die Präsenz von Satanisten unter Neonazis in den USA umstritten ist, haben einige die AWD verlassen, um einer ausdrücklich christlichen Version der gleichen Politik zu folgen.

Rise Above Movement

Eine gut organisierte und mehr in der Öffentlichkeit agierende Gruppe ist das aus der „D.I.Y Division" hervorgegangene „Rise Above Movement" (RAM), welches nahe Los Angeles in Orange County — einer Gegend, in der es viele rechte Aktivitäten gibt — tätig ist.[5] In ihrer Struktur ähnelt sie eher einer traditionellen Neonazi-Gruppe, was auch durch Überschneidungen zu den „Hammerskins" deutlich wird. Auch wenn die Gruppe verkündet, nur „nationalistisch" zu sein, vertritt sie ideologisch klassische neonazistische Ansichten. Ihre mediale Selbstinszenierung erscheint modern und orientiert sich dabei durchaus auch an neurechten Bewegungen. Damit knüpfen sie auch an einen Fitnesstrend innerhalb der extremen Rechten an. Dazu passt der Umstand, dass die Gruppe Fitness-Clubs betreibt, aber auch Waffentrainings durchführt. Das RAM fiel u.a. durch Angriffe auf Antifaschist_innen und Journalist_innen auf, vor allem im Frühjahr 2017 in Huntington Beach, Berkeley und Charlottesville. Obwohl es zahlreiche Videoaufnahmen gibt und die Angreifer identifiziert wurden, weigert sich die Polizei, diese zu verhaften. Dafür scheint die Gruppe in der Zwischenzeit, vermehrt Kontakte nach Europa zu suchen. Im April 2018 nahmen RAM-Mitglieder an einem Kampfsportturnier auf dem Neonazi-Festival „Schild und Schwert" in Ostritz teil. Dort haben sie ihre Bekleidungsmarke „Right Brand Clothing" beworben und vereinbart, die russische Neonazi-Marke „White Rex" in den USA zu verbreiten. Die RAM-Mitglieder vernetzten sich zudem mit dem „Azow-Regiment" (Ukraine) und der „Casa Pound" (Italien).

Im Zuge des Zusammenbruchs von bekannten Neonazigruppen wie der „Traditionalist Workers Party" und dem umfangreichen Webspaceverlust von „Alt-Right"-Gruppen im Internet können nun kleinere und gewaltaffine Zusammenhänge deren Platz einnehmen. •

ReInvestigate Thor Steinar
Die Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke
BiKuLAR e.V. (Hrsg.), Berlin
32 Seiten, 2018

Download unter:
http://investigatethorsteinar.blogsport.de

■ Nach über 10 Jahren ist eine Neuauflage der „Investigate Thor Steinar"-Broschüre erschienen. Im Kern ist der Aufbau bei dem bewährten Konzept geblieben: Einführend sind Texte zur Marke „Thor Steinar" die sich mit dem Namen, dem Logo, Bezugsmöglichkeiten und den Strukturen bzw. Personen hinter der Marke bzw. den Marken die mit der „MediaTex GmbH" in Verbindung gebracht werden können, beschäftigen. Danach folgt eine sehr ausführliche Analyse der Kollektion Herbst/Winter 2017. Detailliert wird darin die mal mehr, mal weniger deutliche Bezugnahme auf extrem rechte Symbolik herausgearbeitet. Das inzwischen die neue Sommerkollektion erschienen ist, schadet der Aktualität der Analyse insofern nicht, da sich der ideologische Ausdruck innerhalb der Kollektionen von „Thor Steinar" nicht grundlegend ändert. Im Gegenteil: Bei der Durchsicht stellt sich eher die Frage, warum die Bezüge zu nationalsozialistischer Ideologie, Rassismus und anderen extrem rechten Einstellungsmustern, in den letzten zehn Jahre immer seltener im Fokus antifaschistischer Interventionen bzw. Recherchen lagen.

Hat „Thor Steinar" das Vermarktungsspektrum zwar sukzessive erweitert und bietet mittlerweile neben z.B. einer eigenen Outdoor-Kollektion eher unauffälligen Casual-Style oder maritime Bekleidung an, scheint sich gleichzeitig wieder verstärkt dem sich ausbreitendem rechten und reaktionären Bewegungen und Einstellungen zugewendet zu werden. Die „klassische" Bezugnahme auf Wikinger, der Einsatz von Runen und militaristischer Symbolik, wird so durch z.B. Kampfsport- und Rockerbezüge ergänzt. Das nun auch das Lamda — Symbol der rechten „Identitären" — Einzug in die Kollektion gehalten hat, ist dabei vielleicht der offensichtlichste Hinweis, dass die MacherInnen von Thor Steinar sehr wohl zu wissen scheinen in welchen Szenen sie ihre KundInnen zu suchen haben.

Auch daher scheint es konsequent, dass die Autor_innen anschließend einen Exkurs zu anderen, bei Neonazis angesagten Klamottenmarken — den sie von den Kolleg_innen der Agentur für soziale Perspektive e.V. und ihrer Versteckspiel-Broschüre übernommen haben — unternehmen.

Ein Text von Felix M. Steiner zum Wandel rechter Jugendkulturen bietet eine vertiefte Auseinandersetzung mit rechten Lebenswelten und ein gutes Gegengewicht zu den vielen Motiven und Bildern — immerhin geht es ja nicht darum, den neusten rechten Modetrend zu zeigen, sondern das Ganze auch politisch zu analysieren. Nicht nur für die pädagogische Praxis bieten die Autor_innen noch eine Seite mit Tipps und Tricks im Umgang mit „Thor Steinar" an Schulen/Institutionen sowie für Initiativen und Projekte. Dieser Ansatz wird durch einen kurzen, aber gelungenen Text zur allgemeinen Diskussion um die Debatte über die Marke ergänzt. Darin werden Fragen thematisiert, die tatsächlich keine geringe Rolle spielen, wie etwa dem Widerspruch sich mit speziell einer Marke zu beschäftigen, wo sich doch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung offensichtlich in ihre Gesamtheit weit nach rechts zu öffnen scheint.

Ein Gastbeitrag des „Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus" aus Hamburg zu den bisherigen „Thor Steinar"-Läden in Hamburg setzt den lokalen Bezugsrahmen. Wobei inzwischen auch der Shop in Hamburg-Barmbek geschlossen wurde, nachdem es zu regelmäßigem antifaschistischem Protest gekommen war. Im Abschlusstext wird noch einmal deutlich die Notwendigkeit benannt, sich mit Marken wie „Thor Steinar" zu beschäftigen, da diese auch nach über 15 Jahren immer noch mit rechten Inhalten und einer breiten KäuferInnenschicht Geld machen. Und das nicht zu knapp. Das die Ruhe um „Thor Steinar" hoffentlich wieder etwas mehr gestört wird und die „MediaTex GmbH" sich mit ihrem „Jack Wolfskin für rechte Kameraden" nicht mehr so einfach platzieren kann, bleibt zu hoffen. Mit der vorliegenden Broschüre ist dafür gutes Handwerkszeug geschaffen. •

Markus Metz, Georg Seeßlen
Der Rechtsruck
Skizzen zu einer Theorie des politischen Kulturwandels
Bertz + Fischer, Berlin, 2018
240 Seiten

Der vorliegende Band unternimmt den Versuch, die unterschiedlichen Aspekte eines weiter fortschreitenden reaktionären und rechten Wandels der Gesellschaft miteinander in Beziehung zu setzen sowie Zusammenhänge von rechten Erscheinungsformen zu betrachten. Wie der Untertitel bereits erwarten lässt, handelt es sich hierbei um Skizzen, die weniger auf eine vollständige politische Analyse der aktuellen Situation abzielen, als vielmehr bestimmte Teilaspekte in den Blick nehmen. Hierzu greifen die beiden Autoren auf z.T. bereits veröffentlichtes Material zurück, was der Aktualität jedoch keinen Abbruch tut.

Das hierbei keine umfassenden Antworten im Mittelpunkt stehen, sondern vielmehr Anregungen geschaffen werden sich der Auseinandersetzung mit dem „Rechtsruck" aus unterschiedlichen Blickwinkel zu nähern, macht das Buch durchaus lesenswert. Nicht in jedem der 11 Beiträge ist eine schlüssige argumentative Herleitung immer gelungen, wie etwa in der Auseinandersetzung mit deutschsprachiger moderner Popkultur, wenn eine vermeintliche Widerspruchslosigkeit zwischen Frei.Wild- und Helene Fischer-Fans mit rechten Tendenzen im Mainstream verknüpft wird. Die Stärke des Buches wiederum liegt in den Beiträgen, die sich intensiver und kleinteiliger mit rechten Strategien beschäftigen.

Der in den Blick genommene „Rechtsruck" wird als Krisensymptom des Neoliberalismus betrachtet, dem es um eine „Umverteilung des Reichtums vom ‚Fremden' auf das ‚Eigene' geht" — um einen Kapitalismus also „in dem nicht ich und du, sondern ‚die anderen' die Verlierer sein sollen." Ergänzend hierzu wird sich erkenntnisreich mit der ökonomischen Basis der verschiedenen rechten Akteure beschäftigt. Dem Widerspruch, dass zwischen den sich z.T. sozial und ökonomisch abgehängt fühlenden AnhängerInnen der neuen rechten Bewegung und ihren eher privilegierten Führungsriegen wenig gemeinsame Erfahrungen und noch weniger gemeinsame Interesse bestehen, wird eine gemeinsame Erzählung gegenübergestellt. Diese Gemeinsamkeit wird „künstlich hergestellt, in einer vulgären, medien-affinen, karnevalisierten, aggressiven Sprechweise oder in der Konstruktion gemeinsamer, vergleichsweise willkürlich definierter Feinde."

Dass gerade auch deshalb die semantische Strategie der neuen Rechten entsprechend detailliert analysiert wird, scheint demnach nur konsequent. Den Akteuren kommt es letztlich nicht darauf an argumentativ zu überzeugen, sondern den Feind zu delegitimieren. Dafür, so zeichnen die Autoren nach, wird Sprache entwertet und durch ihre Verwandlung über Skandieren, Brüllen und Polemisieren auf reines Droh- und Unterwerfungsgebahren zurückgeführt. Sprache ist nicht mehr nur „Kommunikations-, sondern Kampfmittel. Sie badet in Herabsetzungen, Obszönitäten, Gewaltandrohungen, Folterfantasien, narzisstischen Selbstbeschwörungen, kollektiver Regression." Im Gegensatz zum Kanon derer, die sich immer wieder bemüßigt fühlen zu betonen mit Rechten reden zu müssen, geht es hier darum bestimmen zu können, in welcher Sprache eigentlich gesprochen wird und das sprechen immer auch politisch ist.

Die in den Blick genommen Akteure wollen nicht mehr nur Leute sein, sondern Volk. „Das Volk ist ein Souverän, dem sich nun alles unterordnen soll, das Gesetz, die Moral, die Politik, die Sprache, die Ästhetik, der Geschmack, der Diskurs." Von einem Rechtsruck kann also eigentlich keine Rede mehr sein, vielmehr scheint sich der weit nach rechts geöffnete Raum zu institutionalisieren. Das sich große Teile der Konservativen und auch einige Linke-PolitikerInnen diese nationalistischen und rassistischen Diskurse aneignen, sollte weiterer Ansporn sein, sich mit den unterschiedlichen Aspekten einer reaktionären Formierung zu beschäftigen. •

In unserer Ausgabe Nummer 50 aus dem Jahr 2000 berichteten wir über die erste Regierungsbildung von FPÖ und ÖVP in Österreich. Damals wehte in der EU noch ein anderer Wind, denn: „Während die militanten Proteste noch kurzerhand als das Werk „linksextremer Terroristen“ abgetan wurden, treffen die verhängten Sanktionen der 14 EU-Länder und zahlreicher anderer Staaten die Alpenrepublik ins Mark.“ Einige Auszüge.

22 Antifaschistisches Info-Blatt Nr. 50 ★ 2000

Erste schwarz-blaue Koalition in Österreich

■ Der Wiederholungstäter Österreich, dessen 1986 gewählter Präsident Waldheim während seiner Amtszeit nur vom Papst, Kanzler Kohl und arabischen Despoten empfangen wurde, ist neuerlich politisch isoliert. Und weil der Rassismus und Antisemitismus im Allgemeinen und die FPÖ im Besonderen für einen Großteil der ÖsterreicherInnen längst salonfähig sind, fühlen sich diese wieder mal als Opfer. Erwartungsgemäß fallen die Reaktionen von Rechtsextremen auf die Auslandskritik an der freiheitlichen Regierungsbeteiligung aus. Haider selbst entlarvte „hohe Funktionäre der jüdischen Gemeinde in Wien“, welche versucht hätten, „beim State Department in Washington gegen uns Stimmung zu machen“ , als Drahtzieher. Das Zentralorgan der FPÖ sieht die Hauptverantwortung bei einer „intemationale(n) Allianz, die sich unter dem politisch korrekten Diktum des Antifaschismus freundlich für die Gelegenheit bedankte, die unbedarfte kleine Republik auf der großen Bühne der Weltpolitik zum jeweils eigenen Vorteil zu instrumentalisieren.“

Das Androhen und Einbringen von Klagen war während der Bewegungszeit der FPÖ ein beliebtes Mittel zur Einschüchterung ihrer KritikerInnen. Im Angesicht des feindlichen und bedrohlichen Auslandes kommt Kritik an Haider und seiner Partei heute der Status des „Vaterlandverrates“ zu. Wie gehabt reagiert die parlamentarische Opposition darauf mit dem Verweis auf ihren „besseren“ Patriotismus. Aus Sorge um Österreich, dessen Wohlergehen die ÖVP ihrem Machtstreben geopfert habe, spricht sie sich gegen die neue Regierung aus. Dass die FPÖ/ÖVP-Koalition einer breiten Stimmungslage entspricht, wird geflissentlich übersehen. Gerade die massenhafte Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus gerät seitens der parteiförmigen Konkurrenz nicht in den Blick.

Um der ausländischen Kritik etwas Wind aus den Segeln zu nehmen, zwang Bundespräsident Klestil die Parteichefs Haider und Schüssel zur Unterzeichnung einer Präambel zum Regierungsprogramm. In dieser behauptet die FPÖ/ÖVP-Koalition, „mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen“ verurteilen und bekämpfen zu wollen. Wenn die Regierung dann gar ankündigt, sie arbeite „für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden“, lässt sich der wahre Wert dieses Papiers leicht bestimmen. Die ganze Heuchelei wird in der proklamierten Unterstützung der „Charta der europäischen politischen Parteien für eine nichtrassistische Gesellschaft“ deutlich: Weigerte sich die ÖVP zuvor, der Charta beizutreten, weil sich diese explizit gegen eine Zusammenarbeit mit rassistischen Parteien ausspricht, verpflichtet sie sich nun gemeinsam mit der FPÖ — einer Partei, gegen welche sich die Charta eigentlich richtet! — deren „Grundsätze“ zu verwirklichen.

Entgegen derartiger Lippenbekenntnisse gibt Mölzer als Ziel der neuen Regierung die „Überwindung des typisch deutschen und damit österreichischen Nationalmasochismus und die Gewinnung eines geläuterten, auf historischer Wahrheit beruhenden zukunftsfähigen Selbstbewusstsein(s) des österreichischen Gemeinwesens“ an. Auch das revanchistische Milieu, das schon in der Vergangenheit über gut funktionierende Kanäle in das Außenministerium verfügte, jubelt angesichts der blau-schwarzen Regierungserklärung. •

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF 8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
32. Jahrgang
Nummer 119 | 2.2018

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

OX Fanzine www.ox-fanzine.de LIVEGIGS.DE ATTICUS

★ZSK★

HALLO HOFFNUNG

TOUR 2018/2019

06.07.18 RUHRPOTT RODEO
13.07.18 KRACH AM BACH
14.07.18 (CZE) MIGHTY SOUNDS
27.07.18 SIEGEN
28.07.18 (CH) NO BORDERS
18.08.18 KARBEN OPEN AIR
19.08.18 HIGHFIELD FESTIVAL
23.08.18 RELOAD FESTIVAL

11.10.18 REGENSBURG
12.10.18 NÜRNBERG
13.10.18 STUTTGART
08.11.18 BOCHUM
09.11.18 KÖLN
10.11.18 WIESBADEN
10.01.19 (CH) ZÜRICH
11.01.19 (CH) BERN

12.01.19 MÜNCHEN
08.02.19 BREMEN
09.02.19 KIEL
15.02.19 MÜNSTER
16.02.19 HANNOVER
07.03.19 FRANKFURT
08.03.19 WÜRZBURG
09.03.19 LINDAU

29.03.19 COTTBUS
30.03.19 LEIPZIG
10.04.19 PRAG
11.04.19 AUGSBURG
12.04.19 (AT) WIEN
13.04.19 (AT) GRAZ
19.04.19 BERLIN
20.04.19 HAMBURG